

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 8. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement - Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Bestellungs-  
liste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Ostpreußen 2 Mark,  
für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
Schickt für die hochgehobene Annon-  
ze oder deren Raum 60 Pf. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stet-  
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
Wort 10 Pf. Stellengrüße und Schlo-  
ßen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

## Der neue Reichstag.

Der Wahlkampf mit seinen Hoffnungen und Täuschungen ist vorüber. Die Fraktionsstärke der im neuen Reichstag vertretenen Parteien und seine neue Physiognomie lassen sich, wenn auch noch nicht in allen Einzelheiten, so doch in ihrer Gesamtheit erkennen. Das Gesicht des neuen Reichstages hat sich wesentlich verändert. Bei näherem Zusehen findet man zwar viele alte Züge, aber ihr Verhältnis zu einander, ihre Symmetrie hat sich verschoben, und neben den alten hat der Wahlkampf neue Züge hervorgerufen, so daß der Gesamteindruck wesentlich verändert erscheint. Die reaktionären Charakterzüge des am 13. Dezember aufgelösten Reichstages haben durch den Wahlausfall eine entschiedene Verstärkung erfahren — weit mehr als in den Fraktionsstärken zum ziffernmäßigen Ausdruck kommt. Nach den letzten Wahlergebnissen sind die Mandatsziffern der Deutsch-Konservativen von 52 auf 60, der Antisemiten, Mittelstandsvereiner und Bauernbündler usw. von 21 auf 27 gestiegen, während die Reichspartei mit der alten Stärke von 22 Mitgliedern wieder erscheint. Demnach hat die Rechte 109 Sitze erlangt. Der eigentlichen Rechten sind aber, soweit Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik, der Heeresvermehrung und Steuererhebung in Betracht kommen, die Nationalliberalen hinzuzuzählen, deren Zahl ebenfalls von 51 auf 56 gestiegen ist. Und selbst wenn in einzelnen Fällen ein Teil der nationalliberalen Fraktion versagt, ist für alle wirtschaftlich reaktionären Maßnahmen eine entschiedene Mehrheit vorhanden, denn das Zentrum, das bald seine alte Stellung wieder einnehmen dürfte, rückt mit 115 Mitgliedern (die Elsäßer inbegriffen) in den neuen Reichstag ein. Die Nationalliberalen können sich sogar das billige Vergnügen leisten, wenn ihnen einzelne agrarpolitische Forderungen nicht passen, vollständig nach links abzuweichen; es bleibt für diese Forderungen immer noch eine agrarische Mehrheit bestehen, denn Rechte und Zentrum besetzen von den 397 Reichstagsmitgliedern allein 234, und außerdem wird sich ihnen meistens ein Teil der Polen, die im Wahlkampf 20 Sitze erobert haben, zugesellen. Die agrarische Mehrheit zur Fortsetzung der bisherigen „Heimatspolitik“ ist also unter allen Umständen vorhanden.

Dagegen erfährt die dieser Politik der Lebensmittelverteuerung und der Steuerbelastung der ärmeren Volksschichten widerstrebende Linke eine beträchtliche Schwächung. Die Sozialdemokratie hatte im letzten Reichstag 79 Sitze; in den neuen Reichstag zieht sie nur mit 43 Mandaten ein. Dafür haben zwar die beiden freisinnigen Parteien, die früher nur 30 Mandate im Besitz hatten, 43 erlangt, so daß sich mit Hinzurechnung der 6 Sitze der Deutschen Volkspartei die Gesamtmandatsziffer des sogenannten entschiedenen Liberalismus auf 49 stellt; aber insgesamt erreicht doch die Zahl der Gegner der reaktionären Agrarpolitik nur 92, während die antiagrarische Linke im letzten Reichstage über 117 Sitze verfügte. Selbst wenn sich — ein Fall, der nicht eintreten wird — bei einzelnen allzu reaktionären Vorlagen alle Nationalliberalen auf die Seite der Linken schlagen, vermag diese insgesamt nur 148 Stimmen in die Waagschale zu werfen. Ein in Betracht kommendes Gegengewicht gegen die agrarische Strömung gibt es demnach im neuen Reichstage nicht. Die Lebensmittelverteuerung und Agrarpolitik vor dem Schläge der Sanität und Konfessionen haben für ihre Bestrebungen freie Bahn — und sie werden diese Machtstellung gründlich ausnützen.

Schon rein rechnungsmäßig zeigt demnach der neue Reichstag eine beträchtliche Verschiebung des politischen Schwerpunktes nach rechts; in Wirklichkeit hat die reaktionäre Strömung jedoch noch ein weit größeres Übergewicht erlangt, als in den Fraktions- und Mandatsziffern zum Ausdruck kommt; denn, ausgenommen in der sozialdemokratischen Fraktion und vielleicht der 16 Mann starken Gruppe der freisinnigen Vereinigung, hat fast in allen Parteien dadurch eine gewisse Verschiebung nach rechts stattgefunden, daß die radikaleren Mitglieder der früheren Fraktion zum Teil durch gemäßigtere ersetzt worden sind. Man braucht nur die Namen der neuen Abgeordneten mit denen der früheren Fraktionsmitglieder und ihrer politischen Haltung zu vergleichen, um sofort dafür die Befestigung zu finden. Bei der nationalliberalen Fraktion läßt sich hierfür sogar der ziffernmäßige Beweis führen. Von den 56 Mitgliedern der neuen nationalliberalen Reichstagsfraktion sind nämlich nicht weniger als 32 von dem Bund der Landwirte im Wahlkampf unterstützt worden und haben, um diese Unterstützung zu erlangen, vielfach die weitgehendsten agrarischen Zusicherungen gegeben, so daß die nationalliberale Fraktion heute in ihrer Mehrheit fast eine reine Agrarpartei bildet.

Diese Tatsache, daß der Freisinn trotz seines Mandatenzuwachses durch die Verschiebung der Fraktionsstärkerverhältnisse auf dem Gebiete der inneren Politik fast gänzlich ausgeschaltet ist, wird selbst trotz aller naiven Selbsttäuschung den Politikern des Freisinns immer klarer. Beweglich jammern sie in ihrer Presse, daß von der großen liberalen Aera, von

der sie in den ersten Wochen der Reichstagsauflösung träumten, absolut nichts übrig geblieben ist. Der Traum, daß womöglich ein Schröder, Gothein oder Müller-Reutingen als Vertreter des Liberalismus in einem neuen Ministerium Aufnahme finden könnte, ist völlig berauscht. Selbst die größten Ideologen des Freisinns, die vor sechs Wochen mit dieser Möglichkeit rechneten und gebieterisch „entschieden liberale“ Zugeständnisse forderten, lächeln heute schmerzlich über ihre vorweihnächtlichen Hoffnungen, und die Geschickteren, die einigermaßen den Mut haben, auszusprechen, wohnen sie ihre politische Träumerei geführt hat, bezeichnen sich heute selbst als die „Gemeierten“ und „Gemeierten“.

Allerdings ganz offen vermögen auch die Geschicktesten die durch die Unfähigkeit der freisinnigen Politik herbeigeführte trostlose parlamentarische Lage nicht zuzugeben, und da die Fraktionsverhältnisse nicht die geringste Aussicht auf die Durchsetzung liberaler Forderungen geben, so trösten sie sich in naiver Selbsttäuschung vorläufig damit, daß Bülow als Belohnung für das gute „nationale“ Verhalten des Freisinns sich doch vielleicht zu einigen kleinen liberalen Konzessionen bequemen könnte, oder daß die Freisinnigen durch ihre angebliche überlegene Intelligenz bei der Regierung „moralische Eroberungen“ machen werden. So schreibt beispielsweise das „Berliner Tageblatt“:

„Das ist beinahe alles, was der Linken übrig bleibt. Es wäre denn, daß sie im Regierungslager moralische Eroberungen machte. Dazu aber muß sie, das ist an dieser Stelle schon gesagt worden, Charakter prästieren, und nicht nur Charakter allein, sondern politische Intelligenz. Die aber ist — darüber wollen wir uns nicht täuschen — in der bürgerlichen Linken nicht überreichlich vertreten. Immerhin sind ein paar Männer da, die an allgemeiner und politischer Intelligenz die Koryphäen der gegnerischen Parteien überlegen. Ihre schwere Pflicht, aber auch ihre Ehrenpflicht wird es sein, trotz ihrer geringen Gefolgschaft sich bei der Regierung durchzusetzen. Möglich ist das, wie sehr auch der Kanzler dagegen nach seiner Gewohnheit unter Berufung auf sein „institutionelles Gewissen“ sich wehren mag, das ihm verbietet, gegen die Mehrheit zu regieren. Männer, die etwas wollen, die wissen, was sie wollen, und die den Anderswollenden geistig überlegen sind, können auch in einem konstitutioneller als Deutschland regierten Reiche die Mehrheit der Stimmen überwinden.“

In seinem Zustand des Rajenjammers meinte das Moskische Blatt sogar vor einigen Tagen, die verächtlichste Niederlage im Wahlkampf hätte Fürst Bülow erlitten. Das sind kindische Selbsttäuschungen. Bülow geht ganz vergnügt aus dem Wahlkampf hervor. Moralische und ideale Werte haben diesem staatsmännischen Kaiserer nie als etwas anderes denn als brauchbare Verzierungsstücke gegolten. Er wird deshalb auch später nicht die geringsten Bedenken tragen, dem Zentrum auf kirchenpolitischem Gebiet das geforderte Entgegenkommen zu zeigen, wenn er dafür dessen Hilfe auf anderen politischen Gebieten eintauschen kann. Schätzt man aber die moralischen Qualitäten des Kanzlers in dieser Weise ein, dann bedeutet der Wahlausfall für ihn einen entschiedenen Erfolg, denn Bülow erhält die gewünschten zwei Mehrheiten und kann nach Belieben mit diesen sowohl seine wirtschaftspolitischen als seine kolonialpolitischen Pläne im Reichstage durchsetzen.

Daß die wirtschaftliche Mehrheit zur Fortführung der Agrarpolitik gesichert ist, haben wir schon vorher ausgeführt. Ebenso sicher aber hat die Wahl der Regierung eine gefestigte Majorität für ihre kolonialpolitischen Absichten, für Flotten- und Heeresrüstungen verschafft. Rechte, Nationalliberale und die drei Gruppen der Freisinnigen zählen zusammen 214 Mitglieder, und zu diesen kommen noch einige Wildliberale. Selbst wenn bei einer Heeresforderung sich ein bis zwei Duzend Freisinnige weigern sollten, mitzutun, bleibt der Regierung eine Majorität; denn es kann nach der Zusammenfassung der neuen Zentrumsfraktion mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß sich dann deren hochkonservativer rechter Flügel zur Unterstützung einstellen wird.

Die Situation für Bülow ist also durchaus günstig. Er muß schon sehr ungeschickt operieren, wenn er nicht erhält, was er fordert. Die Bahn für die „Ergänzung“ der bisherigen Agrarpolitik durch eine imperialistische Weltpolitik großer Stils liegt offen, und die Regierung wird die Situation sicherlich ausnützen. Vorerst im nächsten Sessionsabschnitt wird allerdings diese Politik wohl noch kaum in Angriff genommen werden, denn da der Reichstag voraussichtlich am 21. oder 22. März in die Osterferien geben wird, bleibt für die Verhandlungen nur ein Zeitraum von ungefähr vier Wochen, der durch die Beratungen über den Etat und die von der Regierung versprochene Revision des Reichsbeamtengehaltes, die Nachtragsforderung für Südwestafrrika und durch das Handelsprotokoll mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie einige kleinere Vorlagen vollständig in Anspruch genommen werden dürfte. Sein eigentliches reaktionäres Gesicht wird der neue Reichstag erst nach den Osterferien zeigen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar 1907.

### Das Programm des neuen Landwirtschaftsministers.

Am Donnerstag nahm das Abgeordnetenhaus seine Sitzungen wieder auf. Die Mitglieder, die sich fast vier Wochen lang unter Fortbezug der Diäten beurlaubt hatten, um die Aktie gegen die Sozialdemokratie mitzureiten, hatten sich nicht gerade zahlreich eingefunden. Und selbst die wenigen, die erschienen waren, brachten dem eigentlichen Beratungsgegenstand wenig Aufmerksamkeit entgegen. Statt dessen tauchten sie in lebhaften Privatgesprächen ihre Wahl-erfahrungen aus, statteten den durchgefallenen Reichstagskandidaten ihr Beileid ab und gratulierten den gewählten. Besonders kräftig waren die Händebrüde, die Herr Fischbeck von seinen Freunden auf der Rechten empfing, während Herr v. Rippenhausen, der in Straßburg dem freisinnigen Kandidaten unterlegen war, ein so wehmütiges Gesicht machte, daß man fast Mitleid mit ihm empfinden konnte.

Zwischiger entwickelte Herr v. Arnim-Criewen, der Nachfolger Bobbelskis, sein Programm. Wir haben den neuen Herrn bei seinem Debüt im Reichstage durchaus richtig beurteilt: er ist fast noch mehr ein Mann nach dem Herzen der Agrarier als sein Vorgänger. Agrarisch ist nun einmal Trumpf in Preußen, und der Linken werden trotz ihres Verbens um die Gunst der Regierung keinerlei Zugeständnisse gemacht. Der Freisinn hat seine Arbeit getan, er ist auf den Reim getreten, die reaktionäre Wirtschaftspolitik wird fortgesetzt, und das Volk hat die Kosten zu zahlen! Das ging deutlich aus den Ausführungen des Ministers hervor. Herr v. Arnim ist der Ansicht, daß die Landwirtschaft auf die Dauer keine Vorteile von den Hölle hat, da die Produktionskosten, die Löhne und die Bodenpreise in weit höherem Maße steigen, aber anstatt die Konsequenzen zu ziehen und die Hölle zu beseitigen, will er sie anscheinend noch weiter herausziehen! Als Ideal schwelbt ihm die Entschuldigung des ländlichen Grundbesitzes vor; wie er dies Ideal erreichen will, darüber ließ er das Haus jedoch im unklaren. Die Fleischnot stellt er nach wie vor in Abrede, mit der Frage der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung für Landarbeiter hat er sich noch nicht beschäftigt. Trotzdem ist er davon überzeugt, daß diese Frage nicht reichsrechtlich, sondern landesgesetzlich geregelt werden muß. Was dabei herauskommt, wenn der preussische Landtag diese Frage regelt, bedarf keiner Erörterung.

Im allgemeinen begegnete das Programm des Ministers lebhafter Zustimmung. Die Vertreter der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen und des Zentrums pflichteten seinen Anschauungen bei. Opposition machte ihm nur der freisinnige Abg. Goldschmidt, der aus Bülow's Silbesterbrief die wunderlichsten Dinge herausgelesen hat und davon träumt, daß er selbst oder doch ihm nahestehende Freisinnige demnächst ins Ministerium berufen werden. Der Ministerpräsident schreie nach einer liberalen Mehrheit und deshalb hoffe er, daß es allmählich zu einer Gerabsetzung der Hölle kommen werde — das war der Kernpunkt der Goldschmidtschen Rede. Man sieht, wie gefährlich es für eine Partei ist, wenn ihr plötzlich die Sonne der Regierung zu leuchten beginnt. Die heiße Glut richtet dann in den Köpfen mancher früheren Gegner der Regierung verheerende Wirkungen an. Die Ausführungen des freisinnigen Redners wurden von der Mehrheit mit verdientem Lachen aufgenommen.

Nachdem sodann noch der urkomische Pastor Wadel- schingh seiner Freude über den Ausfall der Reichstagswahlen Ausdruck gegeben und dem neuen Minister seinen Segen erteilt hatte, vertagte das Haus die weitere Beratung auf Freitag.

### Wie die Junker über Verfassung und Königtum denken!

Die Bemerkungen unseres gestrigen Leitartikels über die Wirkungen der neuesten Kaiserrede, speziell über die heilsame Zerkünderung der Illusion, daß die Krone über den Parteien stehe, haben das Organ der junkerlichen Fleischwucherer und Staatsfresser herab verdrossen, daß es in seinem Kerger das Königtum ungeheuer kompromittiert. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt nämlich:

„Der Vortwärts“ stellt sich in diesen Sätzen ungeheuer dumm. Daß das Königtum über den Parteien stehen muß, ist selbstverständlich; es ist aber ebenso selbstverständlich, daß dabei nur die Parteien in Betracht kommen, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Eine Partei, die außerhalb der Verfassung steht, die die verfassungsmäßige Grundlage des Deutschen Reiches und des preussischen Staates, die Monarchie, grundsätzlich bekämpft und zu beseitigen offensichtlich bemüht ist, hat absolut keinen Anspruch darauf, als gleichberechtigte Partei behandelt zu werden. Einer solchen Partei muß das Königtum feindselig gegenüberstehen; sonst gefährdet es selbst seinen Bestand.“

Zunächst sollten sich doch die Junker hüten, von der Verfassung zu sprechen. Haben sie doch selbst unzählige Male zum Verfassungsbruch, zum Staatsstreich aufgefordert! Sie würden — das haben sie tausendmal mit aller Offenheit eingestanden! — nicht eine Sekunde zögern, die Verfassung zu ändern, das Wahlrecht zu verschlechtern, sobald sie ihre Interessen gefährdet glaubten!

Was speziell den auf die Verfassung geleisteten Eid anlangt, so gilt er ihnen keinen Pfifferling, sobald durch einen solchen Eidbruch die feudale Reaktion wiederhergestellt werden soll! So



lehnte seinerzeit der Rundschau der „Kreuz-Zeitung“, Gerlach, der am 8. Februar vom preussischen König beschworene Eid auf die Verfassung brach nicht gehalten zu werden, denn was sei ein solcher Eid anderes, als ein Anruf der Wahrhaftigkeit des Menschen auf die ewige Wahrheit Gottes? Wie aber, wenn der Eid auf etwas verpflichten solle, was dem Willen Gottes entgegen sei? Sei aber nicht jede Fesslung des königlichen Willens dem Willen Gottes entgegen? Könne denn ein Eid bei Gott gegen Gott binden?! Die hiesigen Junker sollten also von der Verfassung lieber überhaupt nicht sprechen!

Am schönsten ist aber der zum Schluß ausgeplattete Trampf: das Königtum müsse in Interesse seines eigenen Bestandes die Sozialdemokratie belämpfen! Das heißt denn doch das Königtum in der bödsartigsten Weise kompromittieren! Haben nicht gerade die Könige der Hohenzollern-Dynastie des öfteren erklärt, daß sie die Diener ihres Staates sein wollten? Das Organ Kranten-Derfels aber stellt es so dar, als ob es für das Königtum kein höheres Interesse gebe, als das, unter allen Umständen seine Machtbefugnisse auf Kosten des Staates zu behaupten.

Eine solch' absolutistisch-egoistische Auffassung widerspricht aber nicht nur aller gesunden Vernunft, sondern auch allen herrschenden Staatsrechtsanschauungen! So schreibt Prof. Voening im Handwörterbuch der Staatswissenschaften:

„Die staatliche Ordnung und das Recht bestehen nicht um des Herrschers willen, nicht um dessen persönliche Lebensgüter zu erhalten und zu wehren, sondern um der Beherrschten willen. Der Zweck der staatlichen Herrschaft sind die Interessen der Beherrschten, nicht die des Herrschers.“

Das Königtum mag sich bei dem Junkerorgan dafür bedanken, daß es ihm eine Auffassung insinuiert, die allen modernen Staatsrechtsanschauungen Hohn spricht!

Daß das Königtum sich in dem Kampfe zwischen Privilegierten und Entrechteten stets auf die Seite der Privilegierten stellt, ist eine ewig neue historische Tatsache. Aber so sehr wir von der Unabänderlichkeit dieser Tatsache überzeugt sind — solche Verächter des Königtums sind wir gleichwohl nicht, daß wir diese Stellungnahme auf so kompromittierende Ursachen zurückführen, wie das Junkerorgan! Oder sollten wir nur so „ungeheuer dumm“ sein? —

## Deutsches Reich.

### Erklärung.

In der Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ vom 6. d. M. wird in einer Besprechung über den Ausfall der Wahlen in Württemberg und mehreren süddeutschen Wahlkreisen behauptet, der sozialdemokratische Parteivorstand habe für die erwähnten Wahlkreise eine besondere Stichwahlparole ausgegeben und wird speziell unser Kollege Vebel beschuldigt, in diesem Sinne gewirkt zu haben.

Diese Angaben entbehren jeden Grundes. Wir, der Parteivorstand, und speziell auch der Kollege Vebel, der sich in jenen Tagen auf einer Wahlagitationsreise in Südwestdeutschland befand, haben sofort, soweit wir Kunde von den Stichwahlplänen unserer Parteigenossen in Württemberg, Straßburg und Fürth-Schwabach erhielten, zum Teil schriftlich, zum Teil persönlich, diesen Plänen entgegengewirkt. Daß wir so wenig Erfolg damit hatten, ist nicht unsere Schuld. Erklärlich ist dieses Verhalten unserer süddeutschen Genossen, nachdem sie aus der gegnerischen, speziell der freisinnigen Presse Norddeutschlands erfahren hatten, in welcher reaktionären Weise sich die Freisinnigen der verschiedenen Richtungen in einer großen Anzahl von Wahlkreisen verhielten, in denen sie die Entscheidung in der Hand hatten und in denen sie zugunsten der reaktionären Kandidaten gegen die sozialdemokratischen Kandidaten sich entschieden.

Trotz alledem hat ein erheblicher Teil der Abgeordneten der verschiedenen freisinnigen Parteien seine Wahl nur der sozialdemokratischen Hilfe zu verdanken, während wir das Umgekehrte, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, nirgends zu konstatieren vermögen.

Berlin, den 7. Februar 1907.

Der Parteivorstand.

Ergänzt wird diese Erklärung durch folgende Zuschrift des „Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs“ an den Stuttgarter „Beobachter“:

In heutiger Nummer des „Beobachter“ veröffentlichte Sie unter der Spitzmarke „Die Hinterlist der sozialdemokratischen Parteileitung“ einen Brief, unterzeichnet: „Der Landesvorstand, J. A.: Karl Oster“, worin unsere Parteigenossen im 7. Wahlkreis, entgegen der für dort festgesetzten, auf Wahlenthaltung lautenden Stichwahlparole, aufgefordert werden, gegen den Volksparteiler Schweighardt und für den konservativen Adlung zu stimmen.

Es ist leider Tatsache, daß dieser Brief von dem im Parteibureau beschäftigten Hilfsarbeiter Oster an Parteigenossen des 7. Wahlkreises geschrieben wurde. Davon hatte jedoch weder der Parteisekretär Wasner, noch sonst irgend ein Mitglied des Landesvorstandes Kenntnis. Die dem Schreiben angefügte Unterschrift war deshalb nach jeder Richtung unberechtigt. Wir stehen auch nicht an zu erklären, daß wir dieses eigenmächtige Vorgehen des Genossen Oster entschieden verurteilen und ersuchen Sie, Ihren Lesern durch Abdruck dieser Zeilen hierüber Kenntnis geben.

Stuttgart, den 5. Februar 1907.

Für die Mitglieder des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs:

Ed. Steinbrenner. Friedr. Fischer. Wilh. Kowald. J. Garder. Wilh. Schwab.

J. A.: Der Sekretär: Otto Wasner.

### Die Wahrheit über den Kolonialschwindel

fidert jetzt selbst in Blättern durch, die vor der Wahl die phantastischen Vernunftgedanken ihren Lesern als bare Münze vorsetzten. So schreibt im „Reich“ der bekannte Missionar Schowalter:

„Kürzlich ging durch die Blätter ein Auszug aus einer Rede Troths. Der Mann, der einst von einer süd-afrikanischen Inspektionsreise zurückkehrte, ohne auch nur einen betrübten Tommy gesehen zu haben, ist nun aus Süd-west heimgekehrt und sieht im Geiste bereits den Getreideexport aus unseren Kolonien, der ihm folgt und unseren Landwirten Konkurrenz macht. Dabei lebt die reiche Kapkolonie, die seit mehr als 100 Jahren erschlossen ist, und das Burenland, das uns 50 Jahre voraus ist, teilweise von fremdem Getreide! In einer Münchener Versammlung schilderte ein Hotelier aus Swatopmund Südwest als ein Land, dessen Wohlstand so groß sei, daß man Antilopen und Büffel „zu Tausenden“ antreffe. Man braucht diese

Schilderung nur abzufragen, um ihre Ueberreizung zu kennzeichnen. Man verweist auf die „glänzende“ Entwicklung der Kapkolonie als Beispiel für die „Möglichkeit“ der Zukunft, die Südwest bevorstehe. Aber man vergißt zu sagen, daß diese selbe Kapkolonie vor dem Risiko einer Ueberbevölkerung steht; daß selbst ihre Bahnen mit Ausnahme der Hauptlinie nicht rentieren; daß sie ihre Hafenwerke als viel zu groß angelegt erkennen muß; daß sie an Pauperismus in Stadt und Land leidet; und daß in den ersten Monaten des vergangenen Jahres Tausende von da nach Südwest gegangen sind, um dort eine Gegenwart zu haben statt der Zukunft, die ihnen ihr Land immer noch nur „verheißt“. Am bedenklichsten aber erscheint mir der „Prospekt“ der „Nordd. Allg. Zeitung“ über den „Wert der Kolonien“, der ganz unkritisch die Berichte der „South West Africa Company Ltd.“ bernietet.

Schowalter unterzieht alsdann diese Berichte einer eingehenden Kritik, wobei er zu dem Ergebnis kommt, daß bei dieser Minuspelation nur die Besitzer der bevorrechtigten Aktien einen Gewinn haben dürften, daß hingegen die kleinen Käufer der nicht-bevorrechtigten Aktien wahrscheinlich arg hineingelegt werden würden.

Schowalter schließt seinen Artikel:

„Aber so ist es nun einmal bei uns: wenn ein Ort bezeichnet wird, so man vorausichtlich Wasser findet, so wird es schon als gefunden bekanntgegeben, und wenn wir eine Mine entdecken, dann ist sie gleich lauter Gold. Die Kolonialmädigkeit als Reaktion bleibt dann nicht aus. Caveto! (Hütet Euch!)“

So schreibt das „Reich“ nach der Wahl! Vor der Wahl verteidigte es beknäuelnd den von Schowalter verpöbelten „Landeskennner“ Trotha gegen eine viel harmlosere Kritik des „Vorwärts“ in einer Notiz, deren Abgeschmacktheit nur durch ihre kolonialphantastische Trotha-Gläubigkeit überboten wurde!

Jetzt warnt man vor dem Kolonialschwindel, den man bis zum 5. Februar mitmachte!

Mögen die Wähler das „Caveto“ beherzigen! Mögen sie sich vor neuem kolonial- und allem nationalen Schwindel überhaupt künftig besser hüten! —

### Ein Opfer des freisinnigen Kurswechsels.

Die „Literarische Praxis“, das Organ verschiedener bürgerlicher Schriftsteller- und Journalistenverbände, veröffentlicht folgende Zuschrift:

„In Nr. 3 der „Literarischen Praxis“ findet sich eine Notiz betr. den Rücktritt Hermann Walters, leitenden Redakteurs des „Gothaischen Tageblattes“, von seiner Stellung. Nachgehend eine Schilderung der Sachlage:

„Seiner Tradition nach ist das „Goth.“, wie aus seinen Abonnementeinladungen und seiner ganzen Tradition hervorgeht, ein linksfreisinniges, demokratisches Blatt. Unter dem Einfluß gewisser Kreise sollte das Blatt, das von zwei jungen Verlegern, den Brüdern Gaston und Alfred Rehmlich, bewirtschaftet wird, jetzt zur Wahlzeit eine Schwentung vornehmen und für die Kandidatur des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg eintreten. Kollege Walter hätte diese Schwentung nicht mitmachen können, ohne seine in 25-jähriger Tätigkeit am „Gothaischen Tageblatt“ festgelegte politische Ueberzeugung zu verleugnen. Ein solcher Seinnungswechsel ist ihm auch nicht zugemutet worden. Der Verlag erklärte vielmehr einfach den Anstellungsvertrag Walters, der einjährige Kündigungsfrist vorsieht, auf Grund § 626 des B. G. B. für aufgehoben und ersuchte ihn durch einen Rechtsanwalt, seine redaktionelle Tätigkeit sofort einzustellen. Dies ist denn auch geschehen, und Walter kann nun den langwierigen Prozeßweg beschreiten.“

Zum besseren Verständnis sei hier der § 5 seines Anstellungsvertrages wiedergegeben, mit dem der Verleger ihre Handlungsweise rechtfertigen wollen. Er lautet:

„Die Dauer des vorliegenden Vertrages wird beiderseits auf 2 Jahre bemessen. Wird der Vertrag nicht innerhalb ein Jahr vor Ablauf gekündigt, so gilt er stets auf ein Jahr verlängert. Die Einhaltung dieser beiden Bestimmungen wird jedoch seitens des Verlages davon abhängig gemacht, daß Herr Walter seine redaktionelle Tätigkeit im Einklang mit dem Interesse des Geschäfts, der Tradition des „Gothaischen Tageblattes“ sowie den die während den Anschauungen der Herren Verleger hält. Geht dies nicht, so hat der Verlag das Recht, vierteljährlich zum Quartalsverlauf zu kündigen.“

Selbstverständlich ist in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es ist rein unmöglich, daß der obenangeführte Paragraph eine Aenderung der Anschauungen der Herren Verleger sowohl über die politische Haltung wie über das „Geschäftsinteresse“ von heute zu morgen in Aussicht genommen haben sollte. Kein denkender Mensch würde einen solchen Kontrakt unterschreiben, am allerwenigsten Kollege Walter, der den Typ des charakterfesten Politikers repräsentiert und seiner Ueberzeugung bereits früher Opfer gebracht hat. Bedauerlich ist nur, daß sein gutes Recht erst durch einen Prozeß erstritten werden muß.“

Herr Hermann Walter ist dem Dernburg-Kurs zum Opfer gefallen. Er wollte seine Ueberzeugung nicht verleugnen und seine politische Vergangenheit nicht proklamieren, und weigerte sich deshalb, in seinem Blatte für die Kandidatur des kolonialen Vorhuhprinzen den Tamtam zu schlagen. Herr Walter ist freilich ein weißer Hase — von den Tausenden jener freisinnigen Journalisten, die gestern noch die Wertlosigkeit unserer Kolonien bewiesen und gegen die Kolonialausgaben weiterten, um sich heute in Kolonialenthusiasmus zu überschlagen, brauchte keiner zu „fliegen“, weil sie sich alle „fügten“.

Darüber, daß Herr Walter seiner Stellung enthoben wurde, weil er sich den Wünschen seiner Verleger und der Schwentung der freisinnigen Windfahnenpolitiker nicht fügen wollte, braucht man sich nicht besonders zu entrüsten. Wer nicht die Fähigkeiten eines Proteus, dagegen so etwas wie demokratische Prinzipien besitzt, darf eben nicht so unvorsichtig sein, einen Redakteurposten an freisinnigen Blättern bekleiden zu wollen.

Darüber freilich, daß es von unendlicher Schamlosigkeit zeugt, einen charakterfesten Mann dem loyal verstandenen Sinne seines Kontraktes entgegen einfach aufs Straßpflaster zu werfen, braucht natürlich kein weiteres Wort verloren zu werden! —

### Der Glückwunsch der Scharfmacher.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt mit: Der Zentralverband deutscher Industrieller hat anlässlich des glücklichen Ausfalles der Reichstagswahlen nachstehende Glückwunschsadresse an den Reichskanzler Fürsten v. Bälou gerichtet:

Durchlaucht!

Das starke Anwachsen der Sozialdemokratie, die außerordentliche Zunahme der für diese Partei bei den Wahlen des Jahres 1903 abgegebenen Stimmen und ihrer Vertreter im Reichstage sind von uns mit wachsender Besorgnis wahrgenommen worden. Der von uns vertretene Zentralverband deutscher Industrieller hat überhaupt niemals die Gefahren verkannt, mit denen das Treiben der Sozialdemokratie und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen den Staat, die Gesellschaft, die Arbeit des Volkes und damit ganz besonders das wirtschaftliche Gedeihen der Nation bedroht. Der Zentralverband hat daher als eine seiner vornehmlichsten Aufgaben den mit

allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu führenden Kampf gegen die Sozialdemokratie betrachtet. In diesem Sinne sind die Mitglieder des Zentralverbandes auch, unter Betätigung einer außergewöhnlichen Opferwilligkeit, mit Eifer und Energie in den nun hinter uns liegenden Wahlkampf eingetreten. Wir sind stets überzeugt gewesen, daß Euer Durchlaucht die vorerwähnten Gefahren voll erkannt haben; die im Laufe der Zeit und bei verschiedenen Anlässen von Euer Durchlaucht gegen die Sozialdemokratie gebrauchten starken Worte erweisen die Wichtigkeit unserer Ueberzeugung. Wer sich ein objektives Urteil über die Machtverhältnisse der Parteien und deren Grundlage und Stützpunkte bewahrt und die einzig mögliche Entwicklung sich mit einiger Klarheit vor Augen gehalten hat, der mußte erkennen, daß der von Euer Durchlaucht, unter einmütiger Zustimmung der verbündeten deutschen Regierungen, mit der Auflösung des Reichstages aufgenommenen Kampf einzig gegen die vaterlandslose, kulturfeindliche Sozialdemokratie gerichtet sein konnte und in der Tat gerichtet war. Das Ergebnis der nunmehr beendeten Wahlen, die schwere Niederlage der Sozialdemokratie, bezeugt, daß Euer Durchlaucht den national gefühlten Wählern diejenige Aufgabe gestellt hatten, durch die alle, auch die sonst Lässigen, zur äußersten Anstrengung und Pflichterfüllung bei den Wahlen aufgerufen werden konnten. Zu diesem großen Erfolge, zu dieser rettenden Tat gestatten wir uns im Namen des Zentralverbandes, Euer Durchlaucht in warmster Weise zu beglückwünschen. Dabei geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Euer Durchlaucht nach diesem hochbedeutungsvollen Ergebnis der Wahlen die Sozialdemokratie mit gleicher Umsicht und Energie und mit gleichem Erfolge weiterführen werden. An unsere aufrichtigen Glückwünsche gestatten wir uns die Versicherung zu knüpfen, daß der Zentralverband es als eine seiner ernstesten Pflichten ansieht, Euer Durchlaucht, wie bisher, so auch in Zukunft in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie mit aller ihm eigenen Kraft zu unterstützen.

Mit vollkommenster Hochachtung und Ehrerbietung  
Das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller.  
gez. H. Lovelius, gez. H. A. Bued,  
Vorsitzender. Generalsekretär.

Der Glückwunsch sollte noch, um die Wahlen von 1907 zu charakterisieren. Der Zentralverband der Scharfmacher freut sich des Wahlausganges und er hat allen Grund dazu. Das Scharfmachertum ist mit der Regierung zufrieden — und die Regierung rühmt sich seiner Freundschaft. Aber die Sozialreform wird nicht still stehen, versicherte die „National-Zeitung“ vor der Wahl! —

### Die Kadaw-Creme von Berlin.

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet vom Abend des Stichwahltages aus Berlin:

„Vor dem Hause des „Lokal-Anzeigers“ stand tausendköpfig die Creme des randalierenden Berlins, die sich diebisch freute, unter den Augen der hohen Polizei in der Masse patriotischen Interesses sich nach Herzenslust angröhlen zu können. Hochrufe und schrilles Pfeifen begleiteten wie bei der Hauptwahl die Lichtbilder der Wahlbesuche. Dazwischen erklang auch die Nacht am Rhein.“

Es wird dann geschildert, wie diese „Creme des randalierenden Berlins“ vor das Schloß zog, wie Prinzen am Fenster des Schloßes erschienen und der Kaiser seine Ansprache hielt, die dann mit „brausenden Hurrausen“ und dem Gesang der Nationalhymne beantwortet wurde.

Es wird für Wilhelm II. nicht gerade erfreulich sein, von der „Kölnischen Zeitung“ zu vernehmen, daß er seine Ansprache an die „Creme des randalierenden Berlins“ gehalten hat, die sich diebisch freute, unter den Augen der hohen Polizei in der Masse patriotischen Interesses sich nach Herzenslust angröhlen zu können.“

### Die Stichwahl in Köln.

Die Wahl hat wieder mit dem Siege der Zentrumspartei geendet. In der Hauptwahl erhielt das Zentrum 17 817, unser Genosse Hofrichter 15 661 und der liberale Kandidat 10 842 Stimmen. Bei der Stichwahl zerfielen die Liberalen in drei Gruppen von annähernd gleicher Größe: ein Drittel blieb der Stichwahl fern, ein weiteres Drittel wählte den Zentrumsmann Trimbom und das letzte Drittel wählte sozialdemokratisch. Rehmlich war es bei der Wahl 1903. Diejenigen, die von der Verschärfung der Gegensätze zwischen Zentrum und Liberalen in Köln, hervorgerufen durch den Kampf um die Rathausmehrheit, die Gefährdung des Zentrumsmandats erwarteten, befanden sich in einer argen Täuschung. In den Enttäuschten gehören vor allem die Kölner Jungliberalen, die den rheinisch-westfälischen Kuhhandel zwischen Liberalen und Zentrum zu Falle gebracht haben und die Proklamierung der Wahlfreiheit zwischen Trimbom und Hofrichter durchsetzten. Die von ihnen ausgesprochene Absicht, die Wahl des Sozialdemokraten zu empfehlen, haben die Jungliberalen nicht wahr gemacht; es wird ihnen sowohl der erste Wille wie der Mut gefehlt haben. Geradezu erbärmlich hat sich in Köln wieder der Nichterfreisinn in einzelnen seiner Vertreter benommen: von freisinniger Seite — die „Vereinigten Liberalen Parteien“ Kölns umfassen alle Richtungen von konservativsten Nationalliberalen bis zum Demokraten — suchte man den Kompromiß mit dem Zentrum durchzusetzen, um dem Volksparteiler Oberlandesgerichtsrat Müller-Köln das Altena-Hierholmer Mandat durch liberale Hilfe gegen den Sozialdemokraten zu sichern.

Einer dreisten Wahlbeeinflussung hat sich am Tage vor der Stichwahl der Kölner Oberbürgermeister Veder schuldig gemacht. Er ließ ein Plakat anleben, worin er in unerhörter Weise gegen den sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten, für Trimbom Stimmung machte. Vorsichtigerweise unterzeichnete er Wilhelm Veder, Ehrenbürger der Stadt Köln. Herr Veder ist dieser Tage zum Wirklichen Geheimrat mit dem Titel Erzeleuz ernannt worden, vermutlich zum Lohne für seine Sozialistenpresserei und illoyale Behandlung der politischen Arbeiterbewegung. Durch das Plakat hat der Mann erneut den Beweis seiner unentwegt nationalen und staatsverhaltenden Gesinnung erbringen und den Dank für den Titel abstaten wollen. Den Kölner Nationalliberalen, deren Parteimitglied Herr Veder ist, hat er durch seinen Uebergriff schwerlich genügt. —

### Reimatspolitische Gesäße.

Der im Wahlkampf durchgefallene Reichert v. Zedlitz hat sich bemüht gefühlt, im „Scherischen Tag“ an die Regierung die Mahnung zu richten, den extrem-agrarischen Tendenzen, die durch den Wahlausfall eine beträchtliche Stärkung erfahren hätten, nicht die Zügel schießen zu lassen, sondern so zu bremsen, daß das „Zusammenhalten der nationalen Mehrheit“ nicht gefährdet werde. Ueber diese Mahnung ist die „Deutsche Tagesztg.“, welche die günstigste Situation mit allen Kräften für die Sonderinteressen des Großgrundbesitzes auszunutzen möchte, sehr ungehalten. „Es ist jammerlich“, schreibt sie, „daß Herr v. Zedlitz nicht selbst in der Lage ist, im Reichstage, die extrem agrarischen Tendenzen zu bremsen“. Diese Dremstätigkeit würde nicht nur auf die Männer der schärferen agrarischen Tonart, sondern allenthalben einen erheitern den Eindruck machen.“

Es ist merkwürdig, wie sich die Tonart des landbändlerischen Blattes seit dem 5. Februar geändert hat. Vorher predigte es jeden Tag Einigkeit und wollte selbst den Freisinn in diese Einigkeit einbezogen wissen; jetzt findet es, daß selbst der Reichsparteiler v. Zedlitz zu weit links steht. —

### Der lange Wähler ausgepiffen.

Durch die bürgerliche Presse ging dieser Tage eine Meldung, wonach der durchgefallene Stichwahlkandidat für Viefelsfeld-Biedendrüde, der Staatsminister a. D. Th. v. Röllert, von Sozialdemokraten am Sprechen verhindert und dann noch auf der Straße injuliert worden sei. Wie sich der Vorgang wirklich abgespielt hat, darüber berichtet die Viefelsfelder „Sollwacht“:



Nachdem Herr v. Köller das Zentrum im Verlauf des Wahlkampfes mit denselben Verleumdungen bedacht hatte wie die Sozialdemokratie, gehörte die ganze Unberufenheit eines Vertrauensmannes des schlichten kapitalistischen Schachmachers dazu, um nach bei den Zentrumswählern im katholischen Gefellenshaus zu Wiederbrück den Versuch des Stimmensangs zu unternehmen. Und dieser Versuch sollte nach dem bisher erprobten Muster vor sich gehen: eine Rede des Herrn von Köller, worauf Anfragen gestattet waren, deren Beantwortung Herr v. Köller mit beliebiger Grobheit ablehnen konnte. Es sollte anders kommen. Ueber tausend Zentrumswähler aus weiter Umgegend hatten sich eingefunden, um Herrn v. Köller das Reden in der Versammlung zu verleiden, der Saal war schon eine halbe Stunde vor der Eröffnung überfüllt, und so gleich nach der Eröffnung erhob sich ohrenbetäubender Lärm. Als Herr v. Köller das Wort erteilt wurde, verdoppelte sich der Lärm, Rufe, wie: „Der Millionentheil Zwei Serringe und ein Nöppchen die Woche!“ erschollen unausgesetzt. Herr v. Köller trat fassungslos ab und Herr Brenke erhielt das Wort, dem es nicht besser ging, so daß der Bürgermeister die Versammlung auflöste. Nun wurde unmittelbar nach der Versammlung schon von denen um Köller herum erzählt, eine Sprengkugel von 500 Mann aus Bielefeld und Rheda habe den Lärm verursacht. Das ist frech erlogen. Die Wahrheit ist, daß Redakteur Hoffmann als der einzige Bielefelder auf Ersuchen eines Teiles der Mitglieder des katholischen Gefellensvereins in der Versammlung anwesend war, um, im Falle, daß der Versuch, freie Diskussion zu erhalten, glücken würde, Köller gegenüberzutreten. Er sowohl wie die anwesenden etwa 50 Sozialdemokraten aus Rheda haben selbstverständlich sich vollständig ruhig verhalten. Es war der Jörn des katholischen Volkes, durch welchen Herr v. Köller in Wiederbrück heimgeführt wurde. Man muß ihn gesehen haben, den großspurigen Herrn, wie er bleich und fassungslos das Weite suchte. Sogar einen Gummischuh hat der große Herr bei seiner Eile im Stich gelassen.

Die Zentrumsfraction des Abgeordnetenhauses hat folgende, das Grubenunglück im Saarrevier betreffende Interpellation eingebracht:

1. Hat die Interpellation über das auf der Grube „Neden“ am 28. Januar vorgekommene Unglück ergeben, daß die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bergleute in den staatlichen Gruben erlassenen Vorschriften bei dem Betrieb der genannten Grube in den letzten Wochen vor dem Unglück und insbesondere an dem Unglückstage selbst beobachtet worden sind?
2. Erscheint es nicht notwendig, die zurzeit geltenden Vorschriften zu verbessern und zu verschärfen, um einen vollen Schutz von Leben und Gesundheit der Bergleute zu gewährleisten?
3. Welche außerordentlichen Maßnahmen gedenkt die Regierung in anbetragt der ungeheuren Größe und Schwere des Unglücks den betreffenden Bergleuten und den Hinterbliebenen der Getöteten zuteil werden zu lassen?

**Rachwahl in Lenney-Reitmann.** Der doppelt zum Reichstag gewählte Abgeordnete Eichhoff (fr. Sg.) hat das Mandat für Rühlshausen i. Th. angenommen, so daß in Lenney-Reitmann eine Rachwahl stattfinden muß.

#### Eröffnung des württembergischen Landtages.

Der württembergische Landtag wurde heute durch den König persönlich mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt:

„Das Verfassungsgezet vom 11. Juli v. J. hat der Ersten Kammer die den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Gestaltung und Stärkung durch Zuführung neuer und wertvoller Kräfte gegeben. Die Zweite Kammer ist nach den ganz überwiegenden Wünschen des Landes nunmehr ausschließlich als Vertretung des Volkes auf Grund allgemeiner und unmittelbarer Wahlen zusammengesetzt. Nachdem so die lang umstrittene Verfassungsfrage ihre Lösung gefunden hat, hoffe ich zuversichtlich auf diejenige harmonische Weiterentwicklung des Staatslebens, die allein dem Wohle des Ganzen zu dienen vermag. In dem neuen Landtage wird die Feststellung des Staatshaushaltsplans die kommenden zwei Finanzjahre den nächsten und dringlichsten Gegenstand der Beratung bilden. Das feste Wachstum der staatlichen Ausgaben hat eine namhafte Steigerung des Staatsbedarfes, hauptsächlich für die Verzinsung der Staatsschuld, für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, für Straßenbauten und für die Zwecke der Volksbildung, herbeigeführt. Außerdem ist durch die zunehmende Verteuerung der meisten Lebensbedürfnisse für meine Regierung die unabwiesliche Pflicht der Verrückung sämtlicher Staatsbeamten sowie der Kirchen- und Schuldiener entstanden. Es wird Ihnen deshalb ein Vorschlag zur Neuordnung der Gehaltsverhältnisse sowie eine Novelle zum Beamtengezet vorgelegt. Erhebliche Mittel sind für die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zu beschaffen. Im Bereich der bürgerlichen Rechtspflege ist eine den Bedürfnissen folgende Fortbildung der Gesetze im Auge gefaßt. Auf dem Gebiete des Unterrichts steht eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Weiterentwicklung des Volksschulwesens im Vordergrund. Aus den Kreisen der inneren Verwaltung wird Ihnen sofort der Entwurf einer Bauordnung unterbreitet werden, der sachliche Erleichterung der baupolizeilichen Vorschriften, namentlich für die einfacheren Verhältnisse auf dem Lande, schaffen soll und weiterhin eine Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung des Verfahrens in Bauverfahren unter angemessener Ausdehnung der Zuständigkeit der Gemeindebehörden anstrebt. Durch die verfassungsmäßige Berufung von Vertretern der Landwirtschaft in die Erste Kammer ist eine gesetzliche Organisation des landwirtschaftlichen Verstandes dringend geboten; ebenso soll Ihnen ein durch die Umgestaltung der Ständeversammlung veranlaßter Gesetzentwurf über die Entschädigung, Fahrgeelder und Reisekosten der Ständemitglieder zugehen.“

#### Ausland.

##### Frankreich.

**Der Einkommensteuer-Gesetzentwurf** wurde gestern (Donnerstag) in der Deputiertenkammer vom Finanzminister Caillaux eingebracht. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß alle Nationen ihr Steuersystem zu dem Zwecke, das wirkliche Einkommen zu treffen, einer Erneuerung unterzogen hätten. Der Minister habe nicht das deutsche und das englische System einfach nachahmen wollen, sondern sich bemüht, eine den Ueberlieferungen und Gewohnheiten sowie der Vermögensverteilung in Frankreich entsprechende Besteuerung zu schaffen. In seinem Entwurfe stellt der Minister den bestehenden Realsteuern auf alle Einkommensarten eine allgemeine Einkommensteuer, die Personalsteuer ist, an die Seite. Diese belegt mit vier Prozent die Einkommen aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen, mit dreieinhalb Prozent die Einkommen aus Industrie und Handel und mit drei Prozent die Einkommen aus Arbeitsleistungen. Die gegenwärtige Art der Besteuerung französischer beweglicher Werte soll aufrecht erhalten bleiben; der Ertrag dieser Besteuerung soll um 5 Millionen erhöht werden, ohne daß jedoch die im Verste von Familienvätern mit kleinem Einkommen befindlichen französischen Werte höher als bisher besteuert werden. Alle ausländischen Werte sollen freien Zutritt zum französischen Markt haben gegen eine Stempelabgabe von zwei Prozent des Nennwertes und eine Steuer von fünf Prozent auf das aus ihnen fließende Einkommen. Die französische Rente bleibt von der Steuer frei, jedoch bleiben die aus Staatswerten fließenden Einkommen nicht von der allgemeinen Einkommensteuer befreit; vielmehr sollen diese Einkommen, sobald sie fünftausend Frank übersteigen, nach einer progressiven Scala getroffen werden, die mit 20 Centimes beginnt und bis zu vier Prozent des Einkommens geht; auf diese Weise sollen 120 Millionen aufgebracht werden können. Steuererklärungen

der Steuerpflichtigen sollen, sofern sie sich nicht als falsch erweisen, als Grundlage der Besteuerung angenommen werden; willkürliche Nachforschungen seitens der Behörden finden nicht statt. Die Verwaltung wird über die Banken und Kreditinstitute eine Kontrolle ausüben; Unterschleife sollen mit strengen Geldstrafen belegt werden.

Die Verlesung des Entwurfs wurde von der Linken mit Beifall, von der Rechten mit Unruhe aufgenommen. Das Haus verwies den Entwurf an den Steuerreform-Ausschuß.

#### Belgien.

##### Der Achthundentag.

**Brüssel, 7. Februar.** Der Zentralauschuß, welcher den Gesetzentwurf Deffree auf Einführung eines Maximalarbeitstages von neun Stunden berät, erklärte sich einstimmig für den Antrag unter Annahme einer weiteren Resolution, welche die baldmöglichste Herabsetzung dieser Grenze auf acht Stunden befürwortet.

#### Japan.

Die japanische Einwanderung in Kalifornien, die von den amerikanischen Gewerkschaften scharf bekämpft wird, soll von jetzt an eingeschränkt werden, wie der Regierung auf diplomatischem Wege mitgeteilt wurde. In Tokio sah man die starke Auswanderung schon lange höchst ungern; die emporstrebende japanische Industrie braucht die billigen Arbeiter selbst, und wo etwa überschüssige Arbeitskräfte vorhanden sind, will man sie nach den „Kolonien“ Korea und Sachalin senden, die soviel wie möglich mit Japanern bevölkert werden sollen. So kann man sich mit den Amerikanern verständigen und als Gegenleistung eine günstige Lösung der Schulfrage in Kalifornien erwarten. Damit würde man auch in San Francisco sehr zufrieden sein, wie der Bürgermeister Schmitz bereits öffentlich erklärt hat.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr. Der Vizepräsident-Michel eröffnet die Sitzung nach 14 Uhr mit der Mitteilung, daß der Stadtv. Arnold Perls (N. L.) gestern plötzlich verstorben ist; er widmet dem so unerwartet Dahingegangenen, der 10 Jahre lang der Versammlung angehört und kaum das 51. Lebensjahr erreicht hat, einen längeren anerkennenden Nachruf, den die Versammlung stehend anhört.

Die Vorlage betr. die Verwendung eines Teiles des städtischen Geländes an der Paul- und Wiesenstraße für Gemeindeforschulzwecke, wonach etwa 11 200 Quadratmeter zum Bau einer Gemeindeforschule verwendet werden und 20 000 M. als erste Baurate in den Etat für 1907 aufgenommen werden sollen, beantragt

Stadtv. Jähndrich (N. L.) einen Ausschuß zu überweisen. Er vernimmt eine genügende Begründung des Bauplanes und hält die Entloftung der Mietschulen in der Paul- und Wiesenstraße auch auf anderem Wege für erreichbar. Man habe das teuerste Stück des Geländes für die Schule aufgefunden und außerdem würde durch den Bau an dieser Stelle in der dortigen Gegend eine auffällige Häufung von Schulgebäuden entstehen.

Stadtv. Bülow (Fr. Fr.) schließt sich dem Antrage Jähndrich an.

Stadtv. Hinge (Soz.): Auch wir sind mit Ausschußberatung einverstanden. Allerdings nicht etwa aus dem Grunde, weil gerade der wertvollste Teil des städtischen Terrains ausgewählt werden soll. Die Errichtung neuer Schulen ist dort eine dringende Notwendigkeit. Die Stadt darf es nicht erst dahin kommen lassen, daß das Provinzialkollegium einschreitet.

Nachdem Stadtrat Schäfer erklärt hat, daß der Magistrat im Ausschuß auf die erhobenen Einwände zurückkommen werde, wird der Antrag Jähndrich angenommen.

Auf dem städtischen Gelände zwischen Brenzlauer Allee und Diesterwegstraße sollen 10 Schulbaracken zu je zwei Klassen, eine Turnhalle, zwei Aborte und drei weitere Wirtschaftsbaracken für 282 000 M. errichtet werden.

Stadtv. Röte (Fr. Fr.) stellt diesem Plane des Magistrats nicht eben freundlich gegenüber, wenn er auch die Notwendigkeit insbesondere der Beseitigung der zahlreichen fliegenden Klassen im 8. Schulkreise anerkennt. Es sei aber überhaupt bedenklich, auf dem Wege fortzuschreiten, den man vor 3½ Jahren betreten habe; seitdem seien bereits etwa 800 000 M. für solche Baracken ausgegeben worden. Die Sache sei also teuer und doch nur ein Provisorium. Man sollte also doch einmal eingehend überlegen, was zu tun sei, um dem Eintreten von Notständen auf dem Gebiete des Schulbaues vorzubeugen. Redner empfiehlt zu diesem Zwecke die Annahme des Antrages, mit dem Magistrat in gemeinsamer Deputation über Mittel und Wege zu beraten, wie durch die rechtzeitige Erwerbung geeigneter Schulgrundstücke dem Schulbedürfnis besser als bisher genügt werden kann.

Stadtv. Hinge: Es ist ja sehr erfreulich, daß endlich auch dem Kollegen Röte ein Licht darüber aufgeht (Heiterkeit und Widerspruch), wie es mit der Erbauung unserer Schulen bestellt ist. Wir haben auf diesen Notstand längst hingewiesen, den Kollege Röte jetzt bestätigt hat (Unruhe); ja, das muß Ihnen gesagt werden; denn die Herren sitzen doch in der Schuldeputation, wir nicht; Sie können jederzeit dahingehende Anträge stellen. Wir haben schon bei der Barade in der Premierstraße erklärt, daß wir darin nur einen Nothbehelf sahen; trotzdem ist mit diesen Barackenbauten fortgefahren worden. Die Schulverwaltung steht eben nicht auf der Höhe der Zeit, sonst wäre die Not nicht so groß geworden. Wir haben vor ganz kurzer Zeit verlangt, man sollte auf dem hier in Frage kommenden Grundstück die neue Realschule errichten; dem wurde damals entgegen, die Realschule gehöre nicht in die Nähe des Ahls für Obdachlose. Für Gemeindeforschüler scheint aber die Gegend geeignet zu sein.

Stadtv. Haberland (N. L.) hebt hervor, daß nach dem Erläuterungsbericht die Terrainregulierung verhältnismäßig kostspielig sein wird.

Stadtv. Gassel (N. L.): Auch in Zukunft werden wir Barackenschulen nicht ganz entbehren können, da das Bedürfnis nach Schulen sich manchmal ganz plötzlich an Stellen geltend macht, wo es früher gar nicht zu übersehen war. (Widerspruch.) Barackenschulen sind immer noch besser als Mietschulen. Wir sind bekanntlich nicht dafür verantwortlich zu machen, daß Herr Hinge und seine Freunde nicht in der Schuldeputation sitzen. Trotzdem findet dort die aller sorgfältigste Prüfung der Frage des Schulbedürfnisses statt; die Kostenfrage kommt erst in zweiter Linie.

Stadtrat Schäfer: Der Antrag Röte wird vom Magistrat mit Freuden entgegengenommen werden. Herr Hinge ist jeden Moments dafür schuldig geblieben, daß die Berliner Schulverwaltung nicht auf der Höhe steht. Die Barackenbauten sollen nichts Dauerndes sein, aber uns aus momentanen Verlegenheiten herausreißen.

Stadtv. Mommsen: Herr Hinge bemerkt ich, daß gerade wir wiederholt gegen das langsame Bauen der Schulgebäude energisch protestiert haben, daß wir deshalb manchen Strauß mit dem Stadtbaurat Hoffmann ausgefochten haben, wo die Sozialdemokraten immer auf dessen Seite zu finden waren. (Widerspruch.) Wir sind jetzt auf den Ausweg des Antrages Röte gekommen, den wir um so mehr empfehlen, als auch in Sachreisen das Urteil über die Barackenschulen geteilt ist. Man hat das System auch damit empfohlen, daß die Baracken transportabel seien; aber noch keine ist je transportiert worden. Das jetzige System, welches wir bei der Errichtung von Schulen in noch nicht bebauten Gegenden befolgen, ist falsch. Es ist gar kein Unglück, wenn ein Schulgebäude ein paar Jahre zu früh gebaut wird.

Stadtv. Singer (Soz.): Die Schuld an unserem Schulstand dem Stadtbaurat Hoffmann in die Schuhe zu schieben, ist sehr billig. Worüber hier geklagt wird, das ist nicht der langsame Fortgang der Schulbauten, sondern die Kurzsichtigkeit der Schul-

verwaltung, die Schulen erst dann zu bauen, wenn die Bevölkerung schon angefüllt ist. Daß der Bedarf an Schulen manchmal so plötzlich hervortritt, daß es vorher von der Schulverwaltung gar nicht zu übersehen war, liegt zwar sehr schön, aber ein praktisches Beispiel dafür wird Herr Gassel nicht anführen vermögen. Seit Jahren haben wir doch z. B. über das Gebiet des XI. Stadtkreises verhandelt; lebt denn die Schuldeputation nicht in Berlin, erzählt sie von solchen Verhandlungen nichts? Und warum werden denn die Baracken ferner nicht innerhalb einiger Zeit wieder befreit, wenn neue Schulgebäude massiv aufgeführt worden sind? Es ist klar, wir haben hier mit Kurzsichtigkeit betreffs des Bedürfnisses und auch mit einer ganz besonders übel angebrachten Sparsamkeit zu tun. Eine Stadt kann doch über nichts froher sein als über einen möglichst hohen Bedarf für ihre Schulen. Wir verwahren uns also dagegen, daß man hinterher nach nicht vorhandenen Gründen für den Bau von Baracken sucht; und es ist eine Kühnheit, bestreiten zu wollen, daß die sozialdemokratische Fraction von allem Anfang an sich gegen diese Barackenwirtschaft gewandt hat. Nach Herrn Gassel wird ja der Bau solcher Baracken in Berlin überhaupt nicht aufhören! Wir nehmen den Antrag Röte an in der festen Absicht, diesem System baldigst ein Ende zu machen.

Stadtrat Schäfer: Ein derartiges plötzliches Schulbedürfnis ist in der Gegend vor dem Franzfurter und Schönhauser Tor, sowie in der Müllerstraße allerdings aufgetreten.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch Stadtv. Gassel und Stadtv. J. d. n. (N. L.), Mitglied der Schuldeputation, der den Vorwurf Singers wegen der fiskalischen Rücksichtnahme der Verwaltung zu entkräften sucht.

Die Vorlage und der Antrag Röte gelangen darauf zur Annahme.

Auf der Tagesordnung folgt nunmehr die Berichterstattung des Ausschusses für die Vorlage wegen Verlängerung der Hofstraße, zwischen Königgräber- und Lennestraße. Referent ist der Stadtverordnete Heimann (Soz.); derselbe ist jedoch wegen Krankheit entschuldigt und die Versammlung beschließt, den Gegenstand für heute abzulehnen.

Ferner liegt zur Kenntnisnahme vor die Uebersicht über die Frequenz in den Gemeindeforschulen am 1. November 1900.

Stadtv. Ulrich (N. L.): Es liegt uns hier die erste Uebersicht vor, die der neue Stadtschulrat uns übermittelt hat; sie gibt ein Bild von der gewaltigen Aufgabe, die der neue Herr zu erfüllen hat, der er aber auch, wie wir sehr vertrauen, gewachsen sein wird. Wünschen müssen wir, daß sich die Verhältnisse nach der Richtung hin bessern möchten, daß eine größere Zahl von Schülern mit dem Reifezeugnis abgeht. Leider sind die an die neue Organisation der Gemeindeforschule geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt worden, trotz der pro Kopf der Schülermasse aufgewendeten Summe. Wir jährlich 60 M. im Jahre 1898 ist dieser Betrag bis auf 70 M. gestiegen; die Bezüge unserer Lehrer mußten fort und fort aufgebessert werden. Die Durchschnittsfrequenz hat in der Unter- und Mittelstufe sich erfreulicherweise weiter vermindert. Die Oberstufe aber weist eine so lichte Besetzung auf, daß wir bedenklich werden müssen. Wir finden in mehreren ersten Klassen nur 20, 22, 23 Schüler. Hauptsächlich pädagogische, aber auch finanzielle Gründe sprechen dafür, daß manche dieser Klassen eingezogen werden, dann würden gleichzeitig auch Räume für andere Zwecke disponibel. Wir wollen keine Fällung bis zur normalen Zahl, der Lehrer soll seine Schwingen frei entfalten können; aber in den angegebenen Grenzen bitten wir den Stadtschulrat, unsere Wünsche zu veräußern.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Trotzdem es bei den vielen Extrazugungen, die hier im Saale abgehalten werden, sehr schwer ist, sich Schörs zu verschaffen, will ich das doch versuchen. Auch dem neuen Herrn in der Schulverwaltung hat der Vordredner bereits Vorschlagsarbeiten gestiftet, wir möchten, obwohl frei von aller Voreingenommenheit gegen die Person, doch erst die Taten des neuen Herrn abwarten. Die Frequenz ist im Durchschnitt wieder um einen Bruchteil zurückgegangen, das ist erfreulich, aber auch sehr notwendig. Die schwache Besetzung der ersten Klasse in der 106. Schule mit 20 Schülern ist dem Vordredner ein Gegenstand des Tadels, er übersteht aber, daß in derselben Schule eine letzte Klasse mit 68 Schülern besteht! Die Zahl der liegenden Klassen hat leider wieder zugenommen, und dabei ist die Besetzung der untersten Klassen in den ersten Wochen des Semesters eine größere, als sie in der Frequenzübersicht überhaupt zum Ausdruck kommt. Die Uebersicht ergibt auch das interessante Faktum, daß trotz des scheinbaren Rückganges der Schullernzahl im Südosten eine ganze Anzahl überfüllter Klassen sich dort noch befindet; der ganze Effekt der Aufhebung einzelner Schulen würde daher schließlich nur sein, daß die Klassen der verbleibenden Schulen überfüllt werden. Die Teilung der Aufnahmeklassen ist in ganz unzulänglichem Maße erfolgt, nur ein Drittel sämtlicher Klassen ist geteilt worden; die übrigen zu teilen unterläßt man wieder aus finanziellen Gründen trotz der dagegen sprechenden pädagogischen Erwägungen. Der Vordredner will die ersten Klassen überhaupt nach Möglichkeit beilegen. Er muß doch als Mitglied der Schuldeputation wissen, daß die achtklassigen Schulen ihre Wirkung noch nicht äußern konnten, weil das neue System noch keine acht Jahre besteht; will er nicht gefälligst so lange warten? Streichen Sie jetzt die ersten Klassen weg und schaffen Sie wieder ein siebenklassiges System, so werden Sie natürlich eine höhere Zahl von Schülern in den dann sogenannten ersten Klassen haben. Teilt man aber sämtliche Aufnahmeklassen, so wird auch nach und nach die Zahl der Schüler in den höheren Klassen zunehmen. Für die stärkere Besetzung der Klassen führt Herr Ulrich auch pädagogische Gründe ins Feld; abschlaggebend aber ist für ihn offenbar der finanzielle Gesichtspunkt. Vor der Deffentlichkeit kann ein solcher Standpunkt unmöglich vertreten werden. — Die Mietschule ist zweifellos noch schlechter als die Barackenschule; trotzdem ist auch die Zahl der Mietschulen wieder gestiegen. Die Mietschulen sind zu einer ständigen Einrichtung bei uns geworden. Herr Gassel mag sich sagen lassen, daß in einem seit 30 Jahren vollständig ausgebauten Bezirk, in der Weidenburgerstraße, noch heute eine Mietschule besteht. (Hört! hört!). In einem in der Nähe eines Ringbahnhofs gelegenen Gebiete, welches seit acht Jahren völlig ausgebaut ist, steht noch kein städtisches Schulgebäude! Bei den unzulänglichen Mietschulräumen muß natürlich auch der Unterricht selbst und die Bewältigung des Peniums leiden. Nur in vernünftig besetzten nicht überfüllten Klassen wird sich das Pensum der Volksschulen absolvieren lassen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.): Die noch vorkommenden Ueberretungen sind nicht allgemein aus Raumangel zu erklären, sondern auch weil man sich vor dem unwürdigen Umfassen fürchtet, das stets den größten Unwillen der Betroffenen erregt. Mißstände sind durch das langsame Bauen ungewisshaft auch hervorgerufen. Die Teilung der Aufnahmeklassen ist seinerzeit notwendig geworden, als der neue Lehrplan die Zahl der Unterrichtsstunden in den Unterklassen verminderte und Pflichtstunden der Lehrer frei wurden, die dadurch zweckmäßige Verwendung fanden. Herr Ulrich muß ich mit dem Kollegen Borgmann entgegenzutreten, soweit er das achtklassige Schulsystem tadeln wollte. Die Behauptung, daß ein erfolgreiches Unterricht bei einer Klasse von 20-25 Kindern nicht erreicht werden könnte, scheint mir völlig unhaltbar; pädagogische und finanzielle Rücksichten wollen wir doch nicht vermengen. Nachdem einmal die achtklassige Schule eingeführt worden ist nach sanftem Druck der Regierung, wäre der Uebergang zur siebenklassigen ein gefährlicher Rückschritt. Und gerade die Regierung ist es, die die achtklassige Schule jetzt wieder schwer gefährdet; ein Urtah des Provinzial-Schulkollegiums hat plötzlich der Stadt eine ganz gewaltige Freiheit auf dem Gebiete der Dispositionen gegeben, wonach die Bedingung der Reife für die erste Klasse nicht mehr aufrecht erhalten werden soll; das Kind muß nur die



8. Klasse absolviert und 8 Jahre die Schule besucht haben! Diese Erweiterung der Dispensationsmöglichkeit muß das System gefährden und noch darüber hinaus schlechter wirken, als wenn wir ein fest organisiertes siebenklassiges System hätten.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Es ist richtig, daß die Frequenz der ersten Klassen durch das uns aufstrotzende Schillarsystem gesunken ist. Der betreffende Herr im Ministerium war auf dem Gebiete des Pädagogischen sehr bewandert, weniger aber mit den Verhältnissen der Stadt Berlin vertraut; der hat es durchgesetzt, daß wir statt des siebenklassigen das achtklassige annehmen mußten. Die Herren im Ministerium haben sich aber dabei verreckelt. Man kann eine achtklassige Schule nicht einfach in eine achtklassige umwandeln. Bei der achtklassigen kann der Schüler, der durch Krankheit u. a. m. zurückgehalten wird, doch die erste Klasse eventuell noch erreichen, bei der achtklassigen kann er es nie. Der Schüler der niederen Schulen bekommt dafür das Recht auf Verlegung, welches der Schüler der höheren Schulen nicht hat. Ich kann nicht verschweigen, daß ich den Eindruck habe, daß die Volksschule jetzt weniger leistet als bei dem Sechsklassenystem. (Hört! hört!) Jeder Rektor hat den Wunsch, eine volle Schule zu haben, und es wird eben gehoben; wenn in manchen Schulen die Schüler nach einem halben Jahre aus der zweiten in die erste Klasse verlegt werden (Hört! hört!), kann natürlich der Lehrplan nicht eingehalten werden. Ein volles Urteil können wir aber immer noch nicht haben, bevor nicht eine Generation die Schule absolviert hat. (Zustimmung.) Inzwischen werden nach Möglichkeit Kantelen zu schaffen und statistische Unterlagen für weitere Maßregeln zu gewinnen sein. Vielleicht wird das System beibehalten, aber nicht sämtlichen Schulen die 1. Klasse belassen, sondern es wird vielleicht von 7—1 gezählt werden und dann noch eine Selektion aufgesetzt. Es kommt hier auch in Betracht, daß die legendäre Institution der Schularzte auch dadurch ihre Wirkung äußert, daß viele Kinder aus körperlichen Rücksichten zurückgestellt werden und so nicht in die 1. Klasse gelangen können. Mit der Einziehung der ersten Klassen sollte aber nicht scharf vorgegangen werden. Vielleicht würde sich später der vorhandene Mangel beseitigen lassen, wenn etwa zur gemeinsamen Erziehung der Geschlechter Übergang gemacht werden sollte; würden wir Knaben und Mädchen zusammen einschulen, so hätten wir einen breiten Unterbau, mit dem auch die volle achtklassige Schule durchzuführen wäre. Die Ueberfüllung einzelner Klassen und die „fliegenden“ Klassen bedauern ich außerordentlich, zumal letztere sich in nächster Semestre noch vermehren werden. (Hört! hört!) Die Mittelschule in der Weihenburgerstraße ist auch nach meiner Kenntnis keine ideale; ich hoffe, daß wir sie in nicht allzulanger Zeit werden aufgeben können. (Städt. Vorgmann: Das erleben wir nie!)

Stadtb. Gafel führt nochmals in breiter Darlegung die Gründe auf, die nach seiner Auffassung der Massigen Schule den Vorzug geben.

Stadtb. Direktor Hellwig (A. L.) hält die Erfüllung der Schulziele bei der nachgewiesenen Durchschnittsfrequenz nach seinen Erfahrungen als Direktor der V. Realschule sehr wohl für möglich und sucht das in einzelnen durch Zahlenangaben darzutun. In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ habe ein Artikel gestanden, der, an die schon erwähnte Frequenz von 68 anknüpfend, Angriffe auf die Schulverwaltung Berlins und die freisinnige Stadtverwaltung richtete, insbesondere behauptete, daß der Freisinn sich ähnliche Zustände an einer höheren Schulanstalt nicht gefallen lassen würde, vielmehr darüber in große Aufregung geraten würde. Seine Zahlenangaben seien die beste Widerlegung dieser Behauptung.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen von minderer Bedeutung schließt die öffentliche Sitzung gegen 1/2 12 Uhr.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Kampf in der Holzindustrie.

Gestern vormittag fand in der „Neuen Welt“ wieder eine Versammlung der Ausgesperrten statt. Stütze, der den Situationsbericht erstattete, sagte unter anderem: Vor einer Woche betrug die Zahl der Ausgesperrten in Berlin 7563. Sie ist inzwischen auf 8208 gestiegen. In Weihenau sind 371, in Rigdorf 400 Ausgesperrte zu verzeichnen. Etwa 1000 der Ausgesperrten sind bis jetzt abgereist. Die Zahlen, die jetzt täglich als zu den Ausgesperrten hinzukommend gemeldet werden, seien kaum so groß wie die Zahl derer, die um diese Zeit auch unter normalen Verhältnissen arbeitslos werden. Viel größer wie jetzt könne die Zahl der Ausgesperrten nicht mehr werden. Unter den als ausgesperrt gezählten befindet sich auch die nicht geringe Anzahl derjenigen, die als Antwort auf die Aussperrung die Arbeit niedergelegt haben. Nachdem sich seit dem 1. d. M. auch die Treppengeländerfabrikanten an der Aussperrung beteiligen, werden auch die Aufsteiger von Treppengeländern auf den Bauten zur Arbeitsniederlegung veranlaßt. Mit den Organisationen der Bauarbeiter sind Vereinbarungen dahin getroffen, daß deren Mitglieder auf solchen Bauten, wo Einsperrung der Bauarbeiter beschließt, beschäftigt sein sollen, dahin wirken, daß solche Streikbrechereien nicht ausgeführt werden. Die betreffenden Arbeiter werden bei den Bauherren vorstellig werden und darauf bestehen, daß Streikarbeitern der Tischler auf Bauten nicht ausgeführt werden. Weiter führte der Redner aus, daß die Unternehmer sich alle erdenkliche Mühe geben, um den Kampf nach Möglichkeit auszudehnen. Auch in Guben haben die Unternehmer den Vertrag gekündigt. Aber alles das werde den Holzarbeiterverband nicht veranlassen, vom Kampfpfad zurückzutreten. Gewiß sei die gegenwärtige Aussperrung größer und umfangreicher als die vor zwei Jahren, und die Geldgeber, welche dem Verbande auferlegt werden, seien nicht gering. Aber auf eine Niederlage des Verbandes könnten die Unternehmer nicht rechnen. Schon jetzt habe sich herausgestellt, daß ihre Rechnung nicht stimmt. Vor der Aussperrung habe Herr Vrh in einer Versammlung gesagt, nach 14 Tagen der Aussperrung werde der Holzarbeiterverband zu Kreuze kriechen müssen. Jetzt dauere die Aussperrung bald vier Wochen und die Sache der Unternehmer sei noch nicht im geringsten gefördert. Ebenso wenig sei die Kampfsfähigkeit der Ausgesperrten auch nur im mindesten geschwächt. Der Holzarbeiterverband werde den Kampf ausbitten und wenn er noch monatelang andauern sollte. Wenn die Unternehmer mit dem Verband verhandeln wollen, dann würde sich der Verband dem nicht entziehen, aber er werde sich nicht den Unternehmern anbieten. Die Situation sei für die Arbeiter durchaus günstig, sie werden den Kampf durchführen bis zum Ende. — Der allseitige Beifall, der dem Vortrage gesollt wurde, bewies, daß in den Reihen der Ausgesperrten ungefragter Kampfesmut besteht und jeder bereit ist, dazu beizutragen, daß der Angriff der Unternehmer gründlich zurückgeschlagen wird.

Herr Tischlermeister Otto Thoms sendet uns folgende „Berichtigung“:

Die angeführte Behauptung, ich habe Herrn Raach gerufen, ist un wahr. Vielmehr wurde Herr Raach von den früher bei mir beschäftigten Tischlern ersucht, mir einen Besuch zu machen, um für Aufnahme der Arbeit, zu welcher sie bereit seien, mit mir Rücksprache zu halten.

Am Montag, den 28. Januar cr., kam Herr Raach mit mehreren meiner früheren Tischler zu mir; ich bot Raach in mein Kontor und fragte nach den Wünschen der Leute, als deren Vorsitzender ich denselben betrachtete. Herr Raach erklärte nun, daß er von den vorerwähnten Tischlern ersucht worden sei, mit mir über Wiedereinstellung derselben zu sprechen; dieselben wollten die Arbeit wieder aufnehmen. Ich erwiderte, dazu könne ich augenblicklich keine Erklärung abgeben und müsse

den Wunsch bis zu einer weiteren Besprechung ablehnen, zudem die Leuten meiner Leute nicht von mir entlassen worden seien, sondern wohl auf die falsche Information hin, meine Arbeiter seien äußerst dringend, auf Veranlassung des Holzarbeiterverbandes die Arbeit selbst verlassen hätten. Herr Raach äußerte nun, am nächsten Tage wiederzukommen. Am anderen Tage erschien derselbe gemeinsam mit einem anderen Herrn, welchen er mir als seinen Kollegen Stütze vorstellte, um meinen Bescheid zu erbiten, und äußerten beide Herren dazu, daß, wenn ich meine Leute einstellen würde, mir die Zusicherung seitens des Holzarbeiterverbandes gemacht würde, daß die Bedingungen, wie dieselben in einem Teil der Verbände später abzufallenden Verträge stipuliert würden, auch für meinen Betrieb Gültigkeit haben würden. Dagegen würden sie die Zusicherung von mir haben wollen, nach Möglichkeit alle meine Leute wieder einzustellen, vorerst aber 12—15 Mann und mich an der Aussperrung nicht weiter zu beteiligen. Hierauf erklärte ich, den Bescheid in einigen Tagen geben zu wollen und entledigte mich meines Versprechens mit meinem in Ihrer Notiz wörtlich gebrachten Briefe vom 31. Januar cr.

Sie wollen deshalb auch die Ausführung Ihres weiteren Artikels, als hätte ich meinen Verband mit falschen Mitteilungen versorgt, durch vorstehende Berichtigung als sachlich widerlegt erklären.

### Geschäftsvoll

Otto Thoms.

Die „Berichtigung“ des Herrn Thoms stellt in allen wesentlichen Punkten die Tatsachen auf den Kopf. Herr Thoms hat seine Leute bis auf 11 ausgesperrt. Er vertritt also mit dieser Teilaussperrung schon gegen den Unternehmerbescheid. Seine Kollegen können daran sehen, wie ehrlich er sie unterstützt und was sie von seiner Wahrhaftigkeit zu halten haben. Der Holzarbeiterverband zog darauf die 11 nicht Ausgesperrten aus dem Betriebe. Nach einiger Zeit kamen mehrere der beteiligten Arbeiter auf das Verbandsbureau und gaben dort an: Herr Thoms wüßte wegen der Wiedereinstellung seiner Leute Unterhandlungen. Daraufhin fanden die Unterhandlungen statt. Da von den 32 Arbeitern des Herrn Thoms 10 bereits anderwärts in Arbeit getreten waren, verzichteten die Verbandsfunktionäre auf die Wiedereinstellung des gesamten Personals und forderten diese nur für die noch Arbeitslosen. So der Sachverhalt.

Wie Herr Thoms berichtigt, mag übrigens seine „Berichtigung“ selbst beweisen. Er schreibt:

„Hierauf erklärte ich, den Bescheid in einigen Tagen geben zu wollen und entledigte mich meines Versprechens mit meinem in Ihrer Notiz wörtlich gebrachten Briefe vom 30. Januar cr.“

Und wie lautet der von uns abgedruckte Brief?

Unter Bezugnahme auf die mir gemachten Vorschläge beim Besuch Ihrer beiden beauftragten Herren Vertreter teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich Ihnen definitiven Bescheid erst in einigen Tagen geben kann.“

Das nennt Herr Thoms „Erledigung eines Versprechens“. Diese Erledigung des Versprechens auf Bescheid stellt auf derselben Höhe, wie die von ihm beliebige Erledigung des Versprechens seinen Kollegen gegenüber, die Leute auszusperrn. Wenn der Holzarbeiterverband diesem Versprechen des Herrn Thoms nicht kräftig nachgegeben hätte, würde der Herr noch heute gegen den Willen seiner Kollegen arbeiten lassen. Wir können uns deswegen keinesfalls zu der Erklärung verstehen, die Ausführung für erledigt zu erachten. Herr Thoms hätte seinen Verband mit falschen Mitteilungen versorgt. Vielleicht erfahren aber aus diesem Beispiel die Herren Tischlermeister, warum ihre Verbandsleitung die Zahl der Ausgesperrten stets höher angibt als der Holzarbeiterverband.

### Tarifbewegung der Kleber.

Nachdem die Kleber im Dezember Forderungen aufgestellt hatten, die auf eine Verbesserung des gegenwärtigen Tarifs gerichtet sind, hat die Innung, der die Forderungen eingereicht wurden, dieselben als unannehmbar erklärt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie an einer unüberwindlichen Verlängerung des am 15. Februar ablaufenden Vertrages festhält. Dazu sind aber die Arbeiter unter keinen Umständen bereit, und da die Arbeitgeber gar keine Zugeständnisse machen wollten, schienen die Verhandlungen gescheitert. Um angesichts dieser Situation Stellung zu nehmen, hielten die Kleber (Sektion des Tapeziererverbandes) am Mittwoch eine Versammlung ab. Hier wurde einmütig die Meinung vertreten, daß man den Tarif ohne Verbesserungen nicht verlängern werde. Während der Versammlung lief die Meldung ein, daß die Innung zu weiteren Verhandlungen bereit sei. Mit Rücksicht darauf beschloß die Versammlung: die Ortsverwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen bis zum 15. Februar zu Ende zu führen, eventuell bald eine Versammlung einzuberufen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

**Wichtig! Bauarbeiter!** Für Tapezierer (Kleber) ist die Firma A. H. Iles, Ziffandstr. 4, gesperrt. Dieselbe versucht, durch Tischlermeister die Arbeit fertig zu stellen. Die Bauten sind: Wiesenstr. 1—3, Jablonstr. 18—19, Rendelstr. 17, Pantow, Florastr. 14, Pantow, Wisdgerstr. 73, Venobachstr. 4, Rummelburg. Die Holzschneidkommission.

### Deutsches Reich.

#### Zu der Aussperrung in der Kieler Holzindustrie

wird uns von dort gemeldet:

Wie vorausgesehen, greift die Aussperrung immer weiter um sich. Die Schornmacher, Innung und Schupferband, haben den Reistern, die ihren Befehlen noch nicht nachgekommen sind, einen Termin gesetzt, bis zu welchem sie ihre Gesellen herausgeworfen haben müssen, „widrigenfalls“, wie es in dem Ultimatum heißt, „gegen Sie mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln unumschlichtlich vorgegangen werden wird.“ Welcher Art diese „gesetzlich erlaubten“ Mittel sind, geht aus den Worten eines der Hauptstarkmacher hervor, der meinte: „Sehen Sie, das ist ja furchtbar einfach; die Materialsperrung wirkt so großartig, daß bis Montag jeder Meister ausgesperrt haben muß.“ Von 23 Meistern, die am Dienstag vor das Forum der Schornmacher geladen waren, haben sich denn auch zwanzig dreischlagig lassen und sich durch Unterschrift verpflichtet, sich der Aussperrung anzuschließen. Diese Kleinmeister, die den großen Schleifsteinbrechern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, werden es denn auch in diesem Falle wieder sein, die die Kosten des vom Jaune gebrochenen Kampfes zahlen müssen.

In einer Versammlung der Ausgesperrten, die guten Mutes sind und von denen schon eine größere Anzahl jüngerer Leute abgereist sind, geistelte der Vertreter des Hauptverbandes, Genosse Leipzig, in empörenden Ausführungen das Vorgehen der Unternehmer. Es liege offener, brutaler Kontraktbruch vor. Das Bestreben der Unternehmer gehe offenbar dahin, den Holzarbeiterverband in möglichst viele Kämpfe hineinzuziehen, um ihn auf lange Jahre aktionsunfähig zu machen. Aber die Unternehmer möchten sich auf den Kopf stellen, es werde ihnen nicht gelingen, den Verband klein zu kriegen. Sie würden schon gewahr werden, wer der Stärkere sei. Eine andere Frage sei es, ob der Verband sich nicht gezwungen sehe, in der Frage der Tarifverträge seine Taktik zu ändern. Der Verband sehe sonst auf dem Standpunkt, daß gute Tarifverträge für beide Teile gewinnbringend seien. Wenn die Unternehmer aber gleich nach Abschluß die Tarife brechen, hätten wir kein Interesse an Verträgen. Die Unternehmer würden ihr Vorgehen noch beibehalten. Der gesamte Verband sehe mit aller Macht hinter den Kieler Kollegen. Die Kieler Holzarbeiter werden übrigens wegen Vertragsbruch gegen den Schupferband der Holzindustriellen auf Schadenersatz klagen werden, und wenn wirklich alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind, unterliegt es keinem Zweifel, daß sie ein obliegendes Urteil erreichen. Hat doch erst kürzlich das Hamburger Landgericht im umgekehrten Falle den Holzarbeiter-

band für schadenerschaftlich erklärt, weil seine Mitglieder in Hamburg durch Arbeiterruhe am 1. Mai „Kontraktbruch“ begangen hätten. Bei der Kieler Aussperrung liegt im Gegensatz zu den Hamburger Vorgängen der Kontraktbruch der Unternehmer aber klar auf der Hand.

**Wichtig! Former und Maschinenarbeiter!** Bei der Firma Ganz u. Co. in Ratibor sind infolge von Maßregelungen Differenzen ausgebrochen. Die Former haben sämtlich die Kündigung eingereicht. Bezug ist fernzuhalten.

Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes für Schlesien, J. Schlegel.

Die Lohnbewegung der Klempner in Königsberg ist ohne Streit in friedlicher Weise beendet. Es wurde ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen und der Minimallohn auf 45 Pf. pro Stunde festgesetzt. Junggefelln erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 35, im zweiten Jahre 40 und im dritten Jahre 45 Pf. pro Stunde. Die Gehältn, die jetzt 45 Stundenlohn erhalten, bekommen einen Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden von 6—9 Uhr ist ein Zuschlag von 25 Proz. und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. vereinbart worden. Gehältn, die außerhalb ohne freie Station beschäftigt werden, erhalten eine Zulage von 2 Mk. pro Tag. Die Arbeitszeit ist eine gefünftündige.

### Eingegangene Druckschriften.

Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft. Heft 1. Herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft. Pro Jahr 12.—R. Einzelheft 1.25 R. Verlag: W. Sallerrot, Berlin W. 30.

Wissenschaften eines modernen Völkern. Von J. Lippert. 150 Seiten. Verlag: J. G. Cotta, Stuttgart.

Kann das Christentum das soziale Elend beseitigen? Von J. B. Fint. Preis 20 Pf. Verlag: J. B. Fint, Tübingen, Durlachstraße 33

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Religiöser Wahnsinn.

Zinsbrud, 7. Februar. (W. S.) In Vain bei Jüst schnitt eine geisteskranke Bauerin den Kindern ihres Schwagers in Abwesenheit der Eltern die Pulsadern durch. Sie gab an, im Auftrage Gottes gehandelt zu haben.

### Schraffengelingel.

München, 7. Februar. (W. S.) Auf die Mitteilung der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ an den Reichskanzler über den Wahltag der Liberalen im Wahlkreise München I traf heute, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, folgende Depesche aus Berlin ein: Herzlichen Dank für ihre mich besonders erfreuende Mitteilung. Der Sieg des Münchener Bürgerturns wird allenthalben im deutschen Vaterlande die Kraft und Zuversicht der nationalen Parteien stärken. Reichskanzler Fürst Bülow.

### Russendebatte in der Kammer.

Paris, 7. Februar. (W. S.) Deputiertenkammer Rouanet interpelliert den Finanzminister bezüglich der Maßregeln, die der Minister gegen diejenigen Finanzleute zu treffen gedenke, die Wähler französischer Rente auffordern, ausländische Werte dafür zu kaufen. Rouanet führt aus, die Waiffe der russischen Fonds habe den französischen Sparern einen Verlust von vorläufig nahezu einer Milliarde verursacht, und beschuldigt den Credit Foncier dadurch, daß er heimlich 874 Millionen Obligationen der russischen Adels-Agrarbank untergebracht habe, schuld daran zu sein, daß die französischen Sparern einen Verlust von 269 Millionen erlitten hätten. Rußland sei ein Land der Hohlheit und der Fäulnis. (Lärm, Widerspruch.) Finanzminister Caillaux erklärt, er behalte sich seine Antwort für den Augenblick vor, wo sich eine neue Gelegenheit bieten werde, nochmals darzulegen, wie angelegen die Regierung es sich sein lasse, die französischen Interessen zu schützen. Rouanet könne, wenn er von Ländern spreche, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sich dabei nicht auf Rußland beziehen. (Beifall.) Rouanet erwidert, der russische Wechselkurs habe sich erst befestigt, seitdem von den 80 Milliarden ausländischer Werte, die sich im Besitze der französischen Sparern befänden, 12 Milliarden russische Fonds seien. Bei der letzten russischen Anleihe sei einem unbekanntem X eine Kommission von 12 Millionen bezahlt worden. (Minister des Aeußern, Vichon, erwidert, daß sei das Entgelt für die (Schlichter.) Rouanet führt fort, während des russisch-japanischen Krieges habe man für russische Fonds einen willkürlichen Kurs aufrecht erhalten können, und spricht dann von Börsenmanövern gelegentlich der letzten russischen Anleihe und von der „Hinterziehung“ des Großfürsten Sergius. (Lärm.) Minister des Aeußern Vichon unterbricht den Redner und sagt, daß sei ein Wort und nicht die Ausführung eines Urteils gewesen (Beifall), ein verabscheuungswürdiger, von dem öffentlichen Gewissen aller Länder verdammt Wort. (Beifall, Beifall.) Im weiteren Verlaufe seiner Rede führt Rouanet das Sinken der französischen Rente auf Börsenmanöver zurück und sagt, wenn es nicht vorher zu furchtbaren Anarchis komme, würde das französische Kapital nach Frankreich zurückkehren, aber eine Stunde der Schwäche könne die französische Industrie und die Republik verderben; noch sei es Zeit, die Gefahr zu beschwören. Der Redner fordert den Finanzminister auf, auf den Schrei der Unterdrückten in Rußland zu hören, die die Finanzleute ins Verderben stürzen wollten. (Beifall auf der äußersten Linken.) Nachdem Rouanet (Soz.) sich ebenfalls in heftigen Angriffen gegen die französischen Finanzvermittler ergangen, ergreift Minister des Aeußern, Vichon, das Wort und erhebt energisch Widerspruch gegen die Anschuldigungen Rouanets über die Beziehungen Frankreichs zu Rußland. Nichts in der Lage des russischen Kredits noch in der des russischen Handels und der russischen Industrie rechtfertige zu Angriffen, wie die Rouanet gemeint seien. Er — der Minister — freue sich, zu sehen, daß die russische Regierung den für die Anleihe gegebenen Garantien die bekannten konstitutionellen Garantien hinzufüge. Vichon erklärt weiter, die französische und die russische Regierung unterstützen sich gegenseitig täglich in der auswärtigen Politik. Die französische Regierung sei entschlossen, bei ihrem Friedenswerke zu verharren und dem russischen Bündnisse treu zu bleiben. (Beifall.) Die Sitzung wird hierauf am morgen vertagt.

### Schneesturm in Algier.

Paris, 7. Februar. (W. S.) Aus Algier wird berichtet, daß in einem Schneesturm drei Personen umgekommen sind, darunter ein Gendarm. Die Leichen wurden aufgefunden.

### Unruhen in Japan.

Tokio, 7. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau). Unruhen, die unter den Bergleuten der Aschico-Kupfermine ausgebrochen sind, haben zu schweren Ruhestörungen geführt. Wie es heißt, sind die Unruhen von Sozialisten hervorgerufen; der Redakteur eines sozialistischen Blattes ist verhaftet worden. Die Arbeiter haben die Vorratshäuser geplündert und nachher in trunkenem Zustand in Brand gesteckt, wobei 15 Leute verbrannt sein sollen. Die Ruhe ist durch ein verstärktes Polizeiaufgebot und Heranziehung von Militär wiederhergestellt. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden.



Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung. Donnerstag, den 7. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim-Eriewen. Zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Einnahmen werden debattiert. Beim Titel „Minister“ nimmt das Wort Landwirtschaftsminister v. Arnim: Es ist jetzt ein Jahr verfloßen seit dem Inkrafttreten des neuen Posttarifs, der zweifellos segensreich auf die Landwirtschaft gewirkt hat. Die Erhöhung der Arbeitslöhne und die durch

die allgemeine Teuerung

bedingte Erhöhung der Produktionskosten bildet aber ein schwerwiegendes Gegengewicht gegen die Vorteile des neuen Posttarifs. Die hohen Güterpreise finden in der gesteigerten Rentabilität keine genügende Stütze. Die allgemeine Preissteigerung ist auch deshalb bedenklich, weil sie nicht nur beim Kauf, sondern auch bei der Vererbung in der Erscheinung tritt, so daß fast jeder Erbanfall zu einer Verschuldung führt. Wenn wir jetzt nicht Vorsorge treffen, steht die nächste Generation wieder auf demselben Standpunkt wie die heutige. (Ironisches Sehr wahr! links.) Die Anfechtung der Arbeiter muß befördert werden. Ich selbst habe damit auf meinem Gute Erfolge erzielt. — Diese Frage ist nicht leicht zu lösen, aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Ich habe eine Verfügung an die Generalkommissionen ergehen lassen, nach der auch den Arbeitern der Rentenbankkredit zur Verfügung gestellt werden soll!

Was die Viehzucht anlangt, so ist das Quantum, das noch fehlt, damit unsere Landwirtschaft die heimische Bevölkerung mit Fleisch zu versorgen imstande ist, ein so geringes, daß die Bestrebungen, uns hier vom Ausland unabhängig zu machen, Aussicht auf Erfolg haben. Die Schweinepreise sind jetzt wieder auf normaler Höhe, die Kleinhändlerpreise sind aber nicht in demselben Maße herabgegangen.

Von den landwirtschaftlichen Nebengewerben leidet die Zuckerindustrie und das Brennereigewerbe an starker Lieberproduktion. Zudem wird der Export des Zuckers dauernd erschwert. Vor schweren Gefahren kann daher diese Industrie nur eine Hebung des heimischen Konsums mit Hilfe der Herabsetzung der Konsumsteuer bewahren. (Lebhafte Zustimmung.) Was ich Ihnen vorgetragen habe, sind natürlich nur Gedanken und Wünsche, bis zu deren Ausführung noch ein weiter Weg ist. Aber von dem regen Interesse und warmen Verständnis dieses hohen Hauses für die Landwirtschaft darf ich wohl hoffen, daß es kräftig mit Hand anlegen wird, um die Hindernisse zu beseitigen, die einer gesunden Entwicklung der Landwirtschaft im Wege stehen. (Lebhafte Beifall, besonders rechts.)

Abg. Gump (L.): Unsere Schweineproduktion genügt den augenblicklichen Bedürfnissen durchaus. Die Preise sind jetzt wieder normal, aber es wäre bedauerlich, wenn sie wieder soweit sinken würden, daß die Produktion für die Landwirtschaft unrentabel würde. In Berlin haben wir jetzt einen um 50 Proz. höheren Schweineauftrieb als 1903. Vor allen Dingen sollte man jetzt die Fleischbeschaffungsgebühren herabsetzen, weil diese die Fleischpreise erhöhen. Auch wäre es für die Landwirtschaft gut, die Witwen- und Waisenversicherung bald durchzuführen. Die Kolonisationsbestrebungen des Ministers finden unsere Billigung. Die An siedelungspolitik sollte sich jedoch nicht nur auf die sprachlich gemischten Gebiete erstrecken, sondern auch auf Pommern, Schleswig und Hannover, wo es an kleinen Bauern fehlt. (Bravo! rechts.)

Abg. Gabel (nalk.): Auch wir unterstützen den Minister in allen Maßnahmen, die dazu dienen, der Landwirtschaft zu helfen. Aber wir können nicht alle Wege billigen, die er in seiner heutigen Rede angedeutet hat. Wir halten hohe Güterpreise ebenfalls für höchst bedenklich, aber die Regierung mußte das Steigen voraussehen und von langer Hand Verhaltungsmaßnahmen dagegen treffen. Die Verschuldung würde dem Grundbesitz an und für sich nichts schaden. Auch unsere so glänzend dahinsiehe Industrie ist nicht schuldlos. Bei ihr herrschen aber gesunde Kreditverhältnisse, die für die Landwirtschaft zu schaffen die vornehmste Aufgabe des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sein muß. In dem diesjährigen Etat spielt die Landwirtschaft wieder dieselbe klägliche Rolle wie seit Jahren. Der Staat zeigt eine fast mädchenhafte Scheu, kräftig in die Landwirtschaft einzugreifen. Es müßte von Staatswegen namentlich für die Viehzucht und die Moorkultur viel mehr geschehen.

Abg. Wallendorf (Z.) stimmt dem Programm des Ministers zu; im einzelnen bleiben seine Ausführungen unverständlich.

Abg. v. Bodelberg (L.) bestreitet, daß die Schutzzölle eine allgemeine Preissteigerung zur Folge haben müßten. Ein solches Wort, das missverständlich werden könnte, hätte der Minister lieber nicht aussprechen sollen! Zur Beseitigung der Landflucht wünschen wir vor allem eine andere Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung unter Aufsicht der ausländischen Agenturen. Hoffentlich läßt der Minister seinen schönen Worten auch die Taten folgen. (Bravo! rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Eriewen: Eine Äußerung von mir ist so verstanden worden, als ob ich die Schutzzölle nur als eine provisorische Maßregel bezeichnet hätte. Das habe ich nicht sagen wollen. Ich wollte nur sagen, daß vielleicht eine Zeit eintreten könnte, wo sie nicht aufrecht erhalten werden könnten. Denken Sie an den Fall, daß die Zahl der Konsumenten sich erheblich weiter vermehrt! Ich sehe vollständig auf dem Standpunkt, daß wir die Schutzzölle mit allen Kräften aufrecht erhalten müssen!!

Abg. Gaischmidt (fr. Rp.): Wir haben die Schutzpolitik der Regierung beklagt, weil wir voraussehen, daß ihr Nutzen für die Landwirtschaft durch die Verteuerung der Produktionskosten und die Steigerung der Güterpreise mehr als aufgehoben werden würde. Was hat der Landwirt für einen Nutzen davon, wenn er infolge der Preissteigerung erhöhte Zinsen oder erhöhte Bacht bezahlen muß? Gerade im Interesse der Landwirtschaft sind wir feinerzeit gegen die Röhrenhöhung gewesen, und Sie (nach rechts) sollten doch auch endlich von dem Prinzip der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel abkommen. Die Wirkung der Zollpolitik ist feinerzeit von der Landwirtschaft überschätzt worden. Man hatte von ihr zu viel erwartet und ist nun erstaunt darüber, daß nicht alles eingetroffen ist. Ob es bei dem gegenwärtigen Posttarif zu einer Verschiebung mit England und Amerika kommen wird, ist sehr zweifelhaft. Wenn Herr Bismarck in seinem Silvesterbrief nach einer starken liberalen Fraktion im Reichstag förmlich schrieb, so ist das ein Beweis dafür, daß die Regierung die Politik der Reichstagsmehrheit auf völkerrätlichem Gebiet nicht forschen kann. Daher freue ich mich auch, daß heute der Landwirtschaftsminister anerkannt hat, es müsse nach geredet werden, daß nach einiger Zeit die Zölle wieder in Fortfall kommen. (Oh! rechts.) Selbst Herr Gump hat heute zugeben müssen, daß ein entschuldigeter Grundbesitz der Zölle entzogen kann.

Der Minister hat möglichst günstige Arbeitsbedingungen für die Landarbeiter gefordert. Wenn dieser Forderung seitens der landwirtschaftlichen Arbeitgeber nachgegangen wird, wird es auf dem Lande auch nicht an Arbeitskräften fehlen. Die jetzigen Arbeitsbedingungen aber sind meistens so schlecht, daß man sich nicht darüber zu wundern braucht, wenn deutsche Arbeiter dafür nicht zu haben sind. Wenn die Herren der Rechte in empfehlerischem Sinne den Beschluß einer Landwirtschaftskammer auf

Einführung von Kulis

hier besprochen haben, so haben sie damit selbst zugegeben, daß ihre Wirtschaftspolitik das platte Land entvölkert hat. (Nach rechts: Das ist Ihre Logik!) Was die Regierung zur Förderung der heimischen Viehzucht tut, finde unsere volle Billigung. Aber wir glauben nicht, daß unsere Landwirtschaft imstande ist, ihre Produktion so zu vermehren, daß der Fleischkonsum unserer gesamten Be-

völkerung durch sie gedeckt werden könnte. Wenn die Rechte eine Herabsetzung der Schlachthausgebühren verlangt, so sei darauf erwidert, daß sich kein Mensch über hohe Fleischpreise beklagen würde, wenn es sich nur um die Verteuerung um einen Pfennig pro Pfund — soviel machen diese Gebühren aus — handeln würde. Durch die Zölle sind aber die Preise um das Zwanzigfache der Schlachthausgebühren gestiegen. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Ich habe nicht gesagt, daß man die Wirkung der Zölle überschätzt habe, sondern die Rentabilität, und weil man die Steigerung der Arbeitslöhne und aller Produkte nicht genügend in Rechnung gestellt hat.

Abg. v. Bodelberg (L.): Liebe Herren! (Heiterkeit.) Seit wir das letzte Mal zusammen waren, ist Rorgerau über unser Vaterland niedergegangen. Ich bin fröhlich; denn wir haben das Vaterland neu erobert. (Heiterkeit.) Lieber Herr Minister! Sie verfügen über alle irdischen Schätze. (Widerspruch des Ministers.) Doch, Sie verfügen über alles Gold und Silber Preußens. (Heiterkeit.) Sorgen Sie dafür, daß jeder ländliche Arbeiter ein kleines Häuschen mit etwas Land bekommt. Dann wird auch kein Landarbeiter mehr in die Stadt fliehen; denn die Frau wird dann zu ihm sagen: „Och nicht wegl! Du verlierst ja sonst Deinen Besitz“. — Ich habe in diesem Sinne an 5000 Grundbesitzer des Ostens geschrieben, aber nur 30 haben mir geantwortet!

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag

11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die russische Revolution.

Die Wahlkampagne im jüdischen An siedelungsraum.

Während in verschiedenen Gegenden Mittel- und Südrusslands die Wahlen bereits in vollem Gange sind und täglich zahlreiche Nachrichten über Wahlergebnisse einlaufen, befindet sich das sogenannte jüdische An siedelungsraum noch im Stadium der Wahl-agitation. Fast die einzige Kraft, die tätig ist, die von der Schreckensherrschaft der Polizei und Soldateska eingeschüchterten jüdischen Massen politisch aufzurütteln, ist die Sozialdemokratie. Bereits zu Beginn der Wahlkampagne bildete der „Bund“ in allen Städten und sogar an kleineren Orten spezielle Registrierkolonnen, die den Zweck verfolgten, die Wähler zur Eintragung in die Listen zu bewegen. Diese mühselige Arbeit war trotz der Verfolgungen seitens der Polizei von Erfolg gekrönt: Dank der ausdauernden Tätigkeit der Registrierkolonnen ist es gelungen, Tausende von Wählern auf ihr Wahlrecht aufmerksam zu machen. Gleichzeitig wurde aber diese Registrierung zum Ausgangspunkt einer intensiven Agitation von Haus zu Haus gemacht; der Wähler ergriff freudig die sich ihm bietende Gelegenheit, über alle ihn interessierenden Fragen des politischen Lebens, des Parteiwesens usw. Auskunft zu erhalten, und so fand die breit angelegte mündliche und schriftliche Agitation des „Bund“, die nach der Durchführung der Registrierung einsetzte, einen gut vorbereiteten Boden. Und, was besonders wichtig ist: Es gerieten außer dem Proletariat, welches schon seit Jahren dem „Bund“ treue Hingebung leistet, auch das ganze jüdische Kleinbürgertum, die zahllosen kleinen Handwerker, Krämer und ähnliche halbproletarische Existenzen in die Wirkungssphäre des „Bund“ und er leistet so eine enorme Aufklärungsarbeit, die die jüdischen bürgerlichen Parteien nicht zu leisten vermögen und auch gar nicht leisten wollen.

Bei den vorigen Dumawahlen haben die jüdischen bürgerlichen Parteien — soweit von solchen bei der beispiellosen Stagnation des politischen Lebens in der jüdischen Bourgeoisie die Rede sein kann — den Sieg davongetragen. „Alle Juden sind eins“, das war ihre Losung und die jüdischen Massen haben sich durch diese Losung beirren lassen und Leute in die Duma gewählt, die nicht die Interessen des jüdischen Volkes, wie sie es versprochen, sondern ihre eigenen Klasseninteressen, die der reichen jüdischen Bourgeoisie, vertreten haben. Dieselbe Taktik will die jüdische Bourgeoisie auch jetzt verfolgen: In aller Stille verammeln sich ein Dutzend Synagogengäste, reiche Kaufleute, Bankiers, Rabbiner, wählen sich selbst zum „parteilosen jüdischen Wahlkomitee“, ernennen aus ihrer Mitte einen Kandidaten und proklamieren ihn in der Synagoge mit der Werbung: „Über ein guter Jude ist, der wähle den und den!“ Kein Wort über das politische Glaubensbekenntnis ihres Kandidaten, kein Wort über seine Stellungnahme zu den brennenden Fragen des russischen und speziell des russisch-jüdischen Lebens! Wozu denn auch so viel Kopfschütteln? Er ist ein Jude, und das muß nach der Meinung dieser „Politiker“ genügen, um ihm die Unterstützung der jüdischen Wähler zu sichern.

So entsteht denn dem „Bund“ in seiner Wahlagitacion eine doppelte Aufgabe: Er hat nicht nur sein eigenes Programm und seine eigene Taktik denen seiner Gegner gegenüber zu stellen, sondern er muß sie vorerst aus dem Bereich der „Parteilosigkeit“ hervorzuziehen, sie zwingen, politisch Farbe zu bekennen. Und unter den wuchtigen Schlägen der sozialdemokratischen Kritik entschleiert sich denn immer mehr der wahre Charakter der jüdischen Bourgeoisie aller Richtungen, den Zionismus einbegreifend. Was sie alle in gleichem Maße kennzeichnet, ist ein engherziger, bornierter Nationalismus, unter dessen Maske sich eine Völkfeindschaft sondergleichen, ein maßloser Sozialhaß verbirgt — im schärfsten Widerspruch zu allen in seinen Phrasen von „Demokratie“ usw., wie sie jene gelegentlich vom Stoppel lassen. Wenige Beispiele genügen, um dies zu erhärten. So schreibt die „Jowrejskaja Myhl“ („Der jüdische Gedanke“) in ihrer Nr. 11: „Im Streite zwischen einem jüdischen Assimilator (ein Jude, der will, daß das Judentum sich dem [russischen] Volksgang einliedere) und einem nichtjüdischen Reaktionsär behalten wir uns vor, je nach Umständen unsere Wahl zu treffen: Manchmal ist ein offener Feind besser als ein Verräter. Damit ist auch die Frage unseres Verhaltens dem „Bund“ gegenüber erledigt.“ — Der Führer der Zionisten, Schabotinski, erteilt den jüdischen Wahlmännern den Rat, sich mit den reaktionären Oubliques anstatt mit den oppositionellen Bauern zu verbünden, falls sie dabei ein paar Mandate mehr erschnappen können! Solche Beispiele von „Demokratismus“ lassen sich duzendweise anführen.

Nun verdient noch die Stellung der „parteilosen“ bürgerlichen Wahlkomitees zu den Wahlaktionen niedriger gehängt zu werden. Fast überall wurde dem „Bund“ die Bedingung gestellt: seine Wahlmänner sollten sich unbedingt der Mehrheit aller jüdischen Wahlmänner, d. h. den bürgerlichen Elementen, unterwerfen! Selbstverständlich wurde diese Zustimmung vom „Bund“ energisch abgewiesen, und die „parteilosen“ Komitees beschloßen darauf, selbständig vorzugehen, selbst auf die Gefahr der Wahl eines Reaktionsärs!

Und nun erst die Kampfesweise dieser Leute! Unfähig, auch nur ein Wörtchen gegen die sachliche Kritik der Sozialdemokratie zu erwidern, greifen sie zu den schäbigsten Mitteln der Verleumdung und Terrorisierung — bis zu tätlichen Mißhandlungen der bundistischen Redner in den Synagogen. Aber nicht diese unehrliche Kampfesweise ist es, die dem „Bund“ in seiner Agitation die größten Schwierigkeiten macht, sondern das Herdengefühl der „Zusammengedrängtheit aller Juden“, das sich während der langen Jahre des Gettos und der Verfolgungen herausgebildet hat und das die stärkste Waffe der schlaunen Demagogen aus den Reihen der Bourgeoisie bildet. Und eben weil sie die Macht dieser Waffe nur zu gut begriffen haben, sträuben sie sich so heftig, wenn die jüdische Sozialdemokratie den Massen zu beweisen sucht, was hinter dem Rufe: „Alle Juden sind eins!“ verborgen liegt, eben deshalb ihr krampfhaftes Bemühen, die sozialdemokratische Agitation zu ersticken. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Sie haben ihr Spiel schon halb verloren; denn der Wähler aus den jüdischen Massen beginnt schon zu begreifen, daß seine natio-

nale Befreiung, die ihm von den nationalistischen Maulhelden versprochen wird, aufs engste mit seiner politischen Befreiung verknüpft ist, daß er diese aber nur auf dem Wege zu erlangen vermag, den ihm die Sozialdemokratie weist. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Wandlungsprozeß im Bewußtsein der jüdischen Massen in vollem Gange ist, und am Ende der Wahlkampagne wird der „Bund“ voraussichtlich mit Genug-tuung auf sein Werk zurückblicken können: auf die Presse, die er in die Herrschaft der bürgerlichen Parteien geschlagen hat, auf die Anfänge des politischen Bewußtseins der jüdischen Massen, die dank seiner Tätigkeit reich zu keimen beginnen.

Der 25. Januar.

Genosse Kautsky schließt seinen Artikel in der Nr. 18 der „Neuen Zeit“: „Alles das sind naturnotwendige Folgen der Verschärfung der Klassengegensätze, wie sie die preissteigernden neuen Zölle mit sich brachten. Diese haben nicht bloß den Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern vermehrt und die Erbitterung zwischen ihnen gesteigert, sie haben auch bewirkt, daß Zwischenschichten, die bisher ihre beste Vertretung in der Sozialdemokratie sahen, jener Partei, die allem Militarismus und allen das niedere Volk bedrückenden Steuern aufs energischste entgegenwirkte, und die durch diese Militär- und Steuerpolitik ihren Gegensatz gegenüber den Lohnarbeitern überbrückt sahen, jetzt diesen Gegensatz aufs schärfste empfinden und daher unserer Partei den Rücken kehren.“

Ist diese Auffassung richtig — und zahlreiche Anzeichen sprechen dafür —, dann hat unsere Anhängerschaft seit 1903 eine bedeutende innere Wandlung durchgemacht. Unsere Partei ist seit jeher eine fast ausschließlich proletarische, nicht nur ihren Auffassungen und Zielen, sondern auch ihrer Zusammensetzung nach gewesen. Der große Sieg von 1903 auf der einen Seite und die durch den neuen Tarif verhängte Teuerung mit ihrem Gefolge von Lohnkämpfen auf der anderen Seite scheinen nun bewirkt zu haben, daß auch unsere Wählerschaft mehr einen ausschließlich proletarischen Charakter annahm, daß sie wohl an Zahl nicht erheblich wuchs, aber einheitlicher und geschlossener wurde. Das ist jedenfalls kein kleiner Gewinn. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das deutsche Proletariat gerade seit 1903 in der Beziehung gewaltig erstarkt ist. Das beweist das enorme Wachstum seiner Gewerkschaften, die Wirkung seiner politischen Organisationen, das rapide Zunehmen seiner politischen Organisationen, das rapide Zunehmen der Leserzahlen seiner gewerkschaftlichen und politischen Presse. Das bedeutet einen bedeutenden Fortschritt. Konnte er nicht anders eintreten, als durch den Verlust einiger hunderttausend Wähler aus den Zwischenschichten, dann ist dieser Preis nicht zu teuer. Wie hoch wir auch die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit veranschlagen, sie ist nur Mittel zum Zweck — der Führung des proletarischen Klassenkampfes, der Kräftigung und schließlich Emanzipation des Proletariats. Bringen es die Umstände, unter denen der Klassenkampf vor sich geht, mit sich, daß zeitweise etwa die gewerkschaftliche Tätigkeit erfolgreicher wird und die parlamentarische zurücktritt, ja, daß die Heftigkeit der Lohnkämpfe uns bürgerliche Wähler abwendig macht und den gelegentlichen Verlust einiger Mandate einbringt, so ist das letztere bedauerlich, aber kein Unglück, wenn es eine Wachstumserscheinung bedeutet und aus dem Prozeß der allseitigen Erstarkung des Proletariats hervorgeht.

Man darf sich aber nicht etwa einbilden, als habe unter der proletarischen Konsolidierung unserer Wählerschaft die Werbestraft der sozialdemokratischen Propaganda gelitten. Wir haben den Verlust von Wählern aus den Zwischenschichten durch neu gewonnene Anhänger aus dem Proletariat mehr als wett zu machen gewußt. Man kann jenen Verlust natürlich nicht ziffernmäßig genau berechnen; einige Hunderttausend wird er aber wohl betragen. Haben wir nun trotzdem, wie es zur Stunde scheint, um etwa 200 000 Stimmen zugenommen, so bedeutet das nichts anderes, als daß wir rund eine halbe Million neue Wähler im Proletariat gewonnen haben — sicher eine respektable Leistung.

Allerdings machte in demselben Zeitraum auch die Industrialisierung Deutschlands rasche Fortschritte. Die Proletariat hat zu zahlreichen Gründungen und Erweiterungen industrieller Unternehmungen geführt und die Zahl der Industriearbeiter stark vermehrt. Das war ebenfalls einer der Gründe, auf den wir unsere Erwartungen eines starken Stimmenzuwachses aufbauten. Auch hier vergaßen wir, daß gerade das Wachstum unserer Kraft unsere Gegner veranlaßt, einem Prozeß, den sie einmal nicht vermeiden können, wenigstens eine gegen uns gerichtete Wendung zu geben. Je stärker die Arbeiterklasse wird, je stärker die Sozialdemokratie, das heißt die Selbständigkeit der Arbeiterklasse, desto mehr trachten die Unternehmer danach, neue Arbeitskräfte aus Gegenden heranzuziehen, die noch ökonomisch und intellektuell rückständig, nicht vom Sozialismus durchseucht sind. Sie ziehen Ausländer heran, Italiener, Böhmern, Galizier, Schweden, Holländer, die kein Wahlrecht haben und deren Koalitionsrecht durch die Ausweitungsmöglichkeit auf Null reduziert ist, und unter den deutschen Reichsbürgern bevorzugen sie wieder die aus agrarischen Gegenden kommenden, von der Kirche gegängelten, namentlich Katholiken und Polen. Wenn ein echter Deutscher keinen Fremdmann leiden kann, aber seine Weine gern trinkt, so hat auch ein echter deutscher Nationalistlerer auf grimmige jeden Ultramontanen und Polen, aber ultramontane und polnische Lohnarbeiter zieht er freudigenden Deutschen vor. Das kann dahin führen, daß sogar bei absoluter Zunahme der industriellen Lohnarbeiterschaft der alte Arbeiterstamm verringert und durch Ausländer sowie polnische und deutsche Zugewanderte aus dem östlichen Preußen ersetzt wird. Namentlich in den Gebieten des Bergbaues, aber auch im Bauwesen vollzieht sich das in hohem Maße. Das ist kein Unglück, wenn man die Dinge von einem höheren Gesichtspunkte betrachtet. Die Ausländer wie die rückständigen deutschen und polnischen Reichsbürger werden dadurch in ein Weile veretzt, in dem sie sozialistische Propaganda leichter zugänglich werden als in ihren Heimatdistrikten. Sie entwickeln sich dann für diese Distrikte zu Aposteln des neuen Evangeliums. So wie ehemals unter dem Sozialistengefähr die Ausweisungen tüchtiger Parteigenossen aus den größten Parteizentren die Verbreitung des Sozialismus im Lande förderten, so schafft diese Politik die Elemente sozialistischer Propaganda weit über Deutschland hinaus. Aber zunächst waren jene Ausweisungen doch ein harter Schlag nicht bloß für die persönlich dadurch Betroffenen, sondern für die gesamte Partei, und so ist auch der starke Zuzug so rückständiger Elemente zunächst eine arge Hemmung nicht bloß für den politischen, sondern auch für den gewerkschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse. Es bedarf einer Reihe von Jahren, bis die Wirkung dieser Art von Industrialisierung der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zugute kommt. Vorläufig dient sie vor allem der Stärkung des Zentrums und der Polen und der von diesen gegängelten Arbeiterorganisationen.

Wenn wir alles das bedenken, dann vor unsere Situation in diesem Wahlkampf keineswegs eine so günstige wie wir annahmen, als wir zur Schlacht ausogen, ist aber auch unsere Situation nach der Schlacht keine so ungünstige, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die gegebenen Bedingungen haben uns den Sieg diesmal verlag, sie haben aber günstige Siege vorbereitet.

Winnen wenigen Jahren wird die Situation eine ganz andere sein wie heute. Die unermessliche Krise wird den Zuzug neuer Arbeiterkräfte aus agrarischen Gegenden in die Industriegebiete verlegen lassen. Die dort anwesigen fallen uns sicher zu; dieses Zutrauen müssen wir in unsere Propaganda nach ihren bisherigen Wirkungen legen.

Andererseits aber wird für die Zwischenschichten, die uns diesmal im Stiche gelassen haben, die Ernüchterung bald kommen, ihr



Abströmen von uns wird aufhören und einer rückläufigen Bewegung Platz machen. Die Unzuverlässigkeit dieser Schichten darf für uns kein Grund sein, sie zu unterschätzen und zu ignorieren. Von der Parteioffensive allerdings müssen wir alle Willkür fernhalten; da hinein passen nur überzeugte Sozialdemokraten. Aber in die Arme unserer Wähler gehören alle hinein, die mühselig und beladen sind. Sie alle finden keinen besseren Anwalt als die Sozialdemokratie, und je mehr sie das erkennen, je zahlreicher sie sich um unsere Fahne sammeln, desto leichter wird unser Sieg. Diese Schichten sind im Grunde auch Proletariat, allerdings nicht ausgesprochen, in keiner klaren Klassenlage befindlich. Wohl können manche von ihnen mitunter, wie eben jetzt in höherem Grade als sonst, in Konflikt mit proletarischen Interessen geraten und in Versuchung kommen, sich auf Kosten des Proletariats zu retten und zu heben. In solchen Fällen müssen wir ihnen entschieden entgegenzutreten. Sie dürfen wir dem Bedürfnis, ihre Stimmen zu gewinnen, ein proletarisches Interesse opfern oder ihnen Aufstöße machen, die unvereinbar sind mit dem Gange der ökonomischen Entwicklung. Aber wir dürfen nicht bloß, wir müssen, getreu unseren Grundfahnen, für sie eintreten, wo sie als Menschen, als Staatsbürger, als Ausbeutungsbjekte des Kapitals oder des Grundbesitzes bedrängt und geknechtet werden. Und wir sind die einzigen, die ihnen tatsächlich helfen können, so weit ihnen zu helfen ist. Nicht nur in der ferneren Zukunft, in der sozialistischen Gesellschaft, die ihnen allen ein menschenwürdiges Dasein bieten wird, sondern auch in der Gegenwart. Auch wo wir für ihre unzulänglichen, oft unnützen, ja geradezu schädlichen Betriebsformen nichts mehr tun können, wirkt jeder erhebliche Gewinn der Arbeiterklasse auf sie alle zurück, ihre Existenz als Arbeiter erleichtert, für ihre Kinder den unermesslichen Uebergang ins Proletariat aus einem Abstieg in einen Aufstieg zu wandeln.

Keine bürgerliche Partei kann ihnen helfen, kann sie auf die Dauer befriedigen. Mögen sie sich zeitweise von uns abgestoßen fühlen, mögen viele von ihnen im Einklang mit ihrer veralteten Betriebsform in veralteten, reaktionären Gedankengängen und politischen Formen Befriedigung suchen, große Scharen von ihnen müssen immer und immer wieder zu uns zurückkehren, und sie können unseren Kampf erheblich erleichtern, wenn sie uns nicht dazu verführen, daß wir auf sie als eine feste Kerntruppe bauen und ihnen zuliebe den proletarischen Charakter unserer Partei verschleiern. Je mehr sich die Klassengegensätze aufspitzen, desto entschiedener muß dieser Charakter auch in unseren Wahlkämpfen zutage treten.

Daß der Ausgang des Wahlkampfes ein Ansporn ist, unsere Propaganda auch außerhalb der Wahlzeit kraftvoller als je zu treiben, unsere Organisation auszubauen, den Leserkreis unserer Presse zu vermehren, das engste Verhältnis zu den Gewerkschaften zu pflegen, die Propaganda und Organisation unter den Polen planvoller und energischer zu betreiben — das bedarf keiner Ausführung, das sind Selbstverständlichkeiten. In dem verstärkten Ansporn zu alledem wird für unsere Partei die beste und segensreichste Wirkung unserer Niederlage liegen.

Nicht zum mindesten aber rechnen wir für den kommenden Aufstieg auf unsere Gegner. Wenn nicht die Stichwahlen uns ganz unerwartet günstige Resultate bringen, erhält die Regierung, was sie anstrebt, eine Majorität, die ihr in allem zu Willen ist. Die Sozialdemokratie zieht in den Reichstag an Mandaten geschwächt ein, der Liberalismus an Umfang wohl etwas erweitert, aber kastriert, das Zentrum unzuverlässig und höchstens in Kleinigkeiten zu energischer Opposition geneigt; so findet die Regierung keinen Hemmschuh mehr für ihren Latendrang. Ja, die neue Majorität hemmt sie nicht nur nicht, sie drängt sie vorwärts.

Der Wahlkampf wurde geführt im Zeichen der Kolonien, er wurde von den bürgerlichen Parteien gewonnen durch Entfesselung der ausschweifendsten Erwartungen über die Leistungen der Kolonien. Nun werden die Sieger verlangen, daß die Versprechungen zur Billigkeit werden, daß aus den sabelhaften Dattelkisten auch wirkliche Palmen ersprießen, und zwar möglichst bald. Unter diesen Palmen wird aber Dornbüsch nicht lange ungestraft wandeln. Er mag sich drehen und wenden, wie er will, aus unseren Kolonien ist in absehbarer Zeit nichts zu holen. Um so kämpfhafter wird man sich bemühen, unsere Kolonialpolitik profitabel zu gestalten, man wird ungezählte Millionen für sie verschütten und wird, da mit den gegebenen Gebieten doch nichts anzufangen ist, nach anderen, gewinnreicheren Gebieten die Hand ausstrecken. So wachsen die Flottenrüstungen, die Steuern, aber auch das Mißtrauen des Auslands, die Isolierung Deutschlands, die Gefahr internationaler Verwickelungen, selbst eines Weltkriegs.

Die Sozialdemokratie ist der Friede. Eine starke Sozialdemokratie in Deutschland bildete bisher den sichersten Hort des Weltfriedens. Und nun hat ein plötzlicher Paroxysmus der Schlafmüdigkeit, ängstlichen, am wenigsten lampflüchtigen Elemente Deutschlands, die die erhobene Partei der Reichswähler ausmachen, die Schwärze des Weltfriedens niedergeworfen und die Bahn frei gemacht für eine Ära ungehemmter Weltpolitik, deren abschüssige Bahn im Weltkrieg endet.

Es ist nicht die Sozialdemokratie, welche diese Katastrophenspolitik betreibt. Sie wirkt ihr vielmehr aufs kraftvollste entgegen. Aber sie ist die letzte Partei, die ihre Wirkungen zu fürchten hat. Diese können vielmehr den Gang der Entwicklung ungeheuer beschleunigen. So ist es nicht unmöglich, daß gerade unsere Niederlage am 25. Januar, die auf den ersten Blick dazu angetan scheint, unseren Sieg um ein Erhebliches weiter hinauszuschieben, ein Mittel wird, ihn rascher herbeizuführen, als wir es selbst geahnt. Die großen Ereignisse der Weltgeschichte kommen stets überraschend, und der Ueberraschung vom 25. Januar für uns mag bald eine noch größere Ueberraschung für unsere Gegner folgen.

## Aus der Partei.

### Eine Preskonferenz.

Die „Schwäbische Tagwacht“ richtet folgende Aufforderung an die Adresse des Parteivorstandes:

Mit dem heutigen Tage geht der Wahlkampf zu Ende. Das Ergebnis der Wahlen wird noch zu mancherlei Betrachtungen Anlaß geben. Es müssen die Lehren aus diesem Kampfe gezogen, es müssen vor allem die nächsten Zukunftsaufgaben der Partei besprochen werden. Dazu wird sicherlich der nächste Parteitag Gelegenheit bieten. Aber unsere Parteipresse kann und darf mit der Erörterung dieser Fragen nicht bis dahin warten. Sie wird Stellung nehmen, Anregungen geben, Vorschläge machen müssen zu den Dingen, die in erster Linie zu tun sind. Dabei muß selbstverständlich der Meinungsfreiheit vollster Spielraum gelassen werden. Aber so manches Mißverständnis, so manche Gerüchte, so mancher Zusammenstoß kann vermieden werden, wenn unter den Vertretern der Parteidaktionen bald eine mündliche Aussprache stattfindet. Nach Mitteilungen des Parteivorstandes auf dem letzten Parteitag war ohnedies für das laufende Parteijahr eine Zusammenberufung der politischen Redakteure der Parteipresse geplant. Jetzt, nach Beendigung des Wahlkampfes, den man auf dem letzten Parteitag nicht in Rechnung stellte, ist der geeignetste Zeitpunkt für eine solche Konferenz gekommen. Wir richten deshalb an den Parteivorstand das Ersuchen, sich bald mit der Frage der Einberufung der geplanten Konferenz zu befassen und den Termin so bald als möglich festzusetzen. Je rascher das geschieht, um so nützlicher wird es der Partei sein. Es gibt mancherlei dringende Aufgaben der Partei zu besprechen und in Angriff zu nehmen, in denen ein einheitliches, geschlossenes Handeln der Parteipresse äußerst wünschenswert erscheint, weil es den größten Erfolg garantiert.

Die Kollegen von der Parteipresse bitten wir, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen und ihn zu unterstützen. Die Parteipresse dürfte sich wahrscheinlich einstimmig mit dieser Forderung einverstanden erklären. Die „Leipz. Volksztg.“ hat es bereits getan.

Der Fortschritt der Presse. Die „Vergiften Arbeiterstimme“ zu Solingen hat in den letzten drei Monaten rund 1800 Abonnenten gewonnen.

Die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ steigerte in den letzten Wochen ihre Abonnentenzahl um mehr als 3000.

Von den Organisationen. Im Wahlkreis Dortmund-Görde ist die Parteioffensive während des Wahlkampfes um mehr als 1000 Mitglieder gewachsen.

Genosse v. Bollmar, so meldet die „Münchener Post“ unterm 6. Februar, mußte sich infolge eines alten Leidens einer Operation unterziehen, die heute im „Roten Kreuz“ vorgenommen wurde und einen glücklichen Verlauf nahm, so daß Hoffnung besteht, daß Bollmar in ganz kurzer Zeit völlig hergestellt ist.

Der „Volksbote“ zu Stettin schreibt zum Stichwahlergebnis unter anderem:

Freilich sind es nicht die eigenen Fehler, denen die pommerische Sozialdemokratie ihre Niederlage zu verdanken hat. Abgesehen von einem Wahlkreis, wo die Parteigenossenschaft so ziemlich alles billigte, was an Fehlern in der deutschen Sozialdemokratie seit 1908 verübt worden ist, hat die pommerische Parteigenossenschaft immer nur mit schmerzlichen Gefühlen die lange Reihe unerquicklicher Vorkommnisse, die das Prestige unserer Partei in den breiten Massen des Volkes so sehr gemindert haben, betrachten können. Aber eine Partei, die als geschlossene Phalanx in den Kampf zieht und einheitlich handelt, leidet auch einheitlich unter den Fehlern, die von einzelnen Gruppen der Partei begangen werden. Daraus ergibt sich für die pommerische Sozialdemokratie die Lehre, ihren Einfluß innerhalb der Partei mehr zur Geltung zu bringen, als dies bis dahin der Fall war, und mit größerer Entschiedenheit ihre weitsehende Politik zu vertreten, selbst wenn dies ohne persönliche Reibungen nicht durchführbar ist.

Man darf auf die Entwicklung dieser weitsehenden Politik gespannt sein.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonte der Presse. Vor dem Schwurgericht Nürnberg hatte sich der Genosse Emil Böllner von Fürth, der im Sommer eine Zeitsung vertretungsweise die „Frankische Tagespost“ zeichnete, wegen übler Nachrede zu verantworten. Am 27. September v. J. wurde in einer Verhandlung am Schöffengericht Nürnberg ein Streifen wegen Vergehens gegen § 153 zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde in der „Tagespost“ scharf kritisiert. Dabei wurde auch bemerkt, daß einer der Schöffen während der Verhandlung geschlafen habe. Diese Bemerkung gab den Anlaß zur Anklage. Der Vorsitzende des Gerichts meinte, es könne ja vorkommen, daß ein Schöffe schlafte, aber das brauche man doch nicht an die große Glocke zu hängen, namentlich nicht zur damaligen Zeit, wo infolge der Streikunruhen eine große Erregung unter der Bevölkerung geherrscht habe! (Diese Erregung ist aber weniger durch solche Bemerkungen der „Tagespost“ als durch das Vorgehen der Behörden und durch unverständliche Gerichtsurteile gegen streikende Arbeiter genährt worden.) Die beiden als Zeugen erschienenen Schöffen wollten nicht geschlafen haben, während von anderen Zeugen behauptet wurde, daß der Schöffe Minnameier öfters den Kopf auf die Brust fallen ließ; im Zuschauerraum hätten Leute einander darauf aufmerksam gemacht, daß ein Schöffe schlafte. Die Geschworenen erklärten auf schuldig, worauf das Gericht Böllner zu sieben Tagen Gefängnis verurteilte.

## Aus Industrie und Handel.

### Beide naß!

Ueber die Bedeutung der Reichstagswahl äußert sich der Handelsvertragsverein in seinen Mitteilungen also:

Erfreulicherweise hat ja der Liberalismus eine erhebliche Zahl von Mandaten und einen in vielen Kreisen erstauenden Stimmengewinn zu verzeichnen. Das ist an sich sehr schön, nur werden die Stichwahlen leider das Ergebnis haben, daß alles in allem diejenige Gruppe, welche vom wirtschaftspolitischen, speziell vom handelspolitischen Standpunkte aus als reaktionärer Block bezeichnet werden muß, ihre parlamentarische Machtstellung erheblich auf Kosten der Opposition verstärkt. Und das eröffnet trübe Aussichten, wenn man an die großen wirtschaftlichen Aufgaben denkt, welche dieser Reichstag während der nächsten fünf Jahre zu erledigen hat. Wir können daher den Wahlausfall nur mit einem heiteren, einem nassen Luge betrachten: so erfreulich vom liberalen Standpunkte aus in allgemein politischer Hinsicht die geänderte Zusammensetzung des Reichsparlamentes sein mag, so sicher ist, daß auf einen frischeren Luftzug und eine freiere Bewegung der Kräfte im Wirtschaftsleben weniger denn vorher zu rechnen sein wird. Mehr als je müssen die an einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik interessierten Kreise alle ihre Kräfte einsetzen, um die jedenfalls mit verstärkter Wucht hereinbrechende agrarische Reaktion abzuwehren.

Noch in dieser Session werden dem neuen Reichstage eine Reihe von wichtigen Maßnahmen handelspolitischen Charakters zur Beschlußfassung vorliegen und zwar handelt es sich um die Erneuerung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten, zu England, Spanien und Kanada. Dabei wird es Aufgabe des Handelsvertragsvereins sein, dem von den Agrariern heftigsten gewöhnlichen Ausdrücke eines Zollkrieges mit den drei ersten Staaten nach Kräften entgegenzuwirken.

Daß der neue Reichstag große Reizung zeigen wird, Erleichterungen und Reformen auf dem Gebiete der inneren Wirtschaftspolitik vorzunehmen durch Abänderung des verfehlten Borsengesetzes, grundsätzliche Ausgestaltung des zollfreien Veredelungsverkehrs, durch Ermäßigung der Gütertarife, durch gerechtere Verteilung der Steuerlasten u. a. m., darf wohl ebenso bezweifelt werden.

In der Stichwahl haben die Freisinnigen alle ihre Kräfte zur Stärkung der Reaktion eingesetzt. Mit bewundernswürdiger Selbstverleugnung haben sie konservativ und antisemitisch gewählt. Der Dank vom Hause Reaktion wird das eine lachende Auge auch bald mit Salzwasser füllen.

### Grenzen des Patriotismus.

Der „Matgeber auf dem Kapitalmarkt“ befürwortet Bestrebungen, die auf Gründung einer deutschen Bank in Paris hinführen. Dadurch werde französisches Kapital für die deutsche Industrie interessiert, und französische Kapitalisten könnten aus den großen Transaktionen, wie z. B. die in Aussicht stehende Fusion zwischen einem großen Hüttenwerk und der Vergewerkschaft Harpen, deren Aktien an der Pariser Börse eingeführt sind, respektablere Gewinne ziehen. Kurzum, französisches und deutsches Kapital könnten bei Vertrustung der Großindustrie brüderlich zusammen arbeiten — lies: ausbeuten! Schließlich heißt es dann:

„Kann es überhaupt in derartigen Fragen patriotische Bedenken geben, oder ist der Kosmopolitismus nicht die einzig richtige Politik?“

Aus der Praxis der „Patrioten“ ist die Frage dahin zu beantworten: Beim Geldbeutel hört für die herrschende Gesellschaft der Patriotismus auf; die Gewinn- und Plünderlust ist international. National ist für die Kurrapatrioten alles, was dazu dient, ihnen die Ausbeutung der eigenen proletarischen Volksgenossen und auch des ausländischen Proletariats zu erleichtern. Diesem Zwecke dienen alle internationalen Unternehmer- und Kapitalvereinbarungen. Wer gegen solchen Internationalismus sich auflehnt, ist ein Reichsfeind, ein vaterlandsloser Geselle.

### Terrorismus.

Ueber Terrorismus ist in den letzten Tagen viel geschrieben worden — das heißt, es wurde der Sozialdemokratie Terrorismus angelogen. Daß gerade die großkapitalistischen Gebilde rücksichtslos Terror ausüben, dafür haben wir schon zahlreiche Beispiele angeführt. Ein neuer Beleg dafür, wie durch die kapitalistische Entwicklung alle Selbstlosigkeit, jeder Individualismus unterdrückt wird, liegt in einem Erlass der „Westf. Kohlenhandels-Gesellschaft“ an ihre Kunden vor. Er lautet:

„Hierdurch teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir ab 1. April 1907 in der Lage sind, Ihnen ein gutes rheinisches Brennlohlen-Brickett zu liefern. Vom genannten Zeitpunkt ab können wir Ihnen deshalb den Bezug dieses Produktes von anderer Seite nicht mehr gestatten.“

Die Westf. Kohlenhandels-Gesellschaft, eine Unterabteilung des Rhein-Westf. Kohlenkontors, das wiederum unter der Kontrolle des Kohlenyndikats steht, gestattete nicht, daß ihre Abnehmer ein Produkt von anderer Seite beziehen.

### Nationale Empfindungen.

Die „Deutsche Nationalbank“ versendet ein Zirkular, aus dem wir folgende Sätze hervorheben:

„... Die Prosperität unserer Industrie hat in den letzten Jahren schwer unter dem Druck der sozialdemokratischen Führer zu leiden gehabt, welche die Devisen ausgaben, es solle eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Stundenlöhne herbeigeführt werden, der einzelne Arbeiter dagegen seine Arbeitsleistung vermindern. Wir sind der Ansicht, daß das Mißtrauen der Partei den Gewalttätigkeiten der Führer ein Ende bereiten muß und daß wieder normalere Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte sowie ein Nachlassen der Lohnbewegung eintreten dürfen, was eine günstige Rückwirkung auf die gesamte Wirtschaftslage haben muß.“

Die Beschäftigung der Kohlenindustrie bleibt glänzend, es kann nicht annähernd so viel erzeugt werden wie der Konsum benötigt. Da aber bei stetig steigenden Löhnen die Leistung der Arbeiter fortgesetzt geringer wird und auch der Wagenmangel in nie gekannter Weise die Förderung im Revier beeinträchtigt, so entsprechen die Verkaufserlöse nicht mehr recht den berechtigten Wünschen der Interessenten. In Oberschlesien ist seit dem 1. Januar eine Erhöhung der Kohlenpreise in Kraft getreten, im rheinisch-westfälischen Revier wird eine solche vom 1. April ab durchgeführt werden. Es muß zugegeben werden, daß diese Erhöhung eine absolute Notwendigkeit war und schon früher hätte eintreten sollen, doch hat das Syndikat dieselbe so lange wie möglich hinausgeschoben, weil seine Politik vor allem darauf gerichtet ist, die Weiterentwicklung der Gesamtindustrie zu fördern und keinesfalls zu stören.

Die schon seit längerer Zeit bestehende Tendenz, die großen montanistischen Unternehmungen Westfalens zu vertreiben, hat einen weiteren Schritt vorwärts getan durch die Vereinigung der Vergewerkschaft „Nordstern“ mit der Hüttenzucht „Rhönig“. Bei den Großindustriellen Westfalens besteht die feste Ueberzeugung, daß die Verhandlungen über die Kontingentierung der Produktion der Hüttenzucht zu einem befriedigenden Abschluß gelangen und den Wünschen der reinen Zechen einigermassen Rechnung tragen werden.

In der Elektrizitätsindustrie bleibt die Beschäftigung in allen Betrieben außerst reg, und überall werden Ueberstunden und Nacharbeit in größerem Umfange zu Hilfe genommen. Der Wunsch, die menschliche Arbeitskraft so weit wie möglich in den Betrieben auszuschalten, besteht in fast allen Industrien, und hierauf ist die harte Beschäftigung der Elektrizitätsbranche in erster Linie zurückzuführen.

Daß die Führer auf eine Verminderung der Leistung des einzelnen Arbeiters hinwirken, daß die Leistung fortgesetzt geringer wird und daß die Preistreiber unbedingte Notwendigkeit waren, ist einfach Schwundel. Solche Behauptungen dienen der nationalen Tugend, die Preise noch weiter zu erhöhen und die Löhne zu drücken, zum Segen der kapitalistischen Plasmacherei. Und um die Betätigung in dieser Tugend zu erleichtern, schiebt die patriotische Bank ihre Epistel mit der Empfehlung verschiedener Papiere. Es ist doch schön, patriotisch und national zu sein, wenn man dabei Geschäftchen machen kann.

„Jubiläums“-Ausstellungen! Die „Ständige Ausstellungs-Kommission für deutsche Industrie“ schreibt: In hohem Grade bezeichnend für das Umfängliche des Ausstellungsabwensens ist es, daß für die Veranstaltung von Ausstellungen häufig nicht etwa ein aus der Industrie geäußertes Interesse ausschlaggebend ist, sondern daß hierfür irgend welche äußere Anlässe vorgeschützt werden, die als ausreichende Motivierung nicht angesehen werden können. Hierzu gehören in erster Linie die sogenannten „Jubiläums“-Ausstellungen. Wenn auch zugegeben ist, daß Jubiläen unter Umständen sehr wohl den Ausgangspunkt für Veranstaltungen bilden können, die einen gewissen Ueberblick über die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft in längeren Zeiträumen geben sollen, so muß doch dagegen Einspruch erhoben werden, wenn hier und da kleinere Interessentengruppen irgend ein Jubiläum zum Vorwand nehmen, um ihren unbedeutenden Veranstaltungen durch das schmückende Wort „Jubiläums“-Ausstellung ein Relief zu geben. So z. B. wenn Jubiläen von Regenten oder Jahrestage von Entdeckungen und Erfindungen dazu herhalten müssen, Spezialgewerksgruppen, wie etwa Gastwirten, Bäckern, Buchbindern usw., als Aushängeschild zu dienen. (Das bezieht sich jedenfalls auf die Ausstellung in Nürnberg, Ann. d. Redaktion.) Zwar ist erfreulicherweise die deutsche Industrie gegen derartige verführerische Worte wie „internationale“, „allgemeine“, „Jubiläums“- oder „große“ Ausstellung usw. schon recht skeptisch geworden; immerhin erscheint es aber doch zweckmäßig, gelegentlich einmal darauf hinzuweisen, wie fadenscheinig häufig derartige Zusammenhänge sind. Was läßt sich also durch solche hochtrabenden Bezeichnungen nicht beizien, sondern prüfe — gegebenenfalls unter Befragung der „Ständigen Ausstellungs-Kommission für die Deutsche Industrie“ — ob eine Ausstellung für den betreffenden Erwerbszweig tatsächlich von praktischem Nutzen sein kann.

Die Handelskammer zu Berlin hatte sich infolge der unbedeutenden Witterungsverhältnisse nochmals an das königliche Polizeipräsidium zu Berlin gewandt und um Genehmigung gebeten, daß auch am Sonntag, den 10. Februar d. J., Güter und Waren im Handelslager angeordnet und auf den Straßen abgeladen werden dürfen. Das königliche Polizeipräsidium erteilte hierauf ausstimmenden Bescheid.

Dividenden. Die Vereinigten Glanzstofffabriken A.-G. in Elberfeld werden für das letzte Jahr 35 Prozent ausschütten, gegen 30 Prozent im Vorjahre. — 13 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre erhalten die Aktionäre der Rheinischen Spiegelglasfabrik. — Der Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Diskonto-Gesellschaft schlägt eine Dividende von 8 Prozent vor. Für 1905 wurden 7 1/2 Prozent verteilt. — Der Aufsichtsrat der Badischen Bank schlägt für 1906 eine Dividende von 8 1/2 Prozent vor. Die vorjährige Dividende betrug 5 1/2 Prozent. — Die Frankfurter Bank beantragt für 1906 die Verteilung von 9 Prozent Dividende (8 1/2 Prozent im Vorjahre). — Der Aufsichtsrat des Westfälischen Schulbankfonds in Essen hat beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 11 Prozent vorzuschlagen. Für 1905 betrug die Dividende 7 1/2 Prozent.

## Soziales.

### „Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen“.

Am 1. und 2. März findet in Berlin in den Räumen der Bauakademie (Schmiedplatz 6) eine von bürgerlicher Seite einberufene „Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen“ statt. Der geschäftsführende Ausschuss besteht



aus Margarete Friedenthal als erster Vorsitzenden, Pfarrer Weher als zweitem Vorsitzenden, Frau Elise Tittin und Frau Elise Lüders als Schriftführerinnen und Generalsekretär Winter als Kassierin. Das Komitee besteht aus: Dr. Elisabeth Wilmann-Gottschewer für die Arbeiterinnen-Kommission des Bundes Deutscher Frauenvereine, Elise Lüders für das Bureau für Sozialpolitik, Pfarrer Weher, Dr. Fleischer, Frau v. Verth, Frau Schwarz für den Gesamtverband der katholischen Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen, v. Verth für die Gesellschaft für soziale Reform, Generalsekretär Winter für den Zentralrat der kirchlichen Gewerkschaften, Margarete Friedenthal, Dr. Margarete Bernhardt, Frau Clara Ringen-Craus, Maria Wischniewska, Elisabeth Lüders-Grumwald, Frau Elise Tittin für die Zentralstelle für Arbeiterinnen-Organisation, Gertrud Dyhrenfurth, Dr. Alice Salomon, Dr. Rede, Dr. Robert Wilbrandt.

Die Verhandlungstagen sind von 9<sup>1/2</sup>-1 Uhr vormittags und 8-7 Uhr nachmittags. Der Vormittag des ersten Konferenztages soll der Lohnfrage gewidmet werden. Das erste Referat darüber hat Dr. Alice Salomon übernommen, während Helene Simon das Korreferat halten wird. Am Nachmittag des gleichen Tages kommt die Frage der fachgewerblichen Ausbildung der Arbeiterin zur Sprache, die von der badiſchen Fabrikinspektorin Dr. Marie Baum behandelt werden wird.

Am zweiten Konferenztage soll vormittags das Thema „das Wahlrecht der Arbeiterin“ mit den Unterabteilungen a) zu den Krankenkassen, b) zum Gewerbeamt, c) zu den Arbeitskammern erörtert werden. Die Referate über diese drei Einzelfragen liegen in den Händen von Dr. Margarete Bernhardt, Dr. Elisabeth Jaffé von Nisthosen, der ehemaligen badiſchen Fabrikinspektorin, und Professor Harms-Jena. Der Nachmittag des zweiten und letzten Tages endlich soll der Frage nach der Vereinbarkeit von Fabrikarbeit, Mütterpflicht und Hausfrauenpflicht gewidmet sein. Das Thema „Die Fabrikarbeiterin als Hausfrau und Mutter“ wird von Frau von Gordon, der Vorsitzenden des Verbandes der katholischen erwerbstätigen Frauen und Mädchen, behandelt, während als zweiter Referent Prof. Dr. P. Waget über „Die Mütterpflichtversicherung“ sprechen wird. Pfarrer Weher soll das Schlusswort halten.

Männer und Frauen aller Stände, welche sich für die Arbeiterinnenfrage interessieren, werden vom Komitee um ihr Erscheinen und um ihre Beteiligung an den Beratungen gebeten. Eintrittskarten zu 1 M. sind an der Tageskasse erhältlich.

### Wie man in Ostpreußen die Leutenot beseitigen will.

In Nummer 17 schilderten wir unter der gleichen Ueberschrift das Schicksal einiger russischer Auswanderer, die anstatt nach Polen nach Ostpreußen gebracht wurden und hier unter Einbehaltung der Pässe festgehalten wurden. Derselbe Agrarier hat nun in diesen Tagen in der Generalversammlung des Ostpreussischen landwirtschaftlichen Zentralvereins seine Erfahrungen, die er mit den russischen Familien gemacht hat, zum besten gegeben. Er erklärte, daß er mit den betreffenden Familien „gute Erfahrungen gemacht habe“. Dann wurde von ihm folgender Antrag gestellt: Zentralverein wolle einen Betrag bis zur Höhe von 3000 M. zu Informationsreisen unterbreiten, um die Verhältnisse näher zu studieren, unter denen eine Rückwanderung deutscher Ansiedler aus Rußland stattfinden könnte. Der Antrag wurde auch angenommen. Man will also viele Familien aus Rußland herüber locken und sie hier nicht nur ausbeuten, sondern sie zu völligen Sklaven machen. Denn die Generalversammlung hat auch noch folgende Anträge genehmigt:

I. Zentralverein wolle dahin wirken, daß durch Gesetz bezw. ministerielle Verfügung folgendes angeordnet werde: 1. Jedem russisch-polnischen Arbeiter ist beim Betreten des Reichsgebietes der Paß abzunehmen und an dessen Stelle eine Arbeitskarte mit genauen Nationalität, behördlich auszuweisenden, die den Namen und Ort des Arbeitgebers, bei dem der Arbeiter arbeiten soll, enthalten muß.

2. Russisch-polnische Arbeiter ohne diese Arbeitskarte dürfen nirgends beschäftigt werden. Derjenige, der einen solchen Arbeiter ohne Arbeitskarte beschäftigt, wird für jeden einzelnen Fall mit Geldstrafe bis zur Höhe von 60 M. bestraft.

II. Zentralverein wolle die Landwirtschaftskammer ersuchen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die Agenten und Vermittler für ausländische und inländische Arbeiter und ebenso die Schweizer Vermittlungsbureaus nach gesetzlich bestehenden und eventuell noch zu erlassenden Bestimmungen unter verschärfte Kontrolle gestellt werden.

III. Zentralverein bezw. Landwirtschaftskammer wolle dahin wirken, daß die Verwaltungsbehörden angewiesen werden, strengste Kontrolle über die Beschäftigung inländischer und ausländischer Arbeiter im Unternehmertum auszuüben.

Es sollen also die ausländischen Arbeiter, um noch besser als Schutzkonkurrenten gegenüber den einheimischen gebraucht werden zu können, wie Sklaven in Deutschland behandelt werden. Das widerspricht zwar dem Gesetz und dem Handelsvertrag mit Rußland. Aber was ist das Agrarierum darum? In der Debatte über die angenommenen Anträge wurde die Ungefährlichkeit des vorgeschlagenen Verfahrens von einem Agrarier anerkannt. Mehrere Redner warnten auch aus allgemeinen Gründen vor den Anträgen. Dennoch wurden sie gegen wenige Stimmen angenommen. In der Debatte hob ein Redner hervor, daß die Feldarbeiterzentrale, ein halbamtliches Institut, schon jetzt den Arbeitern die Pässe abnehme. Ein Redner — ein Amtsvorsteher — meinte, es sei auch jetzt nach dem Gesetz trotz des Scheiterns des Kontraktbruchgesetzes möglich, Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter beschäftigen, zu bestrafen. Er drohe auf Grund des § 132 des Landesverwaltungsgesetzes von 1883 eine Strafe für den Fall der Annahme kontraktbrüchiger Gesunden an und habe „damit immer Glück gehabt“.

Das von dem Amtsvorsteher angepriesene Verfahren ist ein zweifellos gesetzwidriges. Hatte er „damit immer Glück“, so beruht das darauf, daß die Betroffenen, sei es aus Unkenntnis, sei es aus welchem Grunde sonst das Verwaltungs-freizeitverfahren nicht einleiteten. Die Mitteilung des agrarischen Amtsvorstehers erinnert an die Rede, die der Graf Pfeil am 15. Februar 1886 im Herrenhause hielt. Er rühmte sich, als Polizeivorkämpfer eine Reihe Handlungen begangen zu haben, die das Gesetz mit Justizhaus bedroht. Der Unterschied zwischen dem Vergehen des ostpreussischen Amtsvorstehers und dem des Grafen Pfeil beruht darin, daß der Amtsvorsteher glaubt, das Gesetz so, wie er es getan hat, anwenden zu dürfen, während der Graf Pfeil wußte, daß er rechtswidrig handelte.

Die Doppelzügeligkeit des agrarischen Herrtums ist charakteristisch: während der Wahl logen sie in ihren Flugblättern, Kolonien seien für Deutschland erforderlich, um den „Ueberfluß der Bevölkerung“ in den Kolonien unterzubringen. Zu gleicher Zeit locken sie über 300 000 Ausländer nach Deutschland und suchen diese rechtlos als afrikanische Sklaven zu stellen.

Die freisinnige Unterstützung dieser „nationalen“ und junkerlichen Bestrebungen muß naturgemäß die Begehrtheit nach Ausnahmegesetzen gegen die Parias der Landarbeiter steigern. Desto notwendiger ist die Auffklärung unter der ländlichen Bevölkerung. Wegen 20 000 ländliche Arbeiter haben die Agrarier durch ihre Ausbeutung in wenigen Jahren aus Ost- und Westpreußen nach den rheinisch-westfälischen Kohlenrevieren getrieben. Dadurch ist sichtbar die Zahl der Sozialdemokraten gewordenen ländlichen Arbeiter des Ostens zurückgegangen. Wird auch so der ähner, sichtbare Erfolg der Agitation für die östlichen Provinzen ein geringerer, so ist umso dringender die unablässige Agitationsarbeit notwendig.

### Ausbeutung von Provisionsreisenden — Verstoß gegen die guten Sitten.

Die Verlagsanstalt Karl Hof sendet uns zu der in Nr. 26 gebrachten Mitteilung aus dem Kaufmannsgericht folgende Zeilen mit der Bitte um Aufnahme:

In dem Artikel: „Ausbeutung von Provisionsreisenden — Verstoß gegen die guten Sitten“ ist unter anderem folgendes behauptet: „Die vom Kläger durch seine anstrengende Tätigkeit doch gewiß redlich verdiente Provision wurde ihm indessen unter dem Vorgeben, er hätte schon den Betrag überseigende Vorschüsse bekommen, vorenthalten.“ Diese Behauptung ist un wahr. Wahr ist, daß Kläger Paul von Malowski für 23 300 Adressen 780 Mark empfangen hat, während er nur 688 Mark zu bekommen hatte. Dies hat Kläger auch selbst zugestanden. Die Vorschüsse, die Kläger bekommen hat, waren also nicht „angeblich“, sondern wirklich gezahlt.

Unwahr ist auch, daß Kläger sich bei seinem Engagement in größter Kollage befunden hat und nur deshalb die Beforgung der Adressen übernommen habe. Wahr ist vielmehr, daß Kläger sich hierzu gedrängt hat mit der Begründung, er könne, da er nur verhältnismäßig engagiert werde, jeden Augenblick seine frühere Tätigkeit wieder aufnehmen und er absolut keinen Schaden davon hätte. Wahr ist endlich, daß Kläger zugestanden hat, unterwegs leichtsinnig gelebt zu haben. Sein Nachfolger verdiente in Baden vom 1. d. O. bis 1. 12. 06. die Summe von 2390 Mark. Karl Hof, Verlags-Anstalt.

Die in der Berichtigung gemachten Angaben sind vom Vertreter der klagenden Firma sämtlich in der mündlichen Verhandlung zum Vortrag gebracht worden. Trotzdem hat das Kaufmannsgericht mit vollem Recht entschieden, daß der Vertrag, den Kläger mit der Beklagten abgeschlossen, für nichtig zu erklären sei. Er verstoße gegen die guten Sitten, weil den Kläger nur seine Kollage bestimmt habe, in die für ihn harten Vertragsbedingungen zu willigen. Die Ausführungen der Verlagsanstalt Karl Hof beweisen lediglich, daß trotz der zutreffenden Entscheidung des Kaufmannsgerichts ihr noch unbegreiflich ist, was der Gesetzgeber unter Ausbeutung der Kollage verstanden hat und verschieben mußte und weshalb derartige gegen die guten Sitten verstoßenden Arbeitsverträge als nichtig haben erklärt werden müssen.

## Gerichts-Zeitung.

### Arbeits-Unzufriedenheiten in der städtischen Armenkommission 1886

Gaben gestern zu längerer Erörterung vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I. Veranlassung. Auf die Anklage der Beleidigung hatte sich der Rentier Wehlisch zu verantworten. Anlaß zu dieser Anklage hat eine von Herrn B. an den Magistrat gerichtete Eingabe gegeben. Herr B. war jahrelang Vorsteher der Armenkommission 1886, in welcher er nicht besonders beliebt bei den Mitgliedern gewesen zu sein scheint. Er ist nach Ablauf seiner Wahlzeit nicht wiedergewählt worden und übergab die Geschäfte an seinen Stellvertreter, den Gastwirt Schulz, Ende Januar 1905. Dieser verwaltete die Kommission bis zur Wahl eines neuen Vorstehers. Da er mit dem Gang der Geschäfte noch nicht genügend vertraut war, kamen bei der Auszahlung der Unterstützungen bezw. der Verbindung derselben und der Aufbewahrung der Quittungen einige Inzornretlichkeiten vor, die der Angeklagte in seiner Eingabe an den Magistrat ausführte, um die in der Kommission herrschende Wirtschaft zu illustrieren. Die vorgekommenen Fehler waren nicht auf bösen Willen des Herrn Schulz zurückzuführen, sondern, wie dieser versichert, auf sein ungenügendes Vertrauensverhältnis mit den maßgebenden Bestimmungen. Der Angeklagte machte nun die jetzt unter Anklage gestellte Eingabe an den Magistrat, in welcher er eine ihm zustehende Entschädigungssumme beanspruchte. Bei dieser Gelegenheit brachte er die Mitteilungen, die ihm von mehreren Armen gelegentlich gemacht worden waren, diese Inzornretlichkeiten mit zur Anzeige, da er fürchtete, daß, da er mit der Mehrzahl seiner Kommissionsmitglieder auf gespanntem Fuße lebte, diese Inzornretlichkeiten ihm zur Last gelegt und ihm deshalb die Entschädigungssumme vorenthalten werden könnte. Da aus der Eingabe die Tendenz herausgelesen wurde, die vorgekommenen Inzornretlichkeiten zu strafbaren Handlungen zu stempeln, so wurde gegen Herrn Wehlisch die Anklage wegen Beleidigung erhoben. Er wurde seinerzeit zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, das Kammergericht hat jedoch das Urteil aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. — In der gestrigen Verhandlung verleserte der Angeklagte, daß er keineswegs eine beleidigende Absicht verfolgte, sondern dem Magistrat nur die Tatsachen habe mitteilen wollen, die ihm von den Armen unterbreitet worden seien. Ueber den Geschäftsgang bei den Armenkommissionen und die Abrechnung mit der Armenverwaltung wurde Magistratssekretär Wichmann eingehend vernommen, außerdem eine Anzahl von Unterstützungsempfängern, die bei den vom Angeklagten berührten Einzelfällen in Frage kamen. Herr Wichmann stellte fest, daß objektive Inzornretlichkeiten in einzelnen dieser Fälle vorgekommen waren. — Rechtsanwält Barnau beantragte die Freisprechung des Angeklagten, dem voll der § 193 des Strafgesetzbuchs zuzubilligen sei, da er in einer nicht beleidigenden Form nur einfache Tatsachen mitgeteilt habe, die ihm von einzelnen Armen unterbreitet worden seien. — Staatsanwalt Kay schloß sich dem Antrage auf Freisprechung an, obwohl er keinen Zweifel hatte, daß der Angeklagte bei der Eingabe den Zweck verfolgte, sein Mißfallen an den ihm nicht zugehörigen Mitgliedern der Armenkommission zu äußern. — Dennoch kam das Gericht nach längerer Beratung doch wieder zur Verurteilung der vom Angeklagten eingelegten Berufung, so daß es bei der Strafe von 50 M. verbleibt. — Das Gericht entnahm aus der gewählten Form die Beleidigungsabsicht.

### Einen Kampf um den Professortitel

führte seit einiger Zeit der bekannte Berliner Frauenarzt Professor Dr. med. und phil. Robby Kohnmann, welcher sich gestern auf Grund einer von ihm selbst erstatteten Anzeige wegen Vergehens gegen den § 360 Abs. 8 des Strafgesetzbuchs vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu verantworten hatte. Der Polizeipräsident von Bories richtete an den ersten Vorsitzenden der Berliner Ärztekonferenz, Geheimen Sanitätsrat Dr. Weher ein Schreiben, in welchem er mitteilte, daß Herr Dr. Kohnmann den Titel „Professor“ ohne jeden einschränkenden Zusatz führe und hierdurch nach eingeholten Auskünften höheren Ortes und bei den Staatsbehörden seiner früheren Heimat lebhaften Mißfallen erregt habe, da Herr Dr. K. zur Führung des Titels kein Recht habe. Es wurde in diesem Schreiben anerkannt, daß Herr Dr. K. zwar durch allerhöchsten Erlass vom 5. August 1873 zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg ernannt worden sei, er aber durch seine nachgelagerte Entlassung aus dem Verbands der Universität das Recht verlor, diesen Titel weiter zu führen. Durch eine weitere Verfügung des Polizeipräsidenten vom 22. Dezember 1903 erluchte dieser den Beklagten, daß er sich in Zukunft als „früherer“ oder „vormaliger“ außerordentlicher großherzoglich badiſcher Professor bezeichnen solle, und zwar mit dem Zusatz, daß ihm dieser Titel von der philosophischen Fakultät verliehen worden sei. Der Weheirat Dr. Weher teilte daraufhin dem Polizeipräsidenten mit, daß bereits diese Angelegenheit durch eine Entschädigung des Ehrenrates des Südwestens, die Herr Professor Kohnmann selbst veranlaßt hatte, erledigt sei. Diese Entscheidung ging dahin, daß Herr Dr. Weher ohne jede Bedenken den Professortitel, wie es bisher geschehen sei, weiterführen könne. Außerdem habe ihn das Polizeipräsidium selbst freizunehmen als Professor bezeichnet und ihm die spezialärztliche Behandlung der weiblichen Angehörigen der Schutzmannschaft übertragen. Die amtliche Bezeichnung als Professor sei nicht etwa irrtümlicherweise geschehen, sondern nachdem ein vom künftl. Polizeipräsidenten abgeordneter Polizeileutnant die Führung des Professortitels betreffenden Akten eingesehen und geprüft hatte. Auf dieses Schreiben hin erhielt der Vorstehende der Ärztekammer den Befehl, daß nach dem Dr. Kohnmann genau bekannten amtlichen Vorgängen von seiner Gutgläubigkeit hinsichtlich der Führung des Professortitels seit längerer Zeit keine Rede mehr sein könne und die Behörden erwarten, daß sich Herr Dr. K.

in Zukunft dieses Titels schließlich enthalten werde. Dem Beklagten wurde dieser Befehl vorgelegt und er selbst richtete nun an den Ersten Staatsanwalt beim Landgericht I ein Schreiben, in dem er gegen sich selbst eine Anzeige wegen Vergehens gegen § 360, 8 des Strafgesetzbuchs (unbefugter Titelführung) erstattete. In diesem drückte er seine Absicht aus, den Professortitel weiterzuführen, und erklärte seine Rechte hierzu an Gerichtsstelle beweisen zu wollen, da ihm in dem letzten Bescheide des Polizeipräsidenten ausdrücklich die Gutgläubigkeit abgeprochen werde. — In der gestrigen Verhandlung legte der Beklagte zahlreiche amtliche Schriftstücke in Original vor, aus welchen hervorging, daß er den Professortitel erworben und auch mit Recht geführt habe. Durch ein Dekret vom 5. August 1873 ist er als außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg ernannt worden und hat diesen Titel mit Genehmigung auch später geführt, wie ihm dies durch die Universitätsbehörde selbst wie auch durch eine Mitteilung des Ministeriums bestätigt worden sei. Der Vertreter der Anklagebehörde hielt jedoch eine Uebersetzung des § 360, 8 für vorliegend, da der Titel den Fiktum erzeuge, als sei Dr. Kohnmann medizinischer Professor, und beantragte eine Geldstrafe von 3 M. Das Schöffengericht kam nach einer kurzen Beratung zu einer Freisprechung des Prof. Kohnmann, da dieser durchaus berechtigt sei, den ihm verliehenen Titel zu führen.

Wäre Staat und Gesellschaft viel verlieren, wenn sie den gesamten Titelraum beseitigten?

### Zurücknahme der Bestallung einer Hebamme.

Der Ehemann der Hebamme Fördermann zu Königsberg hatte eine leichte Kopfverwundung. Infolge nachlässiger Behandlung entwickelte sich hieraus eine Kopffrose, die den Tod des Fördermann herbeiführte. Während der Krankheit pflegte ihn seine Frau. Der behandelnde Arzt machte sie auf die Ansteckungsgefahr der Kopffrose aufmerksam und riet ihr, keine Wöchnerinnen zu behandeln. Sie lehnte deshalb auch mehrfach ab, Geburts-Hilfe zu leisten. In einem Falle ließ sie sich aber doch zur Unterstüchtung einer Schwangeren verleiten. Die Geburtshilfe selbst nahm eine andere Hebamme, Frau A., vor. Die betreffende Wöchnerin erkrankte an Kindbettfieber. Zwei andere Wöchnerinnen, denen Frau A. dann Beistand leistete, wurden ebenfalls fieberkrank und starben. Gegen beide Hebammen wurden Strafverfahren eingeleitet. Frau Fördermann erhielt einen Monat Gefängnis wegen fahrlässiger Körperverletzung. Mehrere Ärzte hielten sich gütlich dahin geäußert, daß höchstwahrscheinlich die Hebamme Fördermann den Krankheitsstoff auf die von ihr unterstüchtete Schwangere übertragen habe und daß durch Weiterübertragung des Infektionsstoffs der Tod der beiden Wöchnerinnen herbeigeführt sei.

Auf Grund dieses im Strafverfahren ermittelten Tatbestandes klagte nunmehr der Königsberger Polizeipräsident gegen Frau Fördermann auf Unterjagung der ferneren Ausübung des Hebammenberufs. Der Bezirksauskunft erkannte nach dem Klageantrage. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Es liegt im öffentlichen Interesse, daß das Publikum energisch gegen unzuverlässige Hebammen geschützt wird. Die Beklagte hat eine Schwangere besucht und untersucht, obwohl der Arzt, der ihren Mann behandelte, sie davor gewarnt hatte. Dazu kommt, daß es nach dem Hebammenlehrbuch ihre Pflicht gewesen wäre, von der damaligen Situation dem Kreisarzt Mitteilung zu machen und sich von ihm Verhaltensmaßregeln zu erbitten. Auch das habe sie nicht getan. Die Folge dieser Nachlässigkeiten war der Tod der beiden Frauen. Die Hebamme hat danach ihre Pflicht so erheblich verletzt, daß sich die Entziehung des Prüfungszeugnisses rechtfertigt.

### Zeugnisszwang als Germanisierungsmittel.

Ueber einen krassen Fall aus dem Gebiete des Zeugnisszwangsverfahrens wird uns aus Gnesen berichtet.

Am 20. Oktober v. J. sollte eine 60jährige Trödlarin Marie Nowakowka in einem Ermittlungsverfahren gegen den Probst Piotrowicz daselbst als Zeugin vernommen werden und zwar sollte sie über den Inhalt zweier Predigten, welche Piotrowicz am 18. und 16. Oktober v. J. gehalten hat, Auskunft geben.

Sie verweigerte ihr Zeugnis und wurde wegen Zeugnissverweigerung zu einer Geldstrafe von hundert Mark eventuell zwanzig Tagen Haft verurteilt. Gleichzeitig wurde sie zur Erzwingung des Zeugnisses sofort in Haft genommen.

Der Befehl lautet:

### Befehl:

In der Strafsache gegen den Probst Piotrowicz wegen Vergehens gegen § 180a Str.-G.-B. wird die Trödlarin Marie Nowakowka von hier, Pferdemarkt 9, da sie das Zeugnis, das für die Erhebung der Anklage gegen den Beschuldigten von Wichtigkeit ist, ohne hinreichenden Grund verweigert hat, obwohl sie auf die Unzulässigkeit des von ihr angegebenen Weigerungsgrundes aufmerksam gemacht worden ist, zu den Kosten und zu einer Geldstrafe von 100 Mark (Einhundert Mark) im Falle deren Nichtbeitreibung zu 20 Tagen Haft verurteilt.

Gugleich wird zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet.

Gnesen, den 20. Oktober 1906.

Königliche Amtsgericht.

gez. Fackold.

Nach zweitägiger Haft ließ die Frau sich vorführen und bekundete, daß sie am 18. Oktober gar nicht in der Kirche gewesen und am 16. Oktober habe sie soweit vom Altar gestanden, daß sie nicht gehört habe, was der Probst predigte.

Da die arme Frau die 100 M. nicht erlegen konnte, mußte sie dann noch 20 Tage Haft vom 2. bis 22. Januar absitzen.

Das Zeugnisszwangsverfahren ist ein spezifisch „deutschnationales“ Rechtsinstitut, das die mittelalterliche Tortur abgelöst hat, kulturell aber kaum höher als jene zu veranschlagen sein dürfte.

## Aus der Frauenbewegung.

Gartenbaukurse für Lehrerinnen. Der diesjährige Gartenbaukursus für Lehrerinnen an der Gartenbauakademie zu Marienfelde bei Berlin wird vom 8.-10. April abgehalten. — Meldungen zu den Kursen nimmt entgegen die Leiterin und Befürworterin der Gartenbauakademie: Frau Dr. Elvira Castner, Marienfelde bei Berlin. Auskunft erteilt auch gern die Schriftführerin des Vereins: Frau Anna Blum-Spandau, Adamstraße 49.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Lichterfelde. Montag, den 11. Februar, 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Groß-Lichterfelde bei Reichen, Chausseestr. 104: Fortsetzung des Vortrages über „Darwinismus“. Referent Genosse Güler.

Schönberg. Montag, den 11. Februar, 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Obst, Martin Lutherstr. 51: Vortrag, Genossin Kabeit. „Das Familienleben in der heutigen Gesellschaft“.

Berlin. Sonntag, 10. Februar, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15: Aches Stützungsfeier unter Mitwirkung des Pianisten Leo Kestenberg. Mitgliedern des Berliner Volkshauses, der Konzertfängerin Fel. Wöllering, der Rezitatorin Frau Johanna Weher, Racher Tanz. Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Willetts a 40 Pf. sind zu haben bei Frau Waaber, Lindenstr. 3, letzter Hof, parterre, Frau Klotz, Kopenstr. 81, Frau Julide, Bringenstraße 102, Frau Waische, Wolgasterstr. 8, Frau Jordan, Albederstr. 43, Frau Steinlof, Schwedterstr. 34, Frau Peterreit, Rammstr. 5.

Charlottenburg. Dienstag, den 10. Februar, 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Schulz, Kaiser Friedrichstr. 24: Vortrag, Herr Pauli: „Feuertbestattung“. Vorführung eines Verbrennungsofens.



**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69-74 pr. 100 Pfd., IIa 68-68, IIIa 57-62, IVa 49-55, dan. Saufen 60-65, do. 0,00. Kalbfleisch, Doppelhänder 110-125, Ia 82-90, IIa 72-80, IIIa 54-68, do. 0,00, dan. 60-68. Hammelfleisch Ia 66-74, IIa 50-64. Schweinefleisch 52-60. Ferkel, plom. per Pfd. 0,70, Ia 0,00, IIa 0,40-0,45, IIIa 0,30-0,38, do. Stüber 0,30-0,45. Danmoll 0,40-0,60, do. Stüber 0,50-0,70. Wildschweine 0,38-0,40. Ferkel, plom. per Stück 3,30-3,40, do. IIa 1,60 bis 2,00. Rindfleisch per Stück 0,80-1,00. Wildenten per Stück 0,00. Gänse, alle per Stück 1,00-2,25, do. IIa 1,40-1,50, do. junge per Stück 0,00. Lauben per Stück 0,80-0,90, junge kleine 0,00, italienische 1,00. Enten per Stück 1,70-2,50. Gamsbärger junge per Stück 3,25-3,70. Gänse, Hamburger per Pfd. 0,90-1,15, Pfd. 0,55-0,62. Gänse per 100 Pfd. 88-100, groß 75-78, mittel 98-103. Gänse 120-133, mittl. 111. Schafe, unfortiert 115, groß 0,00. Steie mittl. 83. Kälber, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00. Fische 0,00, klein 0,00, groß 40-55. Karpfen, 45er 0,00, do. 100er 50-54.

Punkte Hühner 25. Eier, mittl. 6-70, do. 0,00. Karaischen 74. Weiß 0,00. Quappen 0,00. Fleischige 40,00. Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20-25. Sprotten, Kieler, Waal 0,75-1,25. Danziger, Ball 0,50-0,60. Blumern, Kieler, Silege Ia 3-4, do. mittel der Riste 3-3. Hamb. Silege 4-5, halbe Riste 1,50-2. Wällinge, per Waal Kieler 3,50-5,00, Straßburger 6,00. Kälber, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe per Schod 4-5. Schefflinge Riste 3-4, do. 1/2 Riste 2,00. Stücken, p. 100 Pfd. 20-25. Heilbut 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1901er 98, 1900er 90, 1906er 73-75. Schottische Vorkheringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-38, mod. 35-42, deutsche 37-44. Serringe, neue Matjes, per 1/2, To. 60-120. Sardinen, russ. per 1/2, 1,50-1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50-1,75. Feinanlagen. Schodsch 11, kleine 5-6, Riesen 14. Eier, Land, per Schod 4,75-5,80. Butter per 100 Pfd. Ia 114-120, IIa 110-115, IIIa 108-112. ablaufende 90-100. Saure Gurken Schod 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,25-2,50, Daberische 2,25-2,50, Hofen 0,00, weiße 2,00-2,25, Salzkartoffeln 5,00-6,00. Spinat

per 100 Pfd. 15-20. Karotten per 100 Pfd. 10-12. Sellerie, fleißige, per Schod 3,00-7,00, do. pommerische 5,00-6,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 2,75-4,00, do. kleine 2,75-3,00. do. fleißige (Westl.) 0,00. Charlotten 0,00. Petersilie, grün, Schodfund 1-2. Kohlrabi per Schod 0,00. Rettig, bayr., per Schod 2,40-4,80. Mohrrüben per 100 Pfd. 2,50, kleine 6-8. rote Rüben 2,00-2,50. Blumenkohl, p. Kopf 0,16-0,45. Kohlrüben per Schod 2-2,50. Wirsingohr per Schod 3,00-6,00. Rotkohl per Schod 3,00-8,00. Weiskohl 100 Pfd. 2,00-3,00. Rosenkohl p. 100 Pfd. 25-35. Grünkohl per 100 Pfd. 4-5. Schnittlauch 12 Töpfe 2,00-3,00. Stangen, per 100 Pfd. fleißige 0,00, böhm. 8-20, hal. 35-38. Pfeffer, per 100 Pfd. fleißige 6-23, Grauensteiner 0,00. Zedler in Köffern 0,00, Riste 32-60, Amerik. 15-20. Zitronen, Refina, 300 Stück 7,00-9,00, 300 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 9-13. Apfelsinen, Jassa, per Riste 0,00, Marica 300er Riste 8-10, do. 300er 8-10, Valencia 420er Riste 12-16,00, do. 714er 16-21, Refina, Blut, 100er 7-10, do. 150er 7,50-11, do. 80er 9,50-11. Bananen, Riste 0,75-2,00, do. in Rosten per 100 Pfd. 17-24.

**3. Wahlkreis.**  
 Sonntag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, in den Armhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.**  
 Tagesordnung: Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Warm über: „Die Pflege der Augen.“ (Mit Abbildungen.) 240/15  
 Nach der Versammlung: Gemütl. Beisammensein.  
 Entree inkl. Garderobe 20 Pfd. - Tanz frei.  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Einsetzer!**  
 Freitag, den 8. Februar 1907, abends 8 Uhr, bei Boeker, Beberstraße 17:  
**Große öffentliche Versammlung der Einsetzer Berlins und Umgegend.**  
 Tages-Ordnung:  
 Die Aussperrung in der Holzindustrie und wie stellen sich die Einsetzer dazu? - Diskussion.  
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Einsetzers zu dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Der Einberufer.  
 Sonntag finden in den bekannten Lokalen die Bezirksführungen statt.  
 Der Obmann.

**Branche der Musikinstrumentenarbeiter.**  
 Montag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Branchenkommission über ihre Tätigkeit im Jahre 1906. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Bericht über den Stand der Aussperrung. 5. Branchenangelegenheiten und Verschickenes.  
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen, so weit sie Mitglieder unseres Verbandes sind, ist zu dieser Versammlung erforderlich.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Um pünktliches Erscheinen ersucht  
 Die Branchenkommission.

**Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.** X X Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
**Sektion der Fahrstuhlarbeiter.**  
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung bei Jannasch, Inselstraße 10.**  
**Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.**  
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.**  
 Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht.  
 Um recht rege Beteiligung an allen Versammlungen wird ersucht.  
**Sektion der Putzer-Träger.**  
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung in Wernau's Hof, Schwedterstraße 23.**  
**Sektion der Töpfer-Träger.**  
 Montag, den 11. Februar, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung im Rosenhaller Vereinshaus, Rosenhallerstraße 57.**  
 Der Zweigvereinsvorstand.  
 82/11

**Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands**  
 Verein Berlin u. Umgegend.  
 Bureau und Arbeitsnachweis: Alte Schönhauserstr. 20, Eing. Steinstr. 38. Geöffnet von 9 1/2-9 und 4-8 Uhr. Telefon: III. Nr. 8574.  
 Sonntag, den 10. Februar, vorm. 10 Uhr, im „Rosenhaller Hof“, Rosenhallerstraße 11/12:

**Ordentliche Generalversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht und Abrechnung vom dritten Quartal 1906.  
 2. Bericht der Kommission dreifachem Verschmelzung mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband.  
 3. Stellungnahme zu der geplanten Metallarbeiterkonferenz eventuell Wahl von Delegierten.  
 4. Neuwahl laut Statut § 11 Abs. d.  
 5. Geschäftliches.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Jedes Mitglied hat zu erscheinen.  
 Der Vorstand.  
 82/11

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands**  
 Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
 Gruppe: Zementierer, 186/19  
 Sonntag, den 10. Februar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1):  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes. 2. Vorschläge zu den im Bureau tätigen Kollegen. 3. Verschickenes. Kollegen, agiert für einen guten Besuch dieser Versammlung. Jeder Kollege muß erscheinen.  
 Der Gruppenvorstand.  
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

**Achtung! Achtung!**  
**Bauhandwerker!**  
 Die Holzarbeiter sind in ganz brutaler Weise ausgesperrt. Die Unternehmer versuchen, die notwendigsten Arbeiten auf den Bauten von Arbeitswilligen fertigstellen zu lassen. - In Betracht kommen Einsetzer, Tischler und Treppenaufsteller.  
 Wir machen die Bauhandwerker aufmerksam, daß jeder organisierte Tischler, Einsetzer oder Treppenaufsteller im Besitz einer gelben Berechtigungskarte sein muß. Die Karte ist nur gültig, wenn vom Holzarbeiter-Verbande gestempelt.  
 Wir ersuchen die Bauhandwerker, die größtmöglichste Solidarität zu üben.  
**Der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommission.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:  
 Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9670.  
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zur Generalversammlung in München.  
 2. Beratung der Anträge.  
 3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.  
 4. Neu- und Ergänzungswahlen für Angestellte in unserem Bureau.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 Die Ortsverwaltung.  
 112/8

**Zentral-Frankenkasse der Maurer** (Grundstein zur Einigkeit usw.)  
 Zahlstelle Charlottenburg.  
 Sonntag, 10. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus (N. Saal), Rosenhallerstraße 3:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung. 2. Vorstandswahl. (Zu wählen ist der erste Bevollmächtigte, Schriftführer und Stellvertreter des Kassierers und Kassier.) 3. Verschickenes. 149/3  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.  
 Die Ortsverwaltung.  
 J. H. S. Straßl.

**Dr. Simmel, Prinsenz.** Str. 41, 3/5  
 Haut- und Hautleiden.  
 10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

**Zentral-Franken- und Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“.**  
 Filiale Berlin.  
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 11 Uhr, bei Feind, Beinststraße 11:  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1906. 2. Stellungnahme zu unserer Kasse. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verschickenes und Kasienangelegenheiten. 64/9  
 Der Ortsvorstand.

**General-Versammlung der Möbelfabrik „Einigkeit“**  
 E. G. m. a. H.  
 Die diesjährige ordentliche General-Versammlung findet am Sonntag, den 24. Februar, vorm. 9 Uhr, in unserem Kontor, Köpenickerstraße 154a, 1 Tr., statt.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorlage des Jahresabschlusses. 2. Bericht über die Kassengrundlagen Revisionen. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Geschäftliches. 135/5  
 Die Bilanz liegt in unserem Kontor zur Einsicht aus.  
 Der Vorstand.  
 1. Pytlík. E. Vorpahl.

**Zentralverband der Steinarbeiter**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Sonntag, den 10. Februar, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zur Antwort der Innung auf unsere Forderungen. 2. Verschickenes.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 Der Vorstand.  
 172/4

**Grossetetten 12 Mk.**  
 (Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigtem neuen Bettleder, bessere Betten 15, 18, 24 Mk.; 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
 Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 41  
 82/11

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.  
**Nieder mit den Sozialdemokraten**  
 von Wilhelm Bracke  
 in neuer Uebersetzung herausgegeben.  
 Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.  
 „Nieder mit den Sozialdemokraten“ ist eine der ältesten, aber noch immer mitsprachswollen Agitations-Broschüren für die ländliche Bevölkerung. Bracke hat die landläufigsten Formeln, die gegen unsere Partei erhoben werden, in volkstümlicher, allgemein verständlicher Weise widerlegt. Die Märchen vom „Teufel“, von der „Verdrängung der Familie und Religion“, die auch heute noch von unseren Gegnern folgerichtig werden, sind in überzeugenden Worten zurückgewiesen.

**H. Zimmermann**  
 Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206  
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
 Uhren-Großhandlung. 85357.  
 Eigene Werkstatt für Neuherstellung u. Reparatur. Streng roell. - Billigste Preise.

**Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.**  
 nur allein in:  
**Albrecht's Bäckereien:**  
 Krautstr. 19, Wrangetstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falkensteinstr. 32.  
 Zentrale: Boxhagenerstr. 13. Pöcklerhalle 222/223, Androashalle 16/16.  
 Backware



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 10. Februar, abends 6 Uhr, findet in den Armeehallen, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung mit Frauen statt, in welcher Eugenarzt Dr. Wurm über die Pflege der Augen sprechen wird. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Entree inklusive Garderobe 20 Pf., Tanz frei.

Pankow. Am Sonnabend, den 16. d. M., veranstaltet der Sozialdemokratische Wahlverein in den Aurfürstentälern, Berlinerstr. 102, ein Winterfest, genannt Pankower Gliederfest. Eintritt für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf.; es wird gebeten, in Sommer toilette zu erscheinen. Eintrittskarten sind durch die Bezirkskommission zu erhalten.

Schildow-Blankenfelde. (Bezirk Nieder-Schönhausen.) Am Sonntag, den 10. d. M., findet für obige Orte die jährliche Wahlvereinsfestigung in Rönchsmühle nachmittags 3 Uhr statt. Tagesordnung: „Allgemeines über die letzte Reichstagswahl“. Die Schönhauser Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Abmarsch nachmittags 1 Uhr von Döder, Eisenstr. 70, aus.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Ueber die Gemeindefschulen Berlins wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten sehr lebhaft debattiert. Unter den Vorlagen, die auf der Tagesordnung standen, waren drei, die das Gemeindefschulwesen betrafen, und bei allen dreien sah die sozialdemokratische Fraktion sich genötigt, der Schulverwaltung eine Reihe von Mißständen vorzurücken.

Da war zunächst die Vorlage über die Vergabe eines Grundstücks an der Panik- und Wiesenstraße, auf dem ein Gemeindefschulhaus erbaut werden soll, damit die Mietschulen in der Panikstraße und in der Scheringstraße aufgegeben werden können. Es verstand sich von selber, daß bei dieser Gelegenheit das Uebel der Mietschulen erörtert werden mußte. Der Stadtverordnete Fährlich, der namens der „Alten Linken“ die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß beantragte, glaubte die Sache mit etlichen bedauernden Worten abtun zu können. Aber von unserem Genossen Hynke wurde nachdrücklich auf die standalösen Zustände hingewiesen, die in manchen Mietschulhäusern herrschen. Das Mietschulhaus in der Panikstraße wurde von ihm durchaus zureichend als „geradezu erbärmlich“ bezeichnet. Der Magistratsvertreter Stadtrat Schäfer brachte ein paar Worte der Entschuldigung vor, aber aus den Reihen der freisinnigen Mehrheit mochte ihm kein Mensch beistimmen. Sie mußten nur zu gut, daß hierbei für sie keine Vorbeeren zu holen waren.

Nachher kam eine Vorlage heran, durch die die Errichtung einer Paradenstraße auf einem städtischen Grundstück an der Prenzlauer Allee gefordert wird. Auch hier wurde die Debatte über die Bedenklichkeit der raschen Vermehrung dieser Paraden von einem Freisinnigen eröffnet, von dem Stadtv. Körte, der namens der „Freien Fraktion“ die Einsetzung einer gemischten Deputation empfahl, die zur Frage der Paradenstraße Stellung nehmen sollte. Genosse Hynke bezeichnete es als sehr erfreulich, daß endlich auch den freisinnigen Freunden des Magistrats ein Licht darüber aufgegangen sei, wie es um die Vermehrung unserer Gemeindefschulbauten bestellt sei. Auf freisinniger Seite wurde dieses Kompliment als keineswegs schmeichelhaft empfunden; die Schulfreunde aus dem Gesolge des Herrn Cassel beantworteten es mit lärmenden Zwischenrufen. Sie lärmten auch, als unser Redner daran erinnerte, daß die Mängel der Paradenstraßen von der sozialdemokratischen Fraktion längst in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht worden sind, ohne daß damals die freisinnige Mehrheit den Klagen Gehör schenkte. Die Redner des Freisinn antworteten, sie seien immer bereit, auf Anregungen zum Nutzen der Schule einzugehen. Man kennt ja die schönen Versprechungen, mit denen sie in solchen Fällen um sich zu werben pflegen. Besonders Herr Cassel versicherte, der Frage der rechtzeitigen Vermehrung unserer Schulen widme sich die Schulverwaltung „mit der größten Hingebung“. Aber man könne nicht so schnell mit den Schulbauten fertig werden, wie manchmal ein ganzer Stadtteil entsteht. Genosse Singer wies ihm nach, das das Unsinn ist. Die Aufschließung der noch ungebauten Terrains werde doch durch die Gemeindebehörden vorgenommen, da könne die Schulverwaltung sehr wohl im voraus wissen, wo sich in den nächsten Jahren ein Schulbedürfnis herausstellen werde. Herr Cassel empfand, daß er mit seinem längst abgebrauchten Argument sich lächerlich gemacht hatte. Er antwortete mit der Verlegenheitsphrase, die sozialdemokratische Fraktion habe doch „nicht allein das Interesse für die Schule gepachtet“. Der Antrag auf gemischte Deputation wurde angenommen. Kommt sie zu stande, so wird man ja sehen, wie der „Mitpächter“ Cassel sein „Interesse für die Schule“ wieder mal betätigen wird.

Schließlich gab es noch eine Debatte über die Frequenzstatistik, die der Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt hat. Wieder ergriff zuerst ein Freisinniger das Wort, Stadtv. Ulrich von der „Alten Linken“. Der Herr sagte es offen heraus, daß er die geringe Beteiligung der oberen Klassen für bedenklich hält. Er gab die pädagogische Weisheit zum besten, in stärker besetzten Klassen seien Lehrer und Lernende mehr bei der Sache, nur da könne der Lehrer „voll seine Schwingen entfalten“. Aber auch aus finanziellen Rücksichten müsse die Eingliederung der schwach besetzten Klassen gefordert werden. Lebhafter Beifall folgte seiner Rede; er hatte der Mehrheit aus dem Herzen gesprochen. Unser Genosse Vorkmann zeigte, daß aus der Frequenzstatistik auch noch etliches andere zu ersehen ist, z. B. die starke Verringerung der unteren Klassen, die erneute Zunahme der fliegenden Klassen, die andauernde Vermehrung der Mietschulen usw. Vorkmann rief auch, die von den Freisinnigen immer wieder vorgebrachten Bedenken gegen das Aktklassensystem bis zu dem Zeitpunkt aufzusparen, wo man ein abschließendes Urteil darüber haben könne.

Stadtschulrat Fischer, der gestern zum erstenmal in der Versammlung sprach, antwortete ruhig und sachlich; Vorkmanns Ausführungen vermochte er nicht zu entkräften.

Zum Aktklassensystem bemerkte er, man werde wohl auf den früheren Vorschlag, sieben Klassen nebst Oberklasse zu schaffen, zurückgreifen müssen. Doch gab auch er zu, daß man ein sicheres Urteil jetzt noch nicht haben könne. Zum Schluß versuchte Stadtv. Helmig sich am „Vorwärts“ zu reiben und „das freisinnige Berlin“ gegen uns zu verteidigen. Gönnen wir ihm das billige Vergnügen.

Noch etwas vom Wahlrechtsputz.

Zur Kennzeichnung der Leute, die in der Nacht nach der Stichwahl durch die Straßen Berlins von Scherl über Bülow zum Kaiser marschierten, möchten wir heute noch ein paar Einzelheiten nachtragen. Die Kaiserrede, die in der Gelsenferstunde zum Fenster hinaus gehalten wurde, hat doch nicht den Abschluß des eigenartigen Treibens gebildet. Das Gros der im Lustgarten zusammengeströmten Menge verließ sich allerdings nach diesem Herzerguß sehr rasch, weil die meisten nur genug hatten. Aber ein kleiner Trupp zog noch über die Schloßbrücke nach den Linden zurück, um dort zunächst auch das Kronprinzenpaar herauszunutzen. Von da marschierten diese noch immer nicht fassen Patrioten bis zur Kranzlerede und weiter durch Friedrichstraße, Leipzigerstraße, Vellebuestraße nach dem Tiergartenviertel. In der „Freisinnigen Zeitung“ finden wir außer einer begeisterten Schilderung der Scherl-Bülow-Kaiser-Demonstration noch einen Bericht über diesen Abzieher nach dem Tiergartenviertel. Da wird erzählt: „Durch die Tiergartenstraße führte der Marsch sodann in die stille Hohenzollernstraße, deren vornehme Villen völlig dunkel waren. Vor Nummer 8 wurde Halt gemacht, die Hurrufe wackeln jedoch die Bewohner des Hauses nicht, wenigstens zeigte sich niemand. Ein Herr brachte auf Herrn Kaempf, den einzigen nationalen Abgeordneten Berlins, ein dreifaches Hoch aus, man lieh noch einmal das deutsche Vaterland leben, und dann bewegte sich der Zug in derselben Weise wieder zurück.“ Für unsere Leser wollen wir hinzufügen, daß im Hause Hohenzollernstraße 8 der Herr Kaempf wohnt. Die „Freis. Ztg.“ sagt das nicht, wohl deshalb nicht, weil sie es bei ihren Lesern als bekannt voraussetzt. Man sieht, welchen hervorragenden Anteil die liberale Jugend an all diesen Demonstrationen gehabt hat. Und auch das sieht man, daß die Berliner Polizei beide Augen zugedrückt versteht — nicht nur dann, wenn Demonstrationen veranstaltet werden, die dem Kaiser und dem Kaiser gelten, sondern auch dann, wenn in später Nacht das begeisterte „Voll“ einem Privatmann, einem liberalen Ueberwinder der Sozialdemokratie, hulldigen will. Die „Freis. Ztg.“ erzählt schließlich noch, daß der Trupp dann durch Leipzigerstraße und Friedrichstraße nach dem Oranienburger Tor abzog. In der Umgebung des Oranienburger Tores befindet sich unseres Wissens eine Sorte von Nachtlokalen, in denen man Berliner Sittenzustände studieren kann. Hat etwa dort die patriotische Orgie ihr Ende gefunden?

Zu denken gibt auch ein Intermezzo, über das das „Berl. Tageblatt“ berichtet. Der Abmarsch von Bülow, der gerade hatte, zum Kaiser, der reden wollte, wird dort so geschildert: „Der Zug streift am Fenster des Kanzlers vorbei. Eine Gestalt wird sichtbar, die sich vernicht. Plötzlich steigt ein Schneeball hinauf, das Fenster schlägt sich, „zum Schloß“ heißt die neue Parole.“ Es braucht niemand zu glauben, daß der Schneeball etwa gar aus der Hand eines „Noten“ gekommen sein könnte. Das war offenbar weiter nichts als einer jener „Spähe“, deren wir mehr in dieser bedenklichen Nacht gesehen und gehört haben. Die liberale Jugend befand sich eben in jener animierten Stimmung, die nach Betätigung ringt, nach Betätigung um jeden Preis. Wenn übrigens jemand im Ernst versucht hätte, etwas zu sagen oder zu tun, was „das patriotische Empfinden verletzt“ hätte, so wäre er wahrscheinlich geknallt worden. Denn der liberalen Jugend pflegt rasch der Mut zu wachsen, wo sie sich in der Uebermacht weiß. Die „Germania“ berichtet, daß Anhänger der Zentrums-Partei vor dem Hause des Herrn Scherl es gewagt haben, sich gegen die Verschimpfung des Zentrums zu wehren. Daraufhin seien sie von der Menge so hart bedrängt worden, daß sie polizeilichen Schutz anrufen mußten. Und diese Menge, die zum sehr großen Teil aus jungen, noch lange nicht wahlmündigen Leuten bestand (was auch die „Germania“ bestätigt), zog dann vor das Kaiserschloß und ließ sich von Wilhelm II. erzählen, daß sie „ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande getan“ habe!

Die Zahl der Schneefahrer ist am gestrigen Tage auf 2100 vermehrt worden, deren tägliche Abfuhrleistung circa 40 000 Kubikmeter Schnee beträgt. Seit vorigen Donnerstag morgen sind aus den Straßen Berlins mit über 100 000 Fuhren mehr als 200 000 Kubikmeter Schnee abgefahren worden. Es ist dies jedoch kaum der 15. Teil der Schneemenge, die in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag voriger Woche niedergegangen sind. Die Hauptverkehrsstraßen sind jetzt ziemlich schneefrei.

Die Unterleitungsstrecke der Großen Berliner Straßenbahn ist gestern nachmittag zwischen der Dorotheenstraße und Potsdamerplatz wieder befahrbar geworden und sofort in Betrieb genommen.

Ein drittes Wintergewitter ist am gestrigen Morgen beobachtet worden. Gegen 7 Uhr wurden im Süden von Berlin zahlreiche elektrische Entladungen — sogenanntes Wetterleuchten — wahrgenommen. Die ziemlich intensiven bläulichen Lichtstrahlen waren eine Viertelstunde lang in Abständen von 1 bis 2 Minuten sichtbar. Wie uns aus Frankfurt a. O. mitgeteilt wird, soll auch dort gestern nachmittag ein Bergewitter beobachtet worden sein.

Im städtischen Arbeitshause zu Rummelsburg befanden sich am 1. Oktober 1906 insgesamt 1708 Korrigenden (1680 männliche, 118 weibliche). In den drei Monaten Oktober bis inklusive Dezember 1906 hatte die Anstalt einen Zugang von 381 männlichen und 35 weiblichen Korrigenden zu verzeichnen. Der Abgang betrug in den drei Monaten 513 Männer und 47 Frauen. Es verblieb mithin am 31. Dezember 1906 ein Bestand von 1548 männlichen und 106 weiblichen, zusammen 1654 Korrigenden in der Anstalt.

Im Hospital des Arbeitshauses wurden am 1. Oktober 1906 484 Hospitaliten verpflegt (380 männliche, 115 weibliche). Vom 1. Oktober bis 31. Dezember wurden 94 Männer und 45 Frauen, zusammen 142 Personen neu aufgenommen und 104 Männer und 55 Frauen entlassen. Die Zahl der im Hospital verpflegten Hospitaliten betrug demnach am Jahresstillschluß 467 (350 männliche und 108 weibliche). Im Pilsalhospital zu Reinickendorf befanden sich außerdem 196 männliche Hospitaliten in Pflege. Die Gesamtzahl der der Arbeitshausverwaltung überwiesenen Personen betrug also am 31. Dezember 2017 (gegen 2478 am 1. Oktober).

Als Kranke befanden sich am 1. Januar d. J. in dem Lazarett des Arbeitshauses und in den Lazarettstationen des Hospitals 48 Korrigenden (30 männliche und 18 weibliche). Von den Hospitaliten wurden 285 männliche und 75 weibliche in den genannten Krankenanstalten verpflegt. Es waren also von den 2017 Arbeitshauskranken und Hospitaliten 363 Personen in den Krankenhäusern untergebracht.

Im Oktober-Dezember-Quartal 1906 befanden sich im Arbeitshause durchschnittlich täglich 1781 Korrigenden, im Hospital und dessen Filiale 678 Hospitaliten. Insgesamt waren in den genannten Anstalten im Durchschnitt täglich 2460 Personen zu verpflegen.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 werden der 9., 12. Februar, 9., 26., 27. und 28. März, 8., 15., 16. und 17. Mai dieses Jahres als solche Tage festgesetzt, an denen in Bäckereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Das verpönte „Kielemal“. Die wenigen Einwohner der freundlichen Kolonie Kielemal bei Mahlsdorf sind von einer geradezu lächerlichen Abneigung gegen den doch eigentlich ganz poetischen Namen ihres Fleckens erfüllt. Ihr wiederholtes Gesuch um Aenderung des „Kielemal“ in „Königsthal“ ist bekanntlich von der Behörde abgelehnt worden, und die Kielemaler bleiben nun in aller Form rechtens Kielemaler. Aber wehe demjenigen, der sie so bezeichnen würde. In den Vereinen des Ortes ist den Mitgliedern bei schwerer Buße verboten, den Kielemal zu sprechen, Königsthal heißt es. Die guten Deutschen haben sich in den Namen Königsthal derartig verbißten, daß er überall auf den Reklametafeln der Gastwirtschaften zur Anwendung kommt. Auch der Grundbesitzerverein des Ortes, der sich auch früher schon nicht nach Kielemal, sondern nach „Reuhirschgarten“ benannte, hat sich jetzt in „Grundbesitzerverein Königsthal“ umgetauft.

Die Zahl der Arbeiter, die sich der städtischen Straßenreinigung während der großen Schneefälle zum Schneeschippen anboten, aber zurückgewiesen wurde, ist nach mehreren und noch zugegangenen Zuschriften sehr erheblich gewesen. So wird von über-einstimmend von mehreren Seiten berichtet, daß Arbeiter, die früh 6 Uhr in dem Depot in der Reffelstraße um Arbeit nachfragten, vom Aufseher geantwortet wurde, er habe Leute genügend und dürfe keine weiteren einstellen. Der gleiche Bescheid ist Arbeitern von den Depots in der Oberberger-, Wiesen- und Chorinerstraße geworden. Auf dem Depot auf dem Gesundbrunnen sollen sich gegen 200 Personen gemeldet haben, wovon ganz 4 Mann eingestellt wurden, von dem Depot in der Wiesenstraße sind an einem Morgen gegen 60 Personen abgewiesen worden.

Und angesichts dieser Tatsache läßt der Magistrat in die Welt hinausposaunen: es mangle an Arbeitskräften, um den Schnee zu beseitigen. Das ist doch eine unerhörte Plunkerlei!

Das Ende des Veteranen. Der 69 Jahre alte frühere Schlosser Gustav Neumann aus der Rudolfsstr. 21, der im Alexander-Regiment die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitmachte und den Ehrensold der Veteranen bezog, konnte seit 12 Jahren in seinem Berufe nicht mehr arbeiten. Den Lebensunterhalt erwarb er sich seitdem dadurch, daß er Reklamschilder durch die Straßen trug. Jeden Tag sah man ihn Stunden lang vor dem Hause Rosenbalewitz, 15 stehen. Vorgetern nachmittags erkrankte plötzlich das Schicksal seiner Hand. Im nächsten Augenblick brach er betäubt zusammen. Der Schlag hatte ihn gerührt. Hilflos wurde er nach seiner Wohnung gebracht, wo er gestern nachmittag verstarb.

Im Schiller-Theater in Charlottenburg ist auch ein Schiller-Saal fertiggestellt, der dem weiteren Ausbau des Volkserhaltungsgedankens gewidmet sein soll. Für einen außerordentlich niedrigen Preis sollen im Schiller-Saal regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen aus allen Gebieten der Kunst stattfinden. Die Sonntagabende werden der Musik, der Dichtung und der dramatischen Kunst gewidmet sein. Für die Montagabende wird die Pflege der bildenden Kunst ins Auge gefaßt, zunächst Vorträge aus den verschiedensten Gebieten der bildenden Kunst mit Unterstützung von Originalbildern, Reproduktionen und Lichtbildern. Im nächsten Jahre sollen die Volkstümlichen Kunstausstellungen wieder aufleben, die das Schiller-Theater vor Jahren im Berliner Rathaus mit gutem Erfolge eingeführt hat. Für Mittwoch plant die Direktion des Schiller-Theaters die regelmäßige Wiederholung derjenigen Ländlicher Abende, die sich eines besonders starken Zuspruchs im Berliner Rathaus erfreuten, für die vielen Hunderte, die den Sonntag vorher keinen Eintritt mehr finden konnten. Sonnabend sollen Dichter-Abende mit besonderer Berücksichtigung der Jugend stattfinden. Für die weiteren Abende der Woche bleibt die Verfügung vorläufig noch offen. Sie sollen teils unter der Leitung des Schiller-Theaters, teils unter der Leitung von Vereinigungen, die sich verwandten Aufgaben widmen wie das Schiller-Theater, Zwerden der Volksbildung und Volkserhaltung dienen.

Beim Abzug von einem Straßenbahnwagen ist gestern morgen der Kaufmann Klose, Hofstr. 23, schwer verletzt worden. Er befand sich auf der Vorderplattform des Anhängewagens eines Straßenbahnwagens der Linie 90 und wurde anscheinend von einem Schwundelanfall erfaßt. Vor dem Hause Prenzlauerstr. 42, auf gerader Straße, stürzte er plötzlich von dem Perron herunter und fiel so unglücklich, daß er eine erhebliche Kopfverwundung sowie einen Bruch des linken Unterschenkels erlitt. Der Verunglückte wurde, nachdem er auf der Unfallstation in der Köpenickerstraße einen Rotverband erhalten hatte, nach seiner Wohnung übergeführt.

Einbruch in ein Warenhaus. In dem Warenhaus „Germania“ in der Schönhauser Allee 128 hat in der gestrigen Nacht eine Einbrecherbande mit lohnendem Erfolg „gearbeitet“. Als die Verkäufer morgens den Laden betreten wollten, fanden sie eine der Türen gesprengt und in den Verkaufsräumen herrschte ein wüstes Durcheinander. Während der Nacht hatten Diebe die Tür zertrümmert und sich auf diese Weise Eingang in das Warenhaus verschafft. Die Abteilung für Herrenartikel räumten die Täter fast vollständig aus. Es fielen ihnen Waren im Werte von nahezu 4000 M., Anzügen, Oberhemden, Kragenschoner, Handschuhe usw. zur Deute.

Den Kopf zerquetscht. Ein furchtlicher Unglücksfall hat sich gestern abend in einer Maschinenfabrik in der Reinickendorferstraße zugetragen. In einer Leuchtbohrvorrichtung hatte sich eine Schraube gelöst und dadurch war ein eingeleiteter Holzlober gelodert worden. Plötzlich sprang der Kloben mit großer Gewalt heraus und traf unglücklicherweise den 23jährigen Schlosser Hermann Maluschke, Bahstraße 19 wohnhaft. Dem Armerlein wurde der Kopf fast vollständig zerquetscht. In völlig hoffnungslosem Zustande wurde er ins Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Im Schnee erfroren. Ein trauriges Ende hat der 44 Jahre alte Kleiner Gustav Glödig, der in einem bekannten Etablissement in „Neue Rühle“ in Stellung war, gefunden. Spät abends hatte sich G. aus dem Lokal entfernt und in früher Morgenstunde wurde er von Passanten auf der Chaussee bei Niederlehme erstarrt aufgefunden. Mit dem Gesicht lag er im Schnee. Wiederbelebungsversuche, die sofort mit ihm angefangen wurden, hatten keinen Erfolg mehr. Wahrscheinlich war G. auf dem Wege unwohl geworden, in den Schnee gestürzt und elend erfroren.

Zu dem Raubmordversuch auf der Chaussee bei Fürstenuwalde wird berichtet, daß unter dem Verdacht der Täterschaft ein Fleischer-geselle verhaftet worden ist. In Frankfurt a. O. hatte sich der Festgenommene dadurch verdächtig gemacht, daß er in Lokalen mit



Damenbedienung große Geldsummen verschleuderte und als er abends mit einer Kellnerin das Stadttheater verließ, wurde er durch die Polizei verhaftet. Nach 86 M. bares Geld fand man bei ihm vor. Er gibt an, in Markgrafentempel, dem Heimatort des Schmiedes Hermann Dieblich, an dem bekanntlich der Raubmordversuch verübt wurde, bei einem Fleischermeister gearbeitet und seine Stellung am Sonnabend verlassen zu haben. Ob der Gefesselte mit dem Verbrecher in Verbindung zu bringen ist, wird erst die Untersuchung ergeben.

Das „Frater-Theater“, welches in jeder Woche mit einem neuen Repertoirestück erscheint, wird am heutigen Freitag das fünftaktige Volksstück „Die Elfe vom Erlenhof“ zur Erstaufführung bringen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania bietet der szenisch und dekorativ ausgestattete Vortrag: „Die Feuergezeiten der Erde“ mit seinen packenden Darstellungen des Unterganges von St. Pierre, des Vulkans, des Kilauea und schließlich auch der Geisterartigkeit im Wunderlande Amerikas eine Fülle von Anregungen und veranschaulicht die unheilvollen Naturgewalten, welche im Schoße der Erde wirken und in letzter Zeit so häufig die Menschheit in Mitleidenschaft gezogen haben. — Am Sonnabend und Sonntag findet je eine Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen statt und zwar am Sonnabend nachmittags 4 Uhr und am Sonntag mittags 2 Uhr. Zur Darstellung gelangt an beiden Tagen der Vortrag „Frühlingslage an der Riviera“. Im Hörsaal beginnt in der nächsten Woche Herr Ingenieur A. Kessner am Freitag einen aus vier Vorträgen bestehenden Zyklus über unsere moderne Stahl- und Eisenindustrie mit dem Vortrag „Roheisen, Gichtgas und Schlacke“. Abonnementskarten für diesen Zyklus sind an der Kasse der Urania erhältlich.

## Vorort-Nachrichten.

### Steglich.

Reingefallen. Gegen die Galtigkeit der im März v. J. im ersten Bezirk vollzogenen Gemeindevertreterwahlen der dritten Abteilung war bekanntlich von unserer Seite Protest erhoben worden. Die Wahlen fanden unter Leitung des Gemeindevorstandes Bürgermeister Wuhrow statt. Schon bei der Hauptwahl kam es wiederholt zu förmlichen Protesten der Arbeiterwähler gegen den Wahlvorstand, weil sie sich in ihren Rechten verletzt fühlten. Auch die Stichwahl begann wieder mit einer Verletzung der gesetzlichen Vorschriften. Der Wunsch unserer Gegner wurde durch diese Wahl erfüllt. Bei der Hauptwahl blieben wir mit drei Stimmen in der Minderheit und in der Stichwahl „stiegen“ die vereinigten Mietervereine und Hausbesitzer. Unser Protest wurde vom Bürgermeister Wuhrow in der Gemeindevertretung für unbegründet erklärt, nachdem der Polizeikommissar Hoffmann noch einen amtlichen Bericht beigezeichnet hatte, in dem etwas widerlegt wurde, was der Protest gar nicht behauptet hatte. Trotzdem wurde der Protest schließlich einer Kommission überwiesen, die sich jedoch ebenfalls auf einen ablehnenden Standpunkt stellte. Der befohlene Schöffe Dr. Weyendorf wies als Berichterstatter mit juristischem Scharfsinn haarfeln nach, daß sämtliche Protestgründe hinfällig seien. Der Antrag der Kommission auf Galtigkeitserklärung der Wahl wurde natürlich gegen die Stimme unseres Vertreters angenommen. Auch die Mieterfraktion stimmte einstimmig dafür und bewies damit, daß es ihr auf ein Unrecht nicht ankommt, wenn die Sozialdemokraten davon betroffen werden. Wegen dieses Beschlusses klagten wir beim Kreisaußschuß. Nach elf Monaten fand nun endlich am vergangenen Dienstag der erste Termin statt, in dem der Kläger durch den Rechtsanwalt Genossen Dr. Herzfeld vertreten wurde. Unsere Gemeindevertretung mitsamt ihren beiden juristisch gebildeten Bürgermeistern mußte sich vom Kreisaußschuß den jedenfalls nicht besonders angenehmen Bescheid holen, daß die sozialdemokratisch gestellten Arbeiter in den einschlägigen Gesezen besser Bescheid wissen als ihre Gegner, die angeblich die Bildung in Erbpacht haben. Der Kreisaußschuß gab unserer Klage statt und erklärte die angefochtene Wahl für ungültig, und zwar schon auf Grund eines einzigen Protestgrundes, ohne (wie die Lokalpresse berichtet) überhaupt erst in die Beweisaufnahme der übrigen zahlreichen Klagen einzutreten, deren jede einzelne auch noch genügt hätte, das gleiche Resultat zu erzielen.

Wir haben also demnach die Wahl von drei Gemeindevertretern der dritten Abteilung vorzunehmen. Wir dürfen wohl hoffen, daß nach der empfangenen Belehrung diesmal alles gesehlich vor sich geht. Dann können wir jedenfalls auf den Sieg unserer Kandidaten rechnen und weiter annehmen, daß der Wahlakt weniger turbulent verläuft als im März v. J., wo die Arbeiter alle Veranlassung hatten, empört zu sein.

### Lichtenberg.

Der Haushalts-Etat, der demnachst der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll, wird dem Vernehmen nach die Herabsetzung der Einkommensteuereinzugsätze von 115 Proz. auf 100 Proz. bringen.

Das damit wieder die Erwartungen begraben werden müssen, die auf endliche Erfüllung einer ganzen Reihe sozialer Pflichten der Gemeinde gesetzt sind, kammert unsere Hausbesitzermajorität nicht.

Zur Vorbereitung der im März stattfindenden Gemeindevahl hat der Grundbesitzerverein Lichtenberg-Ost bereits ein Wahlkomitee gewählt; die übrigen Vereine werden dem Beispiel folgen.

### Ober-Schöneweide.

Zu ungläubigen Mitteln im Kampfe gegen die Jugendorganisation greift die Ober-Schöneweider Behörde. Dem Vater eines dem Verein angehörenden Lehrlings wurde, wie man uns mitteilt, auf dem Polizeibureau eröffnet, daß, wenn er seinen Sohn nicht zum Austritt veranlasse, er nötigenfalls die Ausweisung zu gewärtigen habe.

Der Vater ist Däne, aber schon seit 32 Jahren am Ort ansässig.

Auch der Lehrling wurde verhört. Ihm wurde folgende schriftliche Erklärung überreicht: „Ich verpflichte mich, solange ich in Deutschland bin, keiner Organisation anzugehören und keine Politik zu treiben; auch verpflichte ich mich, keine Agitation für den Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu treiben.“

Der Lehrling verweigerte allerdings die Unterschrift. Sollte die Ober-Schöneweider Polizeibehörde wirklich nichts Besseres zu tun haben als eine rechtsschaffene Familie ins Unglück zu stürzen?

Damit — das müßte die Polizei bereits wissen — wird die Jugendorganisation sicherlich nicht geschwächt. Je mehr das Bestreben vorhanden ist, dieselbe zu zerstören, desto kräftiger wird sie sich entwickeln. Die Ober-Schöneweider Arbeiterschaft wird sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen und es an der nötigen Unterstützung der Jugendorganisation nicht fehlen lassen.

### Nieder-Schöneweide.

Ein Frauenheim wurde gestern in der Nähe der Kahlmühle aus der Spree herausgezogen. Der Leichenteil war mit einem langen schwarzen Strumpf bekleidet. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß es sich hier um ein Verbrechen handelt, es wird vielmehr angenommen, daß das Weib in einer Selbstmörderin herrührt

und durch die Schraube eines Dampfes vom Körper abgeschliffen worden ist.

### Erkner.

Selbstmordversuch auf den Eisenbahnschienen verübte am Mittwochabend der Ruffler Otto Zies aus Berlin, Krautstr. 31. Das Personal des Bahnhof Erkner bemerkte einen Mann, der mit dem ihm diese Zeit von Berlin angelommenen Zuge eingetroffen war, jedoch nicht den Bahnsteig sofort verließ, sondern langsame Schritte wie wartend sich nach dem Ende desselben begab. Als die Passagiere ausgestiegen waren und der Zug sich wieder in Bewegung setzte, sprang der Mann unmittelbar vor der Lokomotive auf die Schienen. Der Lebensmüde wurde von der Maschine erfasst und niedergeschleudert. Da jedoch der Zug sich erst in der Anfahrt befand, gelang es dem Lokomotivführer, den Train so rechtzeitig zum Stehen zu bringen, daß der Mann nicht unter die Räder der Maschine geriet. Der Selbstmordkandidat hatte schwere Kopfverletzungen erlitten und wurde nach der Heilanstalt in Wilhelmshagen übergeführt.

### Potsdam.

Am Steuerzinsen befreit. Der General der Kavallerie, Generaladjutant des Kaisers v. Scholl war vom Magistrat zur Einkommensteuer herangezogen worden. Der Magistrat ging davon aus, daß General v. Scholl als pensionierter Offizier anzusehen sei. General v. Scholl erhob nach fruchtlosem Einspruch Klage und betonte, er gehöre zu den Offizieren, die nach erfolgter Pensionierung wieder zum aktiven Dienst herangezogen seien. Nach dem Gesetz vom 22. April 1892 hätte mithin sein steuerpflichtiges Einkommen lediglich der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungskommission zu ermitteln. Als Kommandeur der Leibgarderie und Generallieutenant der Schloß- und Leibgarde stehe ihm über die ihm unterstellten Offiziere Disziplinargehörigkeit zu, auch dürfe er den Mannschaften Urlaub erteilen. Der Bezirksaußschuß wies jedoch die Klage des Generals ab und stellte fest, daß für ihn im Etat kein besonderes Gehalt stehe, er beziehe nur 9000 Mark Pension. Diese Entscheidung forcht der General durch Revision beim Oberverwaltungsgericht an. Geheimrat v. Schelling, der Sohn des früheren Justizministers, betonte, entscheidend komme allein in Betracht, daß der General dauernd aktiven Dienst leiste; unerheblich sei es, daß für ihn kein besonderes Gehalt im Etat stehe. Die Bezüge der Armeekorps, die unabweisbar aktiven Dienst verrichten, stehen auch nicht im Etat; sie bekommen ihre Bezüge aus der Privatkaufstelle des Kaisers oder aus anderen Fonds. General v. Scholl gehöre, da ihm eine Kommando- und Strafgewalt über die ihm unterstellten Mannschaften zustehe, zu den selbstberechtigten Militärfunktionen des Friedensstandes. Das Oberverwaltungsgericht schloß sich diesen Erwägungen in der Hauptsache an, hob die Vorentscheidung auf und entschied zugunsten des Generals v. Scholl, da dieser zu den Militärfunktionen des Friedensstandes zu rechnen sei; im Hinblick auf das Gesetz vom 22. April 1892 erscheine daher der Magistrat nicht befugt, den erwähnten General zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen.

## Versammlungen.

In der ordentlichen Generalversammlung der freien Volksbühne sprach Curt Eisner über „Die Intellektuellen“. Die zahlreich erschienenen Mitglieder folgten seinen hochinteressanten, polemischen Ausführungen mit lebhafter Anteilnahme. Den Geschäftsbericht gab der erste Vorsitzende Conrad Schmidt in einem lehrreichen über die Leistungen des Vereins in der neuen Saison. Das Spieljahr wurde eröffnet mit den „Kreuzschreibern“. Aufgeführt wurde ferner „Der Sturm“, Schopenhauers erregende soziale Tragödie „Ora et labora“, „Abrechnung“, die reizvoll-lustige Komödie „Wies, Scribes, Glas Wasser“ und „Die Käufer des Herrn Sartorius“ von Shaw. Demnachst folgt Grillparzers Lustspiel „Beh dem, der lügt“ und „Vauveister Solneh“ von Ibsen. In den „Kunststücken“ registrierte Turner aus den Bauerngeschichten von Angenruder und Hofegger, Hirschberg trug Goethesche Lieder in Beehovenscher Vertonung vor; den dritten Abend füllten die Deklamationen Bierbaumers und Lilienconfscher Gedichte. Der nächste Kunstabend bringt Darbietungen eines skandinavischen Trios. Das Märzfest werde diesmal als Stiftungsfest des 1897 von neuem gegründeten Vereins gefeiert. Im Laufe des Februar veranstaltet der Verein im Konzertsaal des Neuen Schauspielhauses ein Konzert-Konzert für die Mitglieder. Die Verträge mit dem Berliner Theater und dem Neuen Schauspielhaus sind für die nächste Saison erneuert. — Winzler erbat die Kassenberichte. Die Einnahmen betragen 42 984,68 M., die Ausgaben 33 796,33 M., der Kassenbestand am 31. Dezember 1906 9188,35 M. — Darauf ergriff der zweite Vorsitzende Baake das Wort, um die Versammlung von einem neuen Theaterprojekt, durch welches die freie Volksbühne zu einem eigenen Heim kommen soll, in Kenntnis zu setzen und um ihre Zustimmung zu dem so viel verheißenden Unternehmen zu bitten. Vor zehn Jahren habe ein Mitglied beantragt, einen Fonds zum Bau eines eigenen Theaters zu sammeln, ein Vorschlag, der damals als verfrucht und unpraktisch abgelehnt wurde. Jetzt habe die Aufforderung des Vorstandes zur Zeichnung von Anteilsgeldern für den Erwerb eines eigenen Theaters auch nur einen begrenzten Erfolg gehabt, trotzdem im Endergebnis mit den maßgebenden Instanzen in Berlin ein Flugblatt in 700 000 Exemplaren verbreitet worden sei. Da sich zeigte, daß der Plan in dieser Form, wenn überhaupt, so erst nach langen Jahren durchführbar sei, habe man schließlich die Agitation eingestellt. Nun aber sei ein neuer Plan, dessen Ausführung, was den Verein betrifft, nicht mehr als die bereits gezeichneten Gelder verlange, dem Vorstände vorgelegt. Unser Regisseur, Direktor Ad. Steinert, wird in besserer Gegend Berlins, die von allen Seiten gleich günstig zu erreichen ist, ein Theater errichten. Das Ziel ist Bau eines Theaterbaus mit 1400 Sitzplätzen. Diese sind nach den vorliegenden Plänen so angeordnet, daß von jedem Platz gleich gut gesehen und gehört werden kann. Das Haus hat keine Ränge und darum auch keine die Aussicht störenden Säulen im Zuschauerraum. An das Theater schließt sich ein großer Saal, der 2400 Personen faßt. Für den Betrieb des Unternehmens wird eine Kommandit-Gesellschaft gegründet mit Ad. Steinert als verantwortlichen Kommanditar. Die freie Volksbühne soll auf Grund der von den Mitgliedern schon gezeichneten 20—30 000 M. einen Kommanditanteil erwerben. Der eigentliche Fonds, den sie mitbringt, ist natürlich nicht diese bei einem Millionenprojekt so kleine Geldsumme, sondern der Mitgliederbestand, der von vornherein dem neuen Theater eine — wenn auch begrenzte — so doch sichere Basis gibt. Der Verein soll Einfluß auf das Repertoire erhalten und durch seine Treuhänder eine stete Kontrolle über die Qualität der Darbietungen ausüben können. Die Anteile werden mit 4 Proz. verzinst. Das Unternehmen tritt Oktober 1908 in Tätigkeit. Im Auftrage des gesamten Vorstandes schlägt Redner folgende Resolution vor:

„Die heutige Generalversammlung begrüßt es mit Genugtuung, daß der Plan, ein Gebäude für die Ziele der Volksbühnenbewegung zu errichten, nunmehr in fester Form vorliegt. Sie beauftragt den Vorstand mit den weiteren Schritten.“

In der darauffolgenden Diskussion schlägt Herr Kämpf vor, ehe man der Resolution seine Zustimmung gäbe, die Ausführungen des Herrn Baake im Bühnenfest zur Diskussion zu stellen. Dann seien die Mitglieder in der Lage, sich zu orientieren. Heute fänden sie unter dem Eindruck der Ueberraschung. Die Durchführung des Plans könne am Ende eine erhebliche Erhöhung der Beiträge zur Folge haben. Baake stellt fest, daß im Gegenteil die heutigen Mitgliederbeiträge als fester Faktor allen Kalkulationen zu Grunde gelegen haben. Für diejenigen, die die Anteile zeichneten, sei durch die Gründung der Kommanditgesellschaft das Risiko auf das geringste Maß reduziert worden. Die Realisierung des Plans könne

dem Verein in jeder Hinsicht nur zugute kommen. Eisner vom Ausschuss weist darauf hin, daß die Resolution juristisch zu nichts verpflichte; sie sei eine Sympathieäußerung für den Plan. Die Stellung des Vereins ändere sich bei Zustandekommen des Projekts einzig insofern, daß wir nun einen langfristigen Kontrakt erhalten und nicht mehr für Jahre fürchten müssen, auf die Strafe gesetzt zu werden. Die Chancen, gute Leistungen zu erhalten, seien infolge unseres größeren Einflusses auf die Bühnenleitung dann jedenfalls viel günstiger als gegenwärtig. Baake faßt im Schlußwort noch einmal das Ergebnis der Diskussion zusammen. Wir müssen und können zu Steinert, der uns so lange und so gut als Regisseur gedient, das Vertrauen haben, daß er etwas tüchtiges leisten werde. Von Jahr zu Jahr wird es uns schwieriger, Theater für die Sonntag-Nachmittage zu mieten. All diese Schwierigkeiten löst der neue Plan, der auch allein Raum für eine unbegrenzte Erhöhung der Mitgliederzahl schaffen werde; die entscheidenden Instanzen werden sich überzeugen, daß der in Aussicht stehende Gewinn den Einsatz lohnt und jeder Mißbrauch von Arbeitergeldern ausgeschlossen ist. Mit einem warmen Appell an die Versammlung schloß die Rede. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer hielten am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab, zu welcher mehrere Hundert von ihnen erschienen waren. Der Obmann der Branche gab bekannt, daß die Werkstattbesprechungen mit gutem Erfolg stattfanden, so daß die Zahl der im Verband organisierten Rohrleger und Helfer laut Statistik 1906 beträgt. Die Schlichtungskommission wurde in mehreren Fällen angerufen, um die Differenzen zu schlichten. Zum Schluß machte Schardt darauf aufmerksam, daß, wo der Laizis nicht gehalten wird, sofort der Agitationskommission Mitteilung zu machen sei. Er forderte auf, dafür Sorge zu tragen, daß in sämtlichen Werkstätten Vertrauensmänner gewählt werden. Kollegen, welche noch nicht im Besitze von Bählkarten sind, möchten sich dieserhalb bei der Ortsverwaltung melden.

Der Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin) erledigte am Mittwoch in den „Arminhallen“ den Rest der Tagesordnung von der vorigen verlagten Delegiertenversammlung. Von den gedruckt vorliegenden Anträgen, die aus den verschiedenen Bezirken zum diesjährigen in Köln stattfindenden Verbandstag gestellt worden waren, wurden mehrere akzeptiert und sollen demgemäß dem Zentralvorstand übermittelt werden. Als Delegierte zum Verbandstag wurden darauf gewählt: Dörich, Grig, Hohwieler, Kabisch, Klossowski, Komeite, Schulze, Witt und Ziege. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß, strengstens darauf zu achten, daß während des gegenwärtigen Kampfes in der Holzindustrie von jedem organisierten Zimmerer unbedingte Solidarität geübt werde. Insbesondere dürfe unter keinen Umständen ein Zimmerer irgendwelche Tischlerarbeiten verrichten, sei es auf Bauten oder sonstwo. Es wird erwartet, daß sämtliche Zimmerer sich strikte an diese Weisungen halten.

## Haus der Frauenbewegung.

Die Massenpetition für das Frauenwahlrecht in Schweden ist am 6. Februar dem schwedischen Reichstage übergeben worden. Sie ist von 142 128 Frauen der verschiedensten Lebensstellungen unterzeichnet. Die Unterschriften sind von 75 Ortsvereinen der Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht gesammelt worden. Die Petition war für die schwedische Frauenwahlrechtsbewegung zu einer Notwendigkeit geworden, nachdem im Reichstage von 1905 der Konstitutionsauschuss erklärt hatte, daß die Forderung des politischen Wahlrechts für Frauen auf Seiten der Frauen selbst noch keinerlei allgemeineren und lebhafteren Anschluß genommen habe, und nachdem im Dezember desselben Jahres das Ministerium Staaff einer Frauenwahlrechtsdeputation gegenüber dieselbe Meinung äußerte.

Die Petition schließt mit den Worten: „Noch warten wir vertrauensvoll, daß schwedische Männer die geistigen Kräfte des Landes dadurch stärken werden, daß sie schwedischen Frauen volles Bürgerrecht in unserer gemeinsamen Vaterlande geben.“ Das schöne Vertrauen scheint vorläufig noch wenig gerechtfertigt zu sein. Hat doch die schwedische Regierung nach dem Tode ihrer Vorgänger in ihrer Vorlage zur Wahlrechtsreform auch diesmal die Frauen unberücksichtigt gelassen. Der Reichstag wird sich schwerlich dazu aufschwingen, die Einführung des Frauenwahlrechts zu beschließen.

Verein für die Interessen der Hausangehörten. Unterhaltungsabend am Sonntag, den 10. Februar, bei H. Kürsch, Steglitzerstraße 35. Anfang 6 Uhr. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Gascenleber“. Freitag, den 8. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Sitzung bei Korf, Altsiedlerstraße 18.

Les- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“. Heute abend pünktlich 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Bugge, Rastan-Allee 95/96: Generalversammlung.

## Vermischtes.

Zahlreiche Menschenopfer fordert, wie aus Budapest gemeldet wird, der noch immer herrschende Frost. Drei Zigeunermusikanten sind auf dem Wege nach Dobina ertrunken. Die Wölfe umlagern die Ortschaften. Bei Deba wurde eine Frau von einem Wolfe angefallen und zerrissen.

Risiko der Arbeit. In einer Großbrennerei in Wehl (Westfalen) explodierte bei Versuchen mit einem neuen Brennaparat ein Pflaichbottich. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet, der leitende Oberingenieur Herbst ist schwer, mehrere Arbeiter sind leicht verletzt.

Witterungsüberblick vom 7. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Stotensee	764	SE	4	bedeckt	-5	Dapunda	770	SE	2	bedeckt	-7
Hamburg	764	SE	3	wolkenl.	-7	Petersburg	778	SE	1	bedeckt	-8
Berlin	764	SE	1	Schnee	-3	Schilly	756	SE	4	bedeckt	4
Kranz a. R.	763	NO	1	bedeckt	-6	Aberdeen	755	SE	2	bedeckt	1
München	764	SE	2	bedeckt	-6	Paris	761	D	1	wolkenl.	-7
Wien	765	SE	3	Rebel	-6						

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. Februar 1907. Zunächst etwas kälter, vielfach heiter, bei ziemlich kräftigen südöstlichen Winden; später zunehmende Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 7. Februar. Elbe bei Rastow + 1,48 Meter, Elbe bei Dresden + 1,22 dp. — Elbe bei Magdeburg + 1,48 Meter, Elbe bei Stralsund — Meter. — Oder bei Anstorf + 1,37 Meter. Oder bei Breslau Unterpegel — Meter. — Rheingebirgung + 2,62 Meter. Oder bei Biege + 3,08 Meter. —

Jedermann verlange gratis und franko: **Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts** Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 8. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Opernhaus.** Der Rittmeister von Ronjumeau. Slav. Brautwerbung.  
**Rgl. Schauspielhaus.** Egmont. Anfang 7 Uhr.  
**Deutsches.** Ein Sommernachtsstraum. Weiten. Cousin Bobby.  
**Sonntag.** Die lustigen Weiber von Windsor.

Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O. (Wallner-Theater.)** Der Kaiserjäger.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Fiesco.  
**Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)** Die von Hofjattel.  
**Leffing.** Hedda Gabler.  
**Romische Oper.** Carmen.  
**Berliner.** Scherlock Holmes.  
**Neues Schauspielhaus.** Weh dem der lügt.

**Alcides.** In den Sternen.  
**Neues.** Weisner Vorfällen.  
**Reichens.** Florette und Patapon.  
**Kultspielhaus.** Fufarenfieber.  
**Luisen.** Der lange Kerl.  
**Zentral.** Die Puppe.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Der Sorgenbrecher.  
**Thalio.** Eine lustige Doppelrolle.  
**Bernhard Rose.** Die Schule des Lebens.  
**Trianon.** Fräulein Josette - meine Frau.  
**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.  
**Gebr. Herrnfeld.** Ein verrücktes Hotel.  
**Wintergarten.** Saharet. Spezialitäten.  
**Apollo.** Die schöne Bekaltn. Spezialitäten.  
**Rafino.** Ledige Leute. Spezialitäten.  
**Folies Caprice.** Im Café Abeles.  
**Ein Klabinasprozeß.** Solree bei Käp.  
**Paffage.** Mal was Anderes! Spezialitäten.  
**Prater-Theater.** Die Elfe vom Erlenhof.  
**Higoro.** Hochzeitsnacht. Sein Ideal. Kataklysmen. Unterm Bett. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Karl Haverland.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Urania.** Tantenstrache 18/19.  
Abends 8 Uhr: Die Feuertengel der Erde.  
Sonntag 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Wasser und Wind als Naturmeissel.

**Ferdinand Bonn.**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Sherlock Holmes**  
Sonntag, Sonntag, Montag:  
Der Hund von Baderville.  
**Theater des Westens**  
Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.  
Durchschlagender Operetten - Erfolg!  
Abend 7 1/2 Uhr: Das Spiel Fräulein Werner  
**Cousin Bobby.**  
**Neues Schauspielhaus**  
Freitag, den 8. Februar 1907:  
Weh dem der lügt.  
Morgen:  
**Herthas Hochzeit.**  
Anfang 8 Uhr  
**Neues Theater.**  
Zum ersten Male:  
**Meißner Porzellan.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, Sonntag:  
**Meißner Porzellan.**  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**In den Sternen.**  
Sonntag: In den Sternen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.  
Abends 8 Uhr: In den Sternen.  
Montag: Ein idealer Gatte.  
**Komische Oper.**  
Abends 8 Uhr:  
**Carmen.**  
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.  
**Lortzing-Theater**  
Beilienstr. 7/8.  
Heute abends 7 1/2 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Die lustigen Weiber v. Windsor.**  
Donnerstag abends 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Märchen-  
vorstellung: Gänsefelle. Abends  
7 1/2 Uhr: Jar und Zimmermann.  
**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Fufarenfieber.**  
**Zentral-Theater.**  
(Cigarette.) 8 Uhr keine Preise:  
**Die Puppe.**  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Schneewittchen.  
8 Uhr: Künstlerblut.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
Die Feuertengel der Erde.  
Hörzaal 8 Uhr. Dr. P. Schwahn:  
Wasser und Wind als Natur-  
meissel.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Die von Hochsattel.

## Luisen-Theater

Neichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
Zuvorgekommen

oder: Der lange Kerl.  
Aufgeführt in 3 Akte v. Jean Clairmont.  
Morgen 4 Uhr Kinder-  
vorstellung zu  
kleinen Preisen, zum erstenmal:  
Der gefesselte Kater. 8 Uhr: Der  
Hand der Sabinerinnen.  
Sonntag 3 Uhr: Tell. 8 Uhr: Zu-  
vorgekommen od.: Der lange Kerl.

## Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.  
Heute bis Freitag. Anfang 8 Uhr:  
**Florette und Patapon.**  
Schwank in 3 Akten v. H. Hennequin  
und Pierre Weber.  
Sonntag zum erstenmal: Haben  
Sie nichts zu verkaufen?  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der  
Stellvertreter.

## BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Franzfurterstr. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Mutterliebe.**  
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten  
von Willbrandt.  
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-  
vorstellung v. H. Weilen: Frau Holle.  
Abends: Die Tochter des Herrn  
Fabricius.

## Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern  
von Julius Freund. Musik von  
Viktor Hollaender. Dirigent Max  
Roth. In Szene gesetzt von  
Direktor Richard Schultz.  
**Massary, Wolff, Bender,**  
**Giampietro, Josephi.**  
Rauchen überall gestattet.  
Sonntag, den 10. Februar 1907,  
nachmittags 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**

## Apollo Theater

10 Uhr! 10 Uhr!  
Charakter-Komiker.  
Anherdem 9 Uhr:  
**Die neuen Attraktionen.**  
Vorh. 8 Uhr: Die schöne Bekaltn.  
Deutsches-Amerikanisches  
**THEATER.** Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr Gastspiel  
**Ad. Philipp** sowie Sonnabend  
zum 50. Male:  
**Der Sorgenbrecher.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
„Ueber'n großen Teich.“

## Bernhard Mörbitz

Charakter-Komiker.  
Anherdem 9 Uhr:  
**Die neuen Attraktionen.**  
Vorh. 8 Uhr: Die schöne Bekaltn.  
Deutsches-Amerikanisches  
**THEATER.** Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr Gastspiel  
**Ad. Philipp** sowie Sonnabend  
zum 50. Male:  
**Der Sorgenbrecher.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
„Ueber'n großen Teich.“

## WINTERGARTEN

**SAHARET.**  
**Otto Reutter**  
Neues Programm.  
Rioco-Familie, japan. Truppe.  
Rudimoff, Universal-Künstler.  
Seelwien, vorgef. v. Matros. Walter.  
Abbie Mitchell, kreolische Sängerin.  
4 Sisters Leamy, gymn. Produktion.  
Leonard Gautier in der Szene „Ein  
Spielwarenladen“.  
Morion und Elliot, Instrumentalisten  
und Papiermanipulatoren.  
Auf dem Ball, Tanzszenen, ausgef.  
von der Tiller-Truppe, London.  
Der Biograph. Ende 11 Uhr

## Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Göros.  
Täglich abends 8 Uhr  
Sonntag ab 4 Uhr  
**Große Münchener  
Bockbierfeste.**  
Karl Kamberger  
mit seinen drei Kapellen: „Original  
Oberländer“, „Die Bismarcker“ und  
„Die Schützler“. Schützler, Sänger  
und Sängertinnen.  
Niederländer zum Witzigen gratis.  
Georgartige eigene Dekoration.  
Entrée an Wochentagen 30 Pfennige.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)  
Freitag abends 8 Uhr:  
**Der Kaiserjäger.**  
Komödie in 3 Akten v. Hans Brenner  
und Hans Oswald  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Minna v. Barnhelm.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Marie Stuart.**  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**

## Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 8. Februar,  
abend prägte 7 1/2 Uhr:  
**Gr. außerordentl. Galavorstellung.**  
Anlässlich der 50. Aufführung der  
diesjährigen großen Schumannschen  
Aufführungspantomime

## St. Hubertus.

Dem edlen Waldwert entnommen und  
in 6 Bildern auf das glänzendste  
inszeniert vom Dir. W. Schumann  
Dir. W. Schumanns neueste Konster-  
dreschen und

## Mr. Richard Sawades

einzig dastehende, wunderbar dreifache  
gemischte  
**Raubtier-Gruppe.**

## Folies Caprice

Linienstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Anfang 8 Uhr.  
**Lotte Sebus.**  
Im Café Abeles.  
Ein Klabinasprozeß.  
Berisch und Aalbach  
in den Hauptrollen.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
**Der Vampyr.**  
Schwank in 5 Akten von O. Wylus.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Ehren- und Borzugskarten gültig.  
Sonntag: Großer Gelübdeball,  
arrangiert v. Kaiserlichen Männerchor.

## Gebr. Herrnfeld- Theater

Anf. 8 Uhr. Einloch 7 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lauch-Erfolg!  
**Ein  
verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Hayfisch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten  
von Anton u. Donat Herrnfeld  
nachmittags 3 1/2 Uhr 5. halben  
Kassenspreisen.  
Vorvert. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 10. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

## Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
Direktion: Bernhard Ross.  
**Die Herren Söhne.**  
Vollständ. in 3 Akten von Leo Stein.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Billetvorverkauf von 10-2 Uhr  
an der Theaterkasse.  
**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Abends 8 Uhr zum erstenmal:  
**Die Elfe vom Erlenhof.**  
Vollständ. in 5 Akten von G. Stand.  
Morgen:  
**Geschlossen.**

## Passage-Theater.

Heute Freitag, den 8. Februar,  
zum 4. Male:  
**Mal was Anderes!**  
Hoffe von Leop. Glt.  
Josefine Dora, Georg Kaiser,  
Marlin Bendix, Ernst Kettner.  
Ferner: Die glänzenden  
Februar-Spezialitäten.

## Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Ledige Leute.**  
Komödie in 3 Akten v. Felix Börmann.  
Vorher das vollständig neue er-  
stmalige bunte Februarprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Grabert.

## Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Josette - meine Frau.**  
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa?  
und Die Schloßkellerei.

## Schiller-Theater Charlottenburg.

Bismarckstraße, Ecke der Stolmanstr.  
Freitag abends 8 Uhr:  
**Die Verschönerung des Fiesko zu Genoa.**  
Ein republikanisches Trauerspiel in  
5 Aufzügen von Friedrich Schiller.  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Der Pfarrer v. Kirchfeld.**  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**

## Zirkus Busch.

Freitag, den 8. Februar 1907  
abends 7 1/2 Uhr.  
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der  
Vorführungen von  
**Engl. Boxkämpfen.**

Beteiligung international Es  
gellen die Regeln des National  
Sporting Club, London.  
Cuny (Paris) gegen Attfield  
(England).  
Weller (Frankreich) gegen  
Angel (Berlin).  
Glover (Australien) gegen  
Fitz Harry (Paris).  
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**  
Gr. Orig.-Kunstst.-Pantomime  
in 7 Bildern.  
Ferner: **The Novello**  
(Juden in Europa).  
Manello - Warrnis - Truppe.  
Fräulein Marquise, Schul-  
reiterin. Carl Ernst Edmund.  
Neudressuren. Lucasson, die be-  
rühmte Reiterfamilie, sowie das  
gelante große Gala-Programm.  
Die Tageskasse ist von 10 Uhr  
vorm. ab ununterbroch. geöffnet.

## Walhalla- Variete-Theater

Weinbergweg 19/20, Rothenh. Tor.  
Heute abends 8 Uhr:  
**Anna Müller-Lincke**  
Gesangs-Soubrette v. Metropol-  
Theater in Berlin.  
**Leonhard Haskel**  
der beliebteste Volks-Komiker.  
**Max Franklin-Truppe.**  
15 neue lustige  
Februar-Spezialitäten.

## Colosseum

Dresdenerstraße 97.  
Täglich: Großer  
**Bockbier-Jubel.**  
Witz! - Gesang! - Humor!  
Allerlei Ueberraschungen.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Anfang  
Bockentags  
8. Sonntag  
7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant  
**Bockbier-Fest.**

## Sanssouci

Kottbuser-  
straße 4a.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt. Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
Sonnt. Montag u. Donnerstag.  
**Gr. Elite-Soireen.**  
(Durchweg neues Progr.)  
Sonnt. Bg. 5. Wochent. 8 U.  
Jeden Dienstag: Theaterabend.

## Neue Welt

Kafenstraße 108-114.  
**Gr. Münchener  
Bockbierfest.**  
Muckl's neueste Schlager  
Tiroler Meistersinger  
**Lina von Heede**  
Jodlerkönigin  
**30 bayerische Mndl.**  
Anfang 7 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Dienstag, 12. Februar 1907:  
**Prämierung des  
größten Dickkopfes.**

## Gustav Behrens Theater.

Berlin O.,  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das einzig dastehende  
**Elite-Februar-Programm.**  
**24 Nummern.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 1/2 Uhr

## Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

**Welt-Ausstellungs-  
Biograph.** (St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien.  
Auf Wunsch Vorführung  
in Vereinen jederzeit.  
Verbindung mit größter Filma-  
fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

## Sozialdemokratisch. Wahlverein

für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Am 4. Februar verschied unter  
altes treues Mitglied, der Zimmerer  
**Eduard Homann**  
Bezirk 111. Bismarck-Allee 12.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes der Frei-  
religiösen Gemeinde in der Gropel-  
allee aus statt. 238/12  
Um zahlreichere Beteiligung er-  
sucht  
Der Vorstand.

## Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
(Bezirk 7.)  
Mein Kameraden hiermit zur  
Nachricht, daß unser langjähriges  
und treues Mitglied  
**Eduard Homann**  
am 4. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 10. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes der Frei-  
religiösen Gemeinde in der Gropel-  
allee aus statt. 234/3  
Um rege Beteiligung bitte!  
Die Bezirksleitung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, **Walter  
Lambert Wichterich**  
am 2. Februar plötzlich ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Michael-Kirchhofes,  
Karlshorstweg, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
70/19 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Tischler  
**Karl Kraschinski**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, vom Trauer-  
hause Seuffelstr. 2 aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/9 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Tischler  
**Wilhelm Jahn**  
im 45. Lebensjahre. 389/12  
Dies zeigt tiefbetrübt im Namen  
der Hinterbliebenen  
Frau Marie Jahn geb. Jacobay.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der Andreaskirche in  
Wilmersberg aus statt.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein  
Berlin.  
(Sektion Putzer.)  
Unseren sowie den Mitgliedern  
des Gesamtvereins der Putzer zur  
Nachricht, daß unser Mitglied  
**Wilhelm Jahn**  
plötzlich verstorben ist. 133/8  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der Andreaskirche in  
Wilmersberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.  
J. U.: H. Neumann.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Tischler  
**Wilhelm Jahn**  
im 45. Lebensjahre. 389/12  
Dies zeigt tiefbetrübt im Namen  
der Hinterbliebenen  
Frau Marie Jahn geb. Jacobay.  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, vom Trauer-  
hause Seuffelstr. 2 aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/9 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Tischler  
**Alex Thormann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat bereits am  
Donnerstag stattgefunden.  
**Rauchklub „Helgoland“,  
Nowawes.** 286/11

## „Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren am Sonntag, 10. Februar:  
3. Abt.: Radmittags 1 Uhr zur  
Arbeiter-Bohlfahrtshausleitung.  
Start Raciannensplatz.  
6. Abt.: Radmittags 1 1/2 Uhr  
Steglich, Birkenmaldern. 11/7  
Start Genossenschaft.  
Die Abteilungsleitungen finden jetzt  
jeden ersten und dritten Freitag im  
Monat statt.

## „Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren am Sonntag, 10. Februar:  
3. Abt.: Radmittags 1 Uhr zur  
Arbeiter-Bohlfahrtshausleitung.  
Start Raciannensplatz.  
6. Abt.: Radmittags 1 1/2 Uhr  
Steglich, Birkenmaldern. 11/7  
Start Genossenschaft.  
Die Abteilungsleitungen finden jetzt  
jeden ersten und dritten Freitag im  
Monat statt.

## „Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren am Sonntag, 10. Februar:  
3. Abt.: Radmittags 1 Uhr zur  
Arbeiter-Bohlfahrtshausleitung.  
Start Raciannensplatz.  
6. Abt.: Radmittags 1 1/2 Uhr  
Steglich, Birkenmaldern. 11/7  
Start Genossenschaft.  
Die Abteilungsleitungen finden jetzt  
jeden ersten und dritten Freitag im  
Monat statt.

## „Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren am Sonntag, 10. Februar:  
3. Abt.: Radmittags 1 Uhr zur  
Arbeiter-Bohlfahrtshausleitung.  
Start Raciannensplatz.  
6. Abt.: Radmittags 1 1/2 Uhr  
Steglich, Birkenmaldern. 11/7  
Start Genossenschaft.  
Die Abteilungsleitungen finden jetzt  
jeden ersten und dritten Freitag im  
Monat statt.

## „Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren am Sonntag, 10. Februar:  
3. Abt.: Radmittags 1 Uhr zur  
Arbeiter-Bohlfahrtshausleitung.  
Start Raciannensplatz.  
6. Abt.: Radmittags 1 1/2 Uhr  
Steglich, Birkenmaldern. 11/7  
Start Genossenschaft.  
Die Abteilungsleitungen finden jetzt  
jeden ersten und dritten Freitag im  
Monat statt.

## „Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren am Sonntag, 10. Februar:  
3. Abt.: Radmittags 1 Uhr zur  
Arbeiter-Bohlfahrtshausleitung.  
Start Raciannensplatz.  
6. Abt.: Radmittags 1 1/2 Uhr  
Steglich, Birkenmaldern. 11/7  
Start Genossenschaft.  
Die Abteilungsleitungen finden jetzt  
jeden ersten und dritten Freitag im  
Monat statt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Willi Böttcher**  
am 4. Februar an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/10 Die Ortsverwaltung.

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

## Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter (Filiale Berlin).

Todes-Anzeige.  
Am 5. Februar verstarb unser  
Kollege  
**Gustav Budach.**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus in Westend statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1



